

Radikale Soziale Arbeit?

Ausgabe Nr. 33, 01. Juli 2014



Angeregt durch eigene Verstrickungen und Genoss_innen, die ihre Lohnarbeit im Feld der Sozialen Arbeit leisten, widmen wir uns in unserer 33. kritisch-lesen.de-Ausgabe dem Thema Kritische Soziale Arbeit. Für die Soziale Arbeit gilt wie für jede andere Lohnarbeit zunächst einmal, dass sie, wenn auch nicht immer in direkter Form, auf einem Ausbeutungsverhältnis beruht. Dennoch scheint sie für einige Linke als Interventionsort attraktiv, was damit zusammenhängen dürfte, dass sie die direkte Arbeit mit denjenigen ermöglicht, die von der Gesellschaft ausgesondert wurden. In der direkten Arbeit changiert die Soziale Arbeit häufig zwischen Hilfe und Kontrolle – zwischen der Arbeit *mit* Menschen und der Arbeit *an* Menschen. Wir wollen die Widersprüche der Sozialen Arbeit diskutieren und aufzeigen, in welcher Weise diese herrschaftsstabilisierend ist und wo möglicherweise Widerstandspunkte liegen.

Die Widersprüche zeigen sich exemplarisch im ambivalenten Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und sozialen Bewegungen. Eben jenes Verhältnis nimmt Johanna Bröse in ihrer Rezension [„Soziale Arbeit in Bewegung?“](#) in den Blick. Sie kommt zu dem Schluss, dass ein Umdenken in der Ausrichtung der Sozialen Arbeit dringend notwendig ist. Einem konkreten Feld sozialer Bewegungen und dessen Verknüpfung mit Sozialer Arbeit widmet sich Wiebke Dierkes in ihrer Rezension zu [„Erwerbslosigkeit und politischer Protest“](#).

Obwohl das Buch der Sozialen Arbeit im Kontext von Erwerbslosenprotesten ein vernichtendes Zeugnis ausstellt, sieht die Autorin darin Anknüpfungspunkte für Menschen, die um eine Bestimmung von Kritischer Sozialer Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften ringen.

Das politische Konzept Kritischer Sozialer Arbeit hat seinen Ursprung vor allem in den 1970er Jahren. Deshalb haben wir vier Klassiker der Kritischen Sozialarbeit ausgegraben und neu besprochen: Zunächst rezensieren Sven Schaub und Arne Sprengel „Gefesselte Jugend – Führsorgeerziehung im Kapitalismus“. Das Buch galt seinerzeit vor allem unter denjenigen Studierenden der Sozialen Arbeit als Pflichtlektüre, die nach einer alternativen und sozialistischen Erziehungspraxis suchten. Aber auch heute lohnt sich die Lektüre nicht nur wegen ihrer konsequenten Verbindung der Gesellschaftsanalyse von Marx und Engels mit einer Kritik der Sozialen Arbeit und ihrer Institutionen. Anschließend bespricht Sebastian Friedrich den Sammelband „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ und stellt seine Neulektüre des Klassikers ins Verhältnis zu seiner ersten Begegnung mit dem Buch vor einigen Jahren. Er empfiehlt das Buch, da es in konstruktiver Weise Illusionen zerstört. Anhand des Klassikers „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ sucht Vera Aulenbach nach systematischen Transformationsstrategien für Sozialarbeitende für eine sozial gerechte Gesellschaft. Judith Münzberger bespricht einen Klassiker aus der englischsprachigen Kritischen Sozialen Arbeit, die unter dem Namen „Radical Social Work“ firmiert.

Den Schwerpunkt schließen wir mit aktuelleren Ansätzen Kritischer Sozialer Arbeit. In die poststrukturalistischen Theorietraditionen, die in der aktuellen Kritischen Sozialen Arbeit hoch im Kurs stehen, reiht sich der Sammelband „Feministische Mädchenarbeit weiterdenken“ ein, der von Jamila Martin als bereichernde Lektüre für Praktiker_innen bewertet wird. Theoretischer geht es in der Rezension von Jannik Dohmen-Heinrichs zu „Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit“ zu. Doch auch hier findet der Autor Anknüpfungspunkte für kritische Sozialarbeiter_innen. Einen lohnenden Beitrag zur machtkritischen Reflexion Sozialer Arbeit attestiert Anna Köster-Eiserfunke in ihrer Besprechung „What counts is what works?“ dem Sammelband „Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit“. Henning van den Brink widmet sich mit seiner Rezension ebenfalls der Forschung in der Sozialen Arbeit und stellt mit

dem Sammelband „Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht“ die sozialpädagogische Nutzerforschung vor.

Die sonstigen aktuellen Rezensionen beginnen mit dem Streik bei Ford in Köln im Jahr 1973, der Anlass für Jörg Huwers Buch „Gastarbeiter im Streik“ war. In dem Buch sieht Ceren Türkmen eine Basis für eine Geschichtsschreibung von unten. Mit dem europäischen Grenzregime und der Europäischen Union beschäftigen sich in dieser Ausgabe zwei Rezensionen. Katharina Schoenes hat Sonja Buckels Arbeit „Welcome to Europe“ gelesen, die eine Analyse des europäischen Migrationsmanagements anhand juristischer Auseinandersetzungen vornimmt. Aus einer ebenfalls hegemonietheoretischen und staatskritischen Perspektive bietet die Publikation „Kämpfe um Migrationspolitik“ der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ Anregungen, die Christoph Müller in „Materialistische Analyse europäischer Migrationspolitik“ bespricht. „Familiengefühle. Generationengeschichte und NS-Erinnerung in den Medien“ lautet der Titel einer kritischen Bestandsaufnahme zeitgenössischer Familienromane, die den Zweiten Weltkrieg und deutschen Nationalsozialismus verarbeiten. Michaela Hartl hebt in ihrer Rezension „Emotionalisierte Verstrickungen“ positiv die politische Haltung der Autor_innen zu ihrem literarischen Gegenstand hervor. Christin Bernhold wirft in „Killing Antifaschismus softly“ einen Blick auf den Band „Antifa heißt Luftangriff!“ von Susann Witt-Stahl und Michael Sommer. Ihnen zufolge entwickelt sich Antifaschismus zum Teil des Problems in Abgrenzung zu einer notwendigen revolutionären antifaschistischen Bewegung, die nicht in Sicht scheint. Durchorganisierte Strukturen, strategische Manipulation der öffentlichen Meinung und systematische Unterwanderung der Gesellschaft – im Reportageband „OhneMacht“ wird deutlich gemacht, dass dies die Kennzeichen der deutschen extremen Rechten sind. Stephanie Bremerich bespricht das Buch von Björn Menzel und Jörg Kiffmeier unter deren Einsicht „In Deutschland läuft etwas schief“. Christian Stache rezensiert einen Band, der wichtige Grundlagentexte zum Thema Tierethik versammelt, jedoch auch „Die Grenzen bürgerlicher Tierethik“ noch einmal verdeutlicht. Um das Bürgertum geht es auch in der Besprechung von Walter Wüllenwebers Pamphlet „Die Asozialen“. Dieses sei laut Christian Baron wütend, weil es Angst vor dem sozialen Abstieg hat und daher die Armen mittels der Botschaft: „Leistung, Leistung über alles“ zur „faulen Unterschicht“ erklärt .

Abschließend möchten wir noch auf zwei weitere Dinge hinweisen. Zuerst bedauern wir, dass uns nach dieser Ausgabe zwei geschätzte Redaktionsmitglieder verlassen: Laura Janßen und Martin Brandt. Wir wünschen den beiden alles Gute und danken für die engagierte Zusammenarbeit! Außerdem werden wir von der Redaktion eine Pause einlegen und werden im Oktober nicht erscheinen. Nach etwas mehr als drei Jahren intensiver Arbeit möchten wir etwas durchatmen und die Zeit nutzen, um über konzeptionelle Veränderungen von kritisch-lesen.de nachzudenken.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim kritischen Lesen und freuen uns aufs Wiederlesen!

Soziale Arbeit in Bewegung?



Leonie Wagner (Hg.)

Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen

Der Sammelband zeichnet die ambivalente und spannungsreiche Verbindung von Sozialer Arbeit und Sozialen Bewegungen nach.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Was ist eigentlich das politische Mandat Sozialer Arbeit? Ist sie ein passives Instrument staatlicher Sozialpolitik, eine Kontrolleurin und Maßreglerin der Unangepassten? Welchen Einfluss können Soziale Bewegungen auf Richtungsänderungen innerhalb der Sozialen Arbeit ausüben? Leonie Wagner legt gemeinsam mit den anderen Autor_innen des im VS-Verlag erschienenen Sammelbands „Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen“ einen umfangreichen Grundstock zu Organisation, Institutionalisierung und Widerstand rund um die Geschichte der Sozialen Bewegungen und der Sozialen Arbeit vor und zeigt zahlreiche Verbindungen und Ambivalenzen auf.

Gerade aus den Sozialen Bewegungen hat die Soziale Arbeit immer wieder Kritik und Ablehnung erfahren, wenn sie sich unreflektiert als tradierte „Normenanwenderin“ und Apologetin des kapitalistischen Auslesesystems verstand. Alternative Unterstützungssysteme wie Jugendverbände, Beratungsstellen oder Selbsthilfegruppen wurden innerhalb der unterschiedlichen Bewegungen entwickelt, die für die Betroffenen (im ursprünglichen, politischen Sinne) wichtige „Ausgleichsfunktionen“ übernahmen und sich gegen eine auf Anpassung und Entmündigung der Individuen gerichtete Arbeit zur Wehr setzten. Dass dies nicht reibungslos verlief, davon zeugen zahlreiche Auseinandersetzungen, auf die im Buch näher eingegangen wird. Deutlich wird aber auch, dass beide wesentlich

aufeinander bezogen sind und sich oft im Kampf um soziale Errungenschaften notwendige Impulse gaben. Grundlegend dafür sei, so Leonie Wagner resümierend, dass die Sozialen Bewegungen soziale Probleme und gesellschaftliche Widersprüche aufgriffen und an die Öffentlichkeit brachten, „die mit tradierten Formen gesellschaftlicher Organisation nicht oder nicht hinreichend lösbar erscheinen“ (S. 9), während der Sozialen Arbeit die Aufgabe zukäme, jene Problemlagen aufzugreifen und zu bearbeiten.

Doch zunächst: Was machen Soziale Bewegungen eigentlich aus? Wagner konstatiert, sie seien „in Definitionen schwer fassbar, sie entziehen sich, sind fluide“ (S. 10). Soziale Bewegungen siedeln sich zwischen singulären Protesten und festen Organisationsstrukturen ein, sie zeigen Brüche traditioneller politischer oder gesellschaftlicher Verhältnisse auf, die zeitgleich dem Entstehen der Bewegung als veränderbar begriffen werden. So sind Soziale Bewegungen „immer sowohl Ausdruck als auch Motor [...], Produkte und Produzenten [...] sozialen Wandels“ (S. 11). Die großen Sozialen Bewegungen der Frauen und Arbeiter_innen fanden im ausgehenden 19. Jahrhundert ihren Anfang, bis ihre Blütezeit vom aufkeimenden deutschen Faschismus beendet wurde – im Falle der proletarischen Bewegungen oftmals mit Repression und Gewalt. Auch die bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegungen, die Studentenbewegung, Soziale Bewegungen in der DDR sowie die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen finden in der Zusammenschau ihren Platz. Aufgegriffen werden zahlreiche Prozesse des Widerstands Sozialer Bewegungen gegen sozialpolitische Bevormundung, etwa durch selbstorganisierte Bildungsarbeit oder Selbsthilfe.

Schauplätze sozialer und sozialpolitischer Kämpfe

Kritik an der Sozialen Arbeit wurde vielfältig geübt: Die Arbeiter_innenbewegung sah in der Sozialen Arbeit eine Funktion der Schwächung ihres revolutionären Potenzials durch Anpassungsleistungen an die Normen der Industriegesellschaft, während die Bürgerliche Frauenbewegung die fehlende Professionalität bemängelte, die es den Frauen erschwerte, den sozialen Bereich als Berufsfeld zu ergreifen. Der Kampf der proletarischen, marxistisch orientierten Frauen war grundverschieden zu dem

der bürgerlichen, wie Gisela Notz in ihrem Beitrag verdeutlicht. Eine „humanitätstrunkene Allerweltsbasenschaft“ (Clara Zetkin) sei nicht zielführend, der Kampf könne nur gemeinsam mit den arbeitenden Männern gewonnen werden.

Das Feld der Jugendarbeit war schon vor den Jugendbewegungen bekannt, allerdings noch von Erwachsenen für Jugendliche organisiert. Wagner konstatiert, dass eine „deutliche Annäherung Jugendbewegter an die Sozialpädagogik tatsächlich erst nach dem Ersten Weltkrieg statt(fand)“ (S. 116). Sie belegt mit zahlreichen Beispielen den Einfluss der Prinzipien aus der Jugendbewegung (etwa Selbstverwaltung, Selbstdisziplinierung, Einbezug der „Betroffenen“) in pädagogische Reformprojekte, die zum Beispiel in der Jugendpflege, der Jugendhilfe und der Fürsorgeerziehung ihren Platz fanden.

Der historischen Linie folgend, wird von Leonie Wagner auch auf die zunehmenden nationalistischen und antisemitischen Einflüsse auf die Soziale Arbeit schon zur Weimarer Zeit und nach der Regierungsübernahme der NSDAP eingegangen. Die (aktive) Beteiligung der Sozialen Arbeit an der ausgrenzenden und totalitären Sozialpolitik der NS-Zeit wurde lange Jahre totgeschwiegen und führte unter anderem während der Studentenbewegung zu Protesten und Rufen nach Aufarbeitung („Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“). Die Protestformen der Studentenbewegung richteten sich gegen zahlreiche „verkrustete Strukturen“ (S. 152) in Gesellschaft, Politik und Ökonomie. Erfolg hatte die Bewegung insbesondere „im Bereich der alternativen Lebensweisen“ (S. 154), es entstanden Wohngemeinschaften und Kinderläden. Wenige Jahre später bildeten sich die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen um spezifische Themenfelder wie Frauenrechte, Frieden oder Ökologie. Die von Herbert Marcuse inspirierte „Randgruppenstrategie“ (S. 160) war entscheidendes Bindeglied der Sozialen Arbeit und den Neuen Sozialen Bewegungen. Sie besagt, vereinfachend dargestellt, dass die Rolle der Arbeiter_innenklasse als „revolutionäres Subjekt“ nicht mehr zeitgemäß sei; es nun vielmehr gemeinsame Aufgabe der Intellektuellen und der „sozial Ausgegrenzten“ wäre, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Frauenbewegte vertraten das Konzept der „Gegenkultur“, aus der heraus man mit neuen Impulsen „in die Gesellschaft hinein wirken“ (S. 55) wollte. Es kam zur Gründung von Frauenzentren, Beratungseinrichtungen, Kultureinrichtungen und zahlreichen anderen feministischen Projekten ohne

festen hierarchischen Strukturen. Auf einem feministischen Kongress in den 1970er Jahren wurde den Sozialarbeiterinnen vorgeworfen, ihre Arbeit als „Kitt“ dort einzusetzen, „wo Hausfrauen und Mütter ihre Funktionalität verweigert[en]“ (S. 61), die Professionalisierung trüge, so die Zusammenfassung der Autorinnen, zu Entsolidarisierungs- und Entpolitisierungsprozessen unter den Frauen bei. Annäherungen zwischen Sozialer Arbeit und Sozialen Bewegungen fanden dennoch immer wieder statt: durch eine „gemeinsame Kritik an den gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, die Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen überhaupt notwendig werden lassen“ (Staub-Bernasconi 1995, S. 58f.).

„Die Wunden des Sozialen Elends nicht mit Pflästerchen verdecken“ – zur Rolle der Sozialarbeiter_in

„Die Tätigkeit eines Sozialarbeiters hat immer einen Doppelcharakter. Deshalb ist besonders für den marxistisch orientierten Sozialarbeiter eine widerspruchsfreie Praxis nicht möglich“ (Burri 2004, S. 14). Dieses Dilemma wird im Laufe des Buches an verschiedenen Stellen angesprochen und diskutiert. Intensive Auseinandersetzungen der Pädagog_innen und Sozialwissenschaftler_innen mit Funktion und Methodik ihrer jeweiligen Arbeitsfelder fanden ihren Ausdruck in der Kritischen Sozialen Arbeit. Sie bemängelten die Angebotssysteme, forderten einen Abbau der veralteten Strukturen wie etwa der Hierarchie zwischen Professionellen und „Betroffenen“ und verbanden damit eine unmittelbare Gesellschaftskritik, die von einem Erkranken an gesellschaftlichen Widersprüchen ausging, die es zu verändern galt. Dennoch verebbten viele dieser Stimmen im Laufe der Zeit. Mit der Autorin Swantje Penke gesprochen ist es oftmals viel leichter, sich in gegebene Strukturen einzufügen, anstatt Kritik zu üben und Widersprüche auszuhalten. Verfolgt man konsequent den Gedankengang Klaus Mollenhauers, kommt man zum Ergebnis, dass „ein/e SozialarbeiterIn eigentlich nur ‚gegen‘ den kapitalistischen Staat als solchen wirken (kann), da das Ziel Sozialer Arbeit immer ein mündiger, zur Kritik fähiger Mensch ist“ (S. 198, Herv. i. O.).

Durch das gesamte Buch zieht sich als roter Faden das beständige Aufflammen und Verglühen der Sozialen Bewegungen, deren Verknüpfungen mit den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit gleichwohl Spuren hinterlassen, die – zeitverzögert und auch nicht im gleichen Umfang und der gleichen Stoßrichtung – als Handlungsfelder in politischen Reformen und Diskursen auftauchen. Leonie Wagners Einschätzung, „Forderungen aus den Sozialen Bewegungen (können) bei einer ausreichenden gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz in anderen Kontexten verwirklicht werden“ (S. 168), trifft dennoch nur auf jene, den kapitalistischen Interessen genehme – oder zumindest nicht schmerzhaft – Veränderungen zu. Die Ausführungen lassen erkennen, dass aus kritischer Perspektive ein Umdenken in der Ausrichtung Sozialer Arbeit dringend notwendig ist. Die aktuellen Entwicklungen in der Sozialen Arbeit – zunehmende Marktorientierung, prekäre Arbeitsbedingungen, fehlende Ressourcen im Umgang mit der wachsenden Neoliberalisierung – zeigen dies deutlich. Abgesehen von der Verbesserung konkreter Einzelbedürfnisse der Beteiligten schwächen die „Teilerfolge“ einer unreflektierten Sozialarbeit die Verfolgung übergeordneter Ziele, da sie ein „gemeinsam empfundenenes Unbehagen an den gegebenen Verhältnissen“ (S. 168) verdecken: Um die „versteinerten Verhältnisse zum Tanzen (zu) bringen“ (Marx) bedarf es einer anderen Melodie.

Zusätzlich verwendete Literatur

Burri, Thomas (2004): Marxistisch orientierte Theorien der Sozialen Arbeit. In: Sozialistische Positionen 4. Online einsehbar [hier](#). Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Das fachliche Selbstverständnis Sozialer Arbeit – Wege aus der Bescheidenheit. Soziale Arbeit als „Human Rights Profession“. In: Wendt, Wolf Rainer (Hg.): Soziale Arbeit im Wandel ihres Selbstverständnisses. Lambertus Verlag, Freiburg.

Leonie Wagner (Hg.) 2010:
Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen.
VS Verlag, Wiesbaden.
ISBN: 978-3-531-91901-0.
279 Seiten. 42,99 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Soziale Arbeit in Bewegung? Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/J2xsh>.

Welche Arbeit? Welcher Protest?

Harald Rein, Wolfgang Scherer

Erwerbslosigkeit und politischer Protest
Zur Neubewertung von Erwerbslosenprotest und
der Einwirkung sozialer Arbeit

*Ein vernichtendes Zeugnis stellen die beiden Sozialarbeiter
und Erwerbslosenaktivisten ihrer Profession aus: Sie wirken
affirmativ, systemstabilisierend und entpolitisierend.*

Rezensiert von Wiebke Dierkes

Die Sozialwissenschaftler und Sozialarbeiter Harald Rein und Wolfgang Scherer veröffentlichten ihr Buch 1993, womit sie an die sozialwissenschaftlichen Diskurse der 1980er Jahre anschlossen. In jenem Zeitraum wurde die Erwerbslosigkeit selbst Thema zahlreicher sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte, ebenso wurde diese durch die real existierende Massenarbeitslosigkeit zum zentralen Bearbeitungsfeld der Sozialen Arbeit. Obwohl sich in den vergangenen 20 Jahren viel an der Organisation des Arbeitsmarktes (Stichwort: Agenda 2010) verändert hat und die Soziale Arbeit so stark wie nie zuvor in die Verwaltung der Erwerbslosigkeit eingebunden ist (etwa in Beratungszentren, Jobcentern oder im Rahmen von „Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration“), hat sie bis heute auf viele Fragen, die Rein und Scherer aufwerfen, keine Antworten gefunden und den (selbst-) kritischen Diskurs vor allem in der pädagogischen Praxis weitestgehend vermieden.

Der dezidierte Versuch Rein und Scherers, eine (politische) Positionsbestimmung der Sozialen Arbeit im Kontext von Erwerbslosigkeit vorzunehmen und die Formulierung von damit verbundenen kritischen Anfragen an die Profession, machen dieses Buch auch heute noch lesenswert.

Beide Autoren blicken auf langjähriges eigenes Engagement in Erwerbsloseninitiativen zurück und verfügen über entsprechend großes Erfahrungswissen. Die manchmal sehr detailgenaue Darstellung rechtlicher Sachverhalte oder etwas ausufernde Berichte aus dem Innenleben von Erwerbsloseninitiativen machen zwar die Lektüre bisweilen etwas mühsam, dennoch enthält das Buch spannende Merkmale für die Bestimmung einer Kritischen Sozialen Arbeit bereit.

Pathologisierung von Armut

Die Argumentation von Rein und Scherer besticht vor allem durch zwei grundlegende Kritikstränge, die für die heutigen Debatten rund um eine politische Soziale Arbeit im Kontext von Erwerbslosigkeit nach wie vor von großer Relevanz sind.

Erstens wenden sie sich gegen eine durch wissenschaftliche Forschung begünstigte und von medialer und sozialarbeiterischer Seite aus stark rezipierte stigmatisierende Darstellung der Erwerbslosen als „antriebslos“, „psychisch belastet“, „faul“, „desorientiert“, „hilflos“ oder „selbstzerstörerisch“. Diese Darstellung weisen die Autoren unter Bezugnahme auf Eckard Rohrmann (1990) als „Pathologisierung von Armut“ zurück und legen ihren Ausführungen stattdessen eine (auf eigenen Erfahrungswerten beruhende) ambivalente Einschätzung zu Grunde. Demnach könne „der Zustand des Ausgegrenzt-Seins aus dem regelmäßigen Lohnarbeitsalltag als Entlastung und Möglichkeit der Reformulierung der traditionell vermittelten Lebensentwürfe“ (S. 2) erlebt werden.

Zweitens wenden sie sich gegen einen eindimensionalen Begriff von Widerständigkeit und Konfliktfähigkeit, der eine „politische Sinnhaftigkeit nur dort sieht, wo sich gesellschaftlich unterschiedliche Interessen in Parteien oder Verbänden organisieren“ (S. 8). Diese einspurige Sichtweise, die Protest und Bewegung mit programmatisch verfasster Organisation gleichsetze, verdecke die zahlreichen Strategien des „sich Entziehens“, der „alltäglichen Resistenz“ im Umgang mit Autoritäten der Behörden, die „Freisetzung von Utopiefähigkeit“ durch Distanznahme zu normativen Lebensentwürfen sowie einer Vielzahl weiterer individueller Selbstbehauptungs-, Verweigerungs- und Fluchtstrategien. Dabei seien es gerade diese Strategien und

Handlungsoptionen, die das Protestverhalten der Erwerbslosen ausmachen. Unter Bezugnahme auf die Forschungen von Frances Fox Piven und Richard Cloward (1986) erweitern sie ihre Kritik auch auf die Veröffentlichungen und Forschungsansätze der „Neuen Sozialen Bewegungsforschung“ der 1980er Jahre. Der auch hier verengte Blick auf widerständige Praxen, der davon ausgeht, dass „Proteste einen Führer, eine Satzung, ein legislatives Programm oder doch zumindest einen Banner haben müssen, bevor sie anerkannt werden“ habe mit Piven und Cloward gesprochen zur Folge, „dass die Aufmerksamkeit von vielen Formen der politischen Unruhe abgelenkt wird und diese per definitionem den verschwommenen Bereichen sozialer Probleme und abweichendem Verhalten zugeordnet werden“ (S. 14).

Politischer Protest wird zu deviantem Verhalten und dadurch zur Aufgabe der Sozialen Arbeit. Hier wird, folgt man den Autoren, die Schwierigkeit einer Kritischen Sozialen Arbeit in diesem Feld deutlich, wenn diese nicht als politischer Akteur auf den Plan tritt, sondern der „Behandlung“ und Einschränkung des zum abweichenden Fehlverhalten umgedeuteten politischen Protestes dient.

Fragen an die soziale Arbeit

Kernstück des Buches ist das Kapitel „Soziale Arbeit und Erwerbslosigkeit – Analyse eines Berufsfeldes“. Eine Debatte innerhalb der Sozialen Arbeit über ihr Verhältnis zu Erwerbslosigkeit, Lohnarbeit sowie die damit verbundenen normativen Werte und gesellschaftlichen Leitbilder blieb in den 1980er Jahren weitestgehend aus, auch wenn sich die Arbeit mit Erwerbslosen seinerzeit als eben jenes große Betätigungsfeld herauskristallisierte, das es bis heute in unterschiedlichen Varianten geblieben ist. Neben einigen wenigen Aufsätzen finden sich bis heute kaum Versuche einer systematischen Positionsbestimmung der Sozialen Arbeit, wie es Rein und Scherer in ihrem Buch unternehmen. Sie arbeiten in diesem Kapitel mehrere zentrale Spannungsfelder und Fragen an die Soziale Arbeit heraus, die bisher kaum behandelt wurden, jedoch nur wenig an Aktualität eingebüßt haben:

Eigeninteresse der Sozialarbeiter*innen: Wie stark bestimmt das Eigeninteresse der Sozialarbeiter*innen an der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes deren pädagogisches Handeln? Inwieweit wird eine affirmative

Haltung der Pädagog*innen durch Arbeit in prekären Beschäftigungsverhältnissen befördert? Was Rein und Scherer in ihrem Buch in Bezug auf die ABM-Kräfte der 1980er Jahre analysieren, findet sein Pendant heute in der Situation der befristet beschäftigten Pädagog*innen, die im Auftrag der Jobcenter und freier Träger diverse „(Qualifizierungs-) Maßnahmen“ für Erwerbslose leiten.

Entpolitisierung durch Einzelfallberatung: Rein und Scherer beobachten eine „sich entwickelnde Dominanz der Beratung – hier insbesondere der Rechtsberatung“, durch die „ganz offensichtlich vielfach andere Aufgaben der Erwerbsloseninitiativen zurückgedrängt“ (S. 170) wurden. Die Autoren werfen die Frage auf, ob durch die starke Fokussierung der Sozialen Arbeit auf am Einzelfall orientierte Rechtsberatung „nicht das allenthalben beklagte fehlende gesellschaftspolitische Protestverhalten [...] mit verursacht wurde“ (S. 170). Nach Rein und Scherer bestehe die Gefahr, dass den Sozialarbeiter*innen „der zusammenfassende Blick für die jeweiligen problemauslösenden strukturellen Bedingungen“ (S. 172) verloren gehe. Sollte dem so sein – und auch heute ist das eine Diskussion wert – befürchten die Autoren, dass das Handeln der Pädagog*innen entpolitisierend und systemstabilisierend wirke und daher eines Korrektivs bedürfe, das nur die Erwerbslosen selbst darstellen könnten.

Soziale Arbeit der (Frei-) Räume: Daran anknüpfend schlagen Rein und Scherer vor, vermehrt Räume des Austausches zu schaffen, in denen die Gemeinsamkeit der Erwerbslosen für sie selbst wieder erfahrbar wird, kollektive Beratungssettings entwickelt werden und die Selbstorganisation stärker in den Fokus rückt. Sie stehen damit in der Tradition von Walter Hollstein, der bereits 1973 in seinem Artikel „Sozialarbeit im Kapitalismus“ in dem Sammelband „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ (siehe dazu die [Rezension in dieser Ausgabe](#)) konstatiert, dass sich „in der Praxis jene Versuche [sinnvoller zeigen], die bei den Klienten nicht missionieren wollten, sondern ihnen die materiellen Möglichkeiten zur Selbstorganisation offerierten“ (Hollstein 1973, S. 43).

Skandalisierung der Verhältnisse? Fehlanzeige! Was die politische Sichtbarkeit und Einflussnahme der Sozialarbeit in emanzipatorischer Absicht angeht, ziehen Rein und Scherer eine nüchterne Bilanz. Die Soziale Arbeit sei

„nach einer Phase der qualitativen und quantitativen Überforderung in der ersten Hälfte der 80er Jahre [...] zu den herkömmlichen Formen der tendenziell psychiatrisierenden definitorischen Zurichtung auf die eigenen Kompetenzen und der bürokratischen Bearbeitung von Arbeit zurückgekehrt. [...] Eine Skandalisierung der Armutsverhältnisse und die politische Einmischung der SozialarbeiterInnen in den etablierten Institutionen findet [...] nicht statt“ (S. 98)

.

Warum dem so war und es auch aktuell noch so zu sein scheint, obwohl es paradoxerweise gerade die Sozialarbeiter*innen sind, die die Verhältnisse von Armut in der Bundesrepublik fundiert einschätzen und öffentlich skandalisieren könnten, bleibt an dieser Stelle eine weitere ungeklärte Frage.

Alternativen „freisetzen“? Nur Mut! Eine letzte und vielleicht auch die interessanteste Frage, die Rein und Scherer aufwerfen, fordert die Soziale Arbeit heraus, sich der „Brüchigkeit des gesellschaftlichen Leitbildes der Erwerbsarbeit und der entsprechenden Sozialisation und Zurichtung“ (S. 140) zu stellen. Dies würde damals wie heute bedeuten, die gängigen Konzepte von Lohnarbeit, Carearbeit und Erwerbslosigkeit in Frage zu stellen, neue und andere Arbeitsbegriffe zu diskutieren und in Diskursen stark zumachen, ebenso wie die Kopplung der (monetären) Existenzsicherung an Arbeit und Leistung zu kritisieren. Rein und Scherer sind hier konsequent in ihrer Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und befinden sich so im Einklang mit dem hegemonialen Diskurs unter den Erwerbslosen der 1980er Jahre, die eben dieses auf ihrem 1. Bundeskongress zur zentralen Forderung erhoben. Im Ringen um Alternativen zum klassischen Arbeitsbegriff und den damit verbundenen normierten Lebensentwürfen, hält sich die sozialarbeiterische Praxis bis heute weiterhin sehr bedeckt.

Verborgenes bleibt verborgen

Enttäuschend ist an dem Buch lediglich, dass auch hier nichts Konkreteres zu erfahren ist über jene von den Autoren so stark gemachte „unsichtbare Widerspenstigkeit“ der Erwerbslosen im Alltag als politische Handlungsstrategie: all die kleinen Akte des Aufbegehrens, die

möglicherweise auch in den bilateralen Beziehungen zwischen Sozialarbeiter*in und Beratungsnehmer*in besprochen und zur Umsetzung gebracht werden können. Stattdessen gehen sie davon aus, dass die individuelle Beratungspraxis zwischen Sozialarbeiter*in und Klient*in „in der Initiative entpolitisierend wirkt“ (S. 172). Rein und Scherer bezeichnen die Sozialarbeiter*innen bilanzierend als „Teil der staatlichen sozialen Hilfen“, deren fachliche Kompetenz auf (rechts-)beraterischer, organisatorischer Ebene zwar gewünscht ist, von denen jedoch keine politischen Impulse zu erwarten seien.

So bleiben klandestine, weil möglicherweise nicht legale Protestformen auch hier weiterhin verborgen. Möglicherweise sind Rein und Scherer damit ihrem eigenen Einwand gefolgt,

„ob nicht selbst gutgemeinte Untersuchungen in diesen Bereichen zu Nachteilen für die Betroffenen führen. Nischen sind nur solange Nischen, solange sie nicht öffentlich beleuchtet werden und Analysen von Überlebensstrategien armer Leute können rasch zu institutionellen Konsequenzen führen“ (S. 261).

Abgerundet werden die Ausführungen zum Verhältnis von Sozialer Arbeit zu Erwerbslosenprotest mit einem Überblickskapitel zum Stand der sozialwissenschaftlichen Forschung sowie mit einem leider etwas isoliert am Ende stehenden Kapitels zur Geschichte des Erwerbslosenprotestes in der Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Vorgängerstaaten.

Insgesamt ein empfehlenswertes Buch für alle jene, die um eine Bestimmung von Kritischer Sozialer Arbeit unter kapitalistischen Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen ringen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Hollstein, Walter (1973): Sozialarbeit im Kapitalismus. In: Hollstein, Walter / Meinhold, Marianne (Hg.): Soziale Arbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Fischer Verlag, Frankfurt a.M. Piven, Frances Fox / Cloward, Richard (1986): Aufstand der Armen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt. Rohrmann, Eckhard (1990): Die Pathologisierung von Armut in der

Bundesrepublik – aufgezeigt am gesellschaftlichen Umgang mit sog. Nicht-Seßhaften. In: Sozialpsychiatrische Informationen 1/ 90. Psychiatrie-Verlag, Köln.

Harald Rein, Wolfgang Scherer 1993:

Erwerbslosigkeit und politischer Protest. Zur Neubewertung von Erwerbslosenprotest und der Einwirkung sozialer Arbeit.

Peter Lang, Frankfurt am Main u.a.

ISBN: 978-3631463222.

305 Seiten. 69,95 Euro.

Zitathinweis: Wiebke Dierkes: Welche Arbeit? Welcher Protest? Erschienen in:
. URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Dj2kf>.

Die grüne Bibel der Sozialarbeit



Autorenkollektiv

Gefesselte Jugend

Fürsorgeerziehung im Kapitalismus

Die in den 1970er Jahren formulierte radikale Kritik an der Funktion Sozialer Arbeit im Kapitalismus zeigt: eine solche Kritik ist auch für die Gegenwart höchst relevant.

Rezensiert von [Arne Sprengel](#) und [Sven Schaub](#)

Im Jahr 1971 erscheint die erste Auflage des Buchs „Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus“, verfasst von einem Autor_innenkollektiv bestehend aus Sozialarbeiter_innen und Pädagogen_innen. Die Autor_innen haben zum Ziel, die ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen der Fürsorgeerziehung im Kapitalismus zu analysieren und einer umfassenden Kritik zu unterziehen. Als theoretischer Rahmen für dieses Vorhaben fungiert der Historische Materialismus nach Karl Marx und Friedrich Engels.

Die Beweggründe für das Verfassen des Buches waren zuallererst praktischer Natur. Es waren die unmittelbaren Erfahrungen mit der autoritären und repressiven Fürsorgeerziehung in den Kinder- und Jugendheimen dieser Zeit sowie das Interesse, diese Praxis zu verändern. Ganz im Duktus der marxistischen Theorie schreiben die Autor_innen, dass das Buch ein Beitrag dafür sein soll, dass sich die proletarische Jugend als Teil der Arbeiterklasse begreift, um Widerstand gegen den „Zwangsapparat der bürgerlichen Fürsorgeerziehung“ (S. 9) formieren zu können. Damit dies funktionieren kann – so die Argumentation – müssten auch die notwendigen

Bündnisschichten des Proletariats erreicht werden, unter anderem eben auch die Sozialarbeiter_innen. Insofern ist „Gefesselte Jugend“ auch als der Versuch eines Eingriffs in die damalige Ausbildung von Sozialarbeiter_innen zu verstehen. Diese sollten durch die Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie befähigt werden, den eigenen Beruf in seiner Funktion im Kapitalismus zu analysieren und darauf aufbauend, nach Alternativen zu fragen.

Das Buch wurde ein ungeahnter Erfolg und in der Folge umfassend und kontrovers diskutiert. Besonders unter jenen Student_innen, die sich im Zuge der 68er-Bewegung politisiert hatten und eine alternative, sozialistische Erziehungspraxis anstrebten, war es eine Pflichtlektüre. Mehr als 40 Jahre später kann von einer solchen Bedeutung für die Soziale Arbeit keine Rede mehr sein, auch wenn man das Buch durchaus noch in den Bibliotheken der Hochschulen finden kann – wenn man nur danach sucht. Dennoch lohnt es sich auch heute, sich mit dem Buch zu beschäftigen.

Historische Perspektive

Aus historischer Perspektive ist „Gefesselte Jugend“ interessant für die Auseinandersetzung mit kritischen Ansätzen und Bewegungen der Sozialen Arbeit in den 1970er Jahren. Schon der gewählte Titel verrät in welcher Tradition Kritischer Sozialer Arbeit sich die Autor_innen verstehen, wenn sie im Vorwort das im Jahr 1929 erschienene Buch „Gefesselte Jugend in der Zwangsfürsorgeerziehung“ (S. 9) als Anknüpfungspunkt ihrer politischen und theoretischen Position aufführen. Diese Tradition sozialistischer Pädagogik und marxistischer Theorie wurde im deutschen Faschismus gewaltsam niedergeschlagen.

Auch in der Zeit des sogenannten Wiederaufbaus nach Kriegsende blieben diese Ansätze für die Sozialpädagogik und Sozialarbeit marginal. Die Anknüpfung an eine solche, sozialistische Tradition war in den 1970er Jahren auch deshalb von enormer politischer Tragweite, da zu dieser Zeit viele ehemalige Nazis einflussreiche Positionen in der Ausbildung und Praxis sozialer Berufe (wieder-) erlangt hatten. Dieser Umstand sowie die unhaltbaren Zustände in den Heimen und Erziehungseinrichtungen Sozialer Arbeit der 1950er und 1960er Jahre waren Gründe für eine zunehmend lauter

werdende Kritik an der Ausbildung, den theoretischen Grundlagen und der Praxis Sozialer Arbeit. Linke Student_innen und kritische Sozialarbeiter_innen führten, teilweise gemeinsam mit den Betroffenen, öffentlichkeitswirksame Aktionen durch (etwa die sogenannte „Heimkampagne“) und stellten das gesamte System der Heimerziehung offensiv in Frage. Parallel entstanden alternative Projekte und Konzepte und vielen diente die radikale Kritik aus „Gefesselte Jugend“ dabei als theoretisches Fundament. In einigen Kreisen sprach man bald – der Farbe des Umschlages wegen – von der „Grünen Bibel“ der Sozialarbeiter_innen. Insofern kann das Buch als Teil der Geschichte Kritischer Sozialer Arbeit gelesen werden.

Theoretische Perspektive

Der vom Autor_innenkollektiv gewählte Untertitel „Fürsorgeerziehung im Kapitalismus“ verweist auf das theoretische Anliegen. So geht es den Autor_innen um die Analyse der objektiven Funktionen Sozialer Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen. Ausgehend vom Historischen Materialismus nach Karl Marx und Friedrich Engels versuchen die Autor_innen durch die Analyse der ökonomischen Verhältnisse die Geschichte der Fürsorgeerziehung, und damit auch der Sozialen Arbeit, anders zu schreiben.

„Die Analyse der Geschichte der Heimerziehung, der Ursachen ihrer Entstehung, ihrer Organisationsformen und ihrer Selbstinterpretation soll in ihrer Abhängigkeit von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen Aufschluß über die jeweilige historische Funktion der Heimerziehung geben“ (S. 14).

So heißt es im ersten Kapitel, das zum einen die Geschichte der Fürsorgeerziehung vom Mittelalter bis zur Gegenwart analysiert und zum anderen in theoretische Grundbegriffe der marxistischen Theorie einführt. Aufbauend darauf werden in den Folgekapiteln die Schwerpunkte auf spezifischere Themen gelegt, wie die Rolle der Fürsorgeverbände oder Reformtendenzen in der Fürsorgeerziehung.

Aus Perspektive einer kritischen und selbstkritischen Sozialer Arbeit

Eine Stärke des Buches ist die konsequente Verbindung der Gesellschaftsanalyse von Marx und Engels mit einer Kritik der Sozialen Arbeit und ihrer Institutionen. Die Autor_innen wollen so „die Funktion der in Heimen betriebenen Fürsorgeerziehung im Kontext der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland“ (S. 10) nachvollziehen. Dadurch gelangen sie zu einer Deutung von Sozialer Arbeit, die das Bild einer Profession selbstloser Helfer_innen nachhaltig erschüttern muss: Soziale Arbeit erscheint selbst verstrickt in Prozesse der sozialen Ungleichheit. Sie nimmt dabei eine aktive Rolle bei der Herstellung, Durchsetzung und Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen ein.

Diese Kritik verweist nicht nur auf die Notwendigkeit der Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zur Lösung sozialer Probleme (eine Position, die in der Sozialen Arbeit ohnehin kaum ernsthaft angezweifelt wird), sondern auch in selbstkritischer Perspektive auf die strukturellen Widersprüche Sozialer Arbeit im Kapitalismus selbst. Aus unserer Sicht bieten sich hier viele interessante Anknüpfungspunkte für weitergehende Überlegungen und Beschäftigungen im Anschluss an die Lektüre. Wir möchten in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die spätere Veröffentlichung von Manfred Kappeler, einem Mit-Autor von „Gefesselte Jugend“ verweisen, der sich im Jahr 2012 zurückerinnert und einige interessante Kritikpunkte, eine historisch-biografische Einordnung und weitergehende Überlegungen anbringt. Verweisen möchten wir auch auf die vielen Geschichten der ehemaligen Heimzöglinge der 1950er und 1960er Jahre, deren Kampf um Aufklärung und Entschädigung 2009 (!) zur Einsetzung eines „Runden Tisch Heimerziehung“ durch den Bundestag führte und die kurz darauf erleben mussten, dass viele ihrer Ansprüche, Forderungen und Hoffnungen abermals abgewiesen und enttäuscht wurden (siehe hierzu aus Sicht einer kritischen Sozialen Arbeit die Beiträge in der Zeitschrift Widersprüche Nr. 123, 129 und 131).

Zusätzlich verwendete Literatur

Kappeler, Manfred (2012): Kritische Soziale Arbeit. Biografie und Zeitgeschichte. In: Anhorn, Roland / Bettinger, Frank / Horlacher, Cornelis / Rathgeb, Kerstin (Hg.): Kritik der Sozialen Arbeit – kritische Soziale Arbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 271-296.

Autorenkollektiv 1971:

Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus.

Suhrkamp, Frankfurt am Main.

ISBN: 9783518105146.

355 Seiten.

Zitathinweis: Arne Sprengel und Sven Schaub: Die grüne Bibel der Sozialarbeit. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/DxLyG>.

Konstruktive Entzauberung



Walter Hollstein, Marianne Meinhold (Hg.)
Sozialarbeit unter kapitalistischen
Produktionsbedingungen

Der über 40 Jahre alte Sammelband rechnet mit den Funktionen der Sozialarbeit im Kapitalismus ab und liefert reichlich Anregungen für eine aktualisierte materialistische Kritik.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Ich gestehe: Auch ich wollte als Linker „etwas mit Menschen machen“ und entschied mich deshalb einst für ein Studium der Sozialarbeit. Ich war der Ansicht, als Sozialarbeiter hätte ich am ehesten Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Verhältnisse zumindest im Kleinen zu verbessern. Um Wege dafür zu finden, beschäftigte ich mich zu Beginn des Studiums mit Kritischer Sozialarbeit und wurde im Zuge dessen auf ein uraltes Buch aufmerksam, das in der Bibliothek einer kleinen Berliner Hochschule für Sozialarbeit, an der ich studierte, vor sich hin vergilbte. Der 1973 erschienene Sammelband „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ raubte mir alle Illusionen, in der Sozialen Arbeit einen geeigneten Beruf zur Verbesserung oder gar Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu finden. Es waren Sätze wie „Dem Sozialarbeiter fällt in der gegenwärtigen Gesellschaft die Rolle zu, Agent und Repräsentant des herrschenden Staates zu sein“ (S. 39) und die „Hilfeleistung der Sozialarbeit erweist sich [...] als *Helferdienst* für die bestehende Ordnung“ (S. 204, Herv. i. O.), die sich in meinem Kopf festsetzten und die Seminare zum Beratungssetting, zum Sozialversicherungsrecht, zur Jugendhilfe oder zu Gesprächsmethoden fast unerträglich machten.

Funktionsbestimmungen

Insbesondere die beiden Beiträge des Mitherausgebers Walter Hollstein („Sozialarbeit im Kapitalismus“ und „Hilfe und Kapital“) gaben mir einige Anstöße, um die Funktion der Sozialarbeit für die kapitalistische Herrschaft zu bestimmen – und um meine ursprüngliche Idee, sinnvolle linke Soziale Arbeit zu leisten, zu verwerfen. Mir wurde klar: Sozialarbeit ist *normierend*, da es ihr gemäß ihres Auftrages darum geht, „bestehende Defizite auszugleichen, Mängel zu beheben und die Klienten wieder den gültigen Normen der Gesellschaft anzupassen“ (S. 10). Mehr noch: Der Sozialarbeit kommt eine aktive Rolle zu, indem durch den Eingriff die Abweichung von der Normalität überhaupt bestimmt wird, etwa wenn festgelegt wird, was als deviantes Verhalten gilt.

Allen voran *individualisiert* die sozialarbeiterische Operation soziale Probleme. Das zeigt sich – wie Marianne Meinhold in ihrem Beitrag „Zum Selbstverständnis und zur Funktion von Sozialarbeitern“ verdeutlicht – etwa am allgegenwärtigen Slogan „Hilfe zur Selbsthilfe“, der zwar ursprünglich gegen Bevormundung von Klient_innen formuliert wurde, aber zu einem Instrument wird, „das Scheitern der Hilfsmaßnahmen dem individuellen, persönlichen Versagen des Klienten zuzuschreiben“ (S. 215), da die Aktivierung „innerer Kräfte“ im Vordergrund steht. „Äußere Kräfte“, etwa gesellschaftliche Strukturen, geraten so aus dem Blick. Eng mit der Individualisierung verwoben ist die Funktion der *Befriedung*:

„Sozialarbeit freilich nimmt das Moment der Revolte, welches sich in der Devianz ausdrückt, nicht auf, sondern kaschiert es durch ihren Akt von Linderung und Trost. Objektiv produzierte und nur subjektiv vermittelte Abweichung wird individuell und quasi privat behandelt anstatt Anlaß zur Veränderung ihrer Produktionsfaktoren zu geben, die so von neuem Devianz bewirken“ (S. 21).

Die Befriedung hat zwar unterschiedliche Facetten und findet durch individualisierte Hilfe sanft oder durch Kontrollmechanismen grob statt, letztlich ist Sozialarbeit allerdings eine Art Sozialpolizei, die eingreift, wenn es gefährlich wird. Zugleich hat sie eine Feuerwehrfunktion. Sie „greift ein, wenn der Klient *bereits* zu Schaden gekommen ist, wenn er *schon* auffällt, wenn er sich *längst* dissozial benimmt“ (S. 21, Herv. i. O.). Wenn es brennt, kommt die

Sozialarbeit; die Fragen nach den Ursachen des Brandes sind zumindest nicht zentral, die Kraft wird darauf konzentriert, die Brände einigermaßen unter Kontrolle zu halten und sich zu bemühen, dass sie nicht auf andere Häuser übergreifen. Insofern kommt der Sozialarbeit eine *kompensatorische* Funktion zu, indem Mängel, Widersprüche und Ungerechtigkeiten auf individueller Ebene ausgeglichen werden. Damit werden die Widersprüche kaschiert, die Hilfeleistung der Sozialen Arbeit „soll alle Ungerechtigkeiten verdecken und die bestehende Gesellschaft letztendlich doch noch gerecht und fürsorgend in öffentliche Erscheinung treten lassen“ (S. 40).

In einem unmittelbar ökonomischen Sinne ist Sozialarbeit für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zuständig, wie fast alle Beiträge deutlich machen. Hollstein unterscheidet auf Grundlage einer klassentheoretischen Überlegung in der Sphäre der Armut mehrere Schichten. Sozialarbeit kümmere sich demnach um Lohnarbeiter_innen, „die aufgrund des sozio-psychischen Drucks, der alltäglich auf sie ausgeübt wird, in Problemsituationen geraten sind, welche sie aufgrund ihres reduzierten Status nicht selbsttätig lösen können“ (S. 186). Außerdem pflegt die Sozialarbeit die industrielle Reservearmee, „damit einzelne ihrer Mitglieder bei Bedarf in den Arbeitsprozeß reintegriert werden können“ und unterstützt als drittes diejenigen materiell, „die endgültig aus dem Produktionsprozeß der Gesellschaft eliminiert wurden“ (ebd.).

Erweiterungen der Kritik

Das Buch hat allerdings noch mehr zu bieten als eine allgemeine Kritik an Sozialarbeit, was es aus meiner Sicht auch heute noch lesenswert macht. Erstens offenbart es einen Blick in eine Zeit, in der sich Sozialarbeit als Studiengang etablierte und sich eine Reihe politisierter Studierender Gedanken machte, wie durch Sozialarbeit die Verhältnisse bewegt werden könnten. Damit ist das Buch ein Zeitdokument – und potentielle Quelle für Perspektivwechsel. So zeigt etwa der Beitrag von Michael Nowicki aus einem historisch-materialistischen Blickwinkel der Geschichte der Klassenkämpfe eindrucksvoll auf, welche Rolle die Soziale Arbeit bei der Individualisierung im Zuge der Veränderung der kapitalistischen Produktion spielt. Er geht davon aus, „daß Armenpflege, Wohlfahrt, Fürsorge und Sozialarbeit verschiedene Arten von Eingriffsmöglichkeiten der herrschenden Klasse in die jeweilige

soziale Lage der Arbeiterklasse darstellen“ (S. 47). Hier ließe sich heute anschließen. Um eine fundierte Kritik an heutiger Sozialer Arbeit formulieren zu können, wäre allerdings eine Auseinandersetzung mit den veränderten Paradigmen eines „flexiblen Kapitalismus“ im Vergleich zum fordistischen Industriekapitalismus erforderlich. Hier könnte kritisch geprüft werden, ob Elemente Kritischer Sozialer Arbeit einen Einfluss darauf hatten, den Umbau von Welfare zu Workfare zu stützen. Angeknüpft werden könnte an Studien, die die Aufnahme der durch die 68er erkämpften Werte in die neoliberale Ideologie analysierten.

Zweitens liefert die im Buch in einigen Beiträgen favorisierte klassenanalytische Perspektive auch heute noch wichtige Anknüpfungspunkte für eine Kritische Soziale Arbeit. Zwar dürften – anders als manche Beiträge im Sammelband suggerieren – keineswegs alle Einsatzgebiete der Sozialen Arbeit aus dem Widerspruch Kapital-Arbeit abzuleiten sein. In der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft kann allerdings eine klassenanalytisch orientierte Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit linke Stimmen von der latenten Sprachlosigkeit und manch verzweifelt erscheinenden Bezug auf die guten alten sozialdemokratisch geprägten Zeiten befreien, die in aktuellen Angeboten Kritischer Sozialer Arbeit manches Mal durchscheinen. Ansätze für eine grundsätzlichere Kritik liefern die genannten Funktionsbestimmungen im Buch, aber auch konkrete Beispiele wie im Beitrag von Henner Hess, der das Problem der Obdachlosigkeit klassentheoretisch analysiert.

Drittens zeigt etwa der Beitrag des Arbeitskreises Kritischer Sozialarbeit (AKS) die Faktoren auf, die die Sozialarbeiter_innen daran hindern, die Interessen der Klient_innen zu vertreten. Der AKS hat in den vergangenen Jahren wieder einen Zuwachs zu verzeichnen und verbindet heute wie damals Praktiker_innen, Studierende und Lehrende miteinander, was sich positiv auf die Fundierung der Analysen auswirkt. Die Autor_innen werden hier deutlich konkreter als in den meisten anderen Beiträgen und benennen die hohe Fallzahl, die Parzellierung und die amtliche Hierarchie als drei zentrale Faktoren. Damit dürften sie auch schon vor der „Ökonomisierung der Sozialarbeit“, von der erst seit etwa zwanzig Jahren die Rede ist, auch die heute alltäglichen Hindernisse für Kritische Sozialarbeiter_innen benannt haben.

Keine Illusionen

Das Buch kann auch heute angehende und tätige Sozialarbeiter_innen im besten Sinne desillusionieren. Das erscheint mir durchaus notwendig, denn ein zentrales Problem für Linke in der Sozialen Arbeit besteht aus meiner Sicht darin, dass der buchstäbliche Glaube daran, durch sozialarbeiterische Operationen die Verhältnisse zum Positiven zu wenden, mehr zerstört als ermöglicht, wenn etwa unbezahlt dutzende Überstunden gemacht werden und alle politische Energie in die Soziale Arbeit gelegt wird. Die Erfahrungen mit den in den meisten Feldern notwendigen Schranken der Veränderung, die institutionalisierte Soziale Arbeit aufgrund ihrer ideologischen und ökonomischen Funktionen hat, führen nicht selten zu Lethargie. Soziale Arbeit hingegen in erster Linie als Lohnarbeit im Kapitalismus zu begreifen und die Widersprüchlichkeit des eigenen Handelns zu erkennen, dürfte unerlässliche Grundlage für die Entwicklung linker sozialarbeiterischer Praxen sein. Dafür liefert das Buch wertvolle Anregungen, auch wenn es in erster Linie um kapitalistische Verhältnisse geht und diese kaum in Bezug gesetzt werden zu Rassismus, Körpernormierungen oder Geschlechterverhältnissen.

Nach der Lektüre des Sammelbandes verabschiedete ich mich erst einmal von der Vorstellung, etwas im Bereich der Sozialen Arbeit zu machen. Mit der erneuten Lektüre des Buches gut sechs Jahre später fundiert sich die Kritik zwar, aber ich ziehe – vor allem angeregt durch Gespräche mit aktiven Kritischen Sozialarbeiter_innen – andere Schlüsse. Zwar gilt auch heute noch: „Soziale Arbeit als systemsprengende Kraft kann angesichts ihres Auftrages nicht konzipiert werden“ (S. 42); allerdings muss sie deshalb nicht zwingend beiseitegelegt werden. Einerseits sind Sinn und Zweck Soziale Arbeit nicht gänzlich aus dem Kapitalverhältnis ableitbar und einige Bereiche der Sozialen Arbeit dürften demzufolge auch in einer klassenlosen Gesellschaft notwendig sein, wenngleich in völlig anderen gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese zu erkämpfen wird andererseits nicht primär die Aufgabe einer für die Verhältnisse funktionalen Sozialen Arbeit sein, dennoch eröffnen sich durchaus Möglichkeiten, die im Sammelband an einigen (wenigen) Stellen angedeutet werden. So können sich Sozialarbeiter_innen beispielsweise für die materiellen Grundlagen zur Selbstorganisation der Klient_innen einsetzen. Das klingt zunächst recht dürftig, ist aber weitaus realistischer als davon auszugehen, durch Soziale Arbeit selbst etwas substanziell ins Wanken bringen zu können.

*

Die Seitenangaben basieren auf der 1980 im AJZ-Verlag (Bielefeld) erschienenen 5. Auflage

Walter Hollstein, Marianne Meinhold (Hg.) 1975:
Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen.
Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt a. M.
ISBN: 978-3436016739.
269 Seiten.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Konstruktive Entzauberung. Erschienen in:
. URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Y5Kzy>.

Systemtransformation als Mandat Kritischer Sozialer Arbeit?



David Gil

Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung
Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter

Mit der Vision einer sozial gerechten Gesellschaft skizziert David G. Gil in seinem Klassiker systemische Transformationsstrategien für Sozialarbeitende, die auch 25 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung dazu ermuntern, kollektiv um ihre praktische Umsetzung zu ringen.

Rezensiert von [Vera Aulenbach](#)

Was tun mit der Erkenntnis, dass die Haltung vermeintlicher politischer Neutralität einer impliziten Mittäter_innenschaft an der Konservierung repressiver Strukturen gleichkommt? Wie handeln als kritische Sozialarbeiter_innen, die sich die Überwindung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zum Ziel gemacht haben und nun vor dem Dilemma stehen, sich einerseits mit der Selbstzuschreibung eines social justice-Mandats „auf Touren gebracht zu haben“ und andererseits mangels hinreichender Theoriekenntnisse und Überwindungsstrategien dann „im Leerlauf zu verharren“?

David G. Gil – selbst jahrzehntelang Sozialarbeiter in Praxis und Lehre, zeitweilig Aktivist im New American Movement und Mitglied der Democratic Socialists of America – nutzte diese verfahrenere Ausgangssituation als Gelegenheit für umfassende Überlegungen, wie diese Lücke perspektivisch geschlossen werden könnte. Die Ergebnisse seiner Reflexionen veröffentlichte er 1989 unter dem Titel „Confronting Injustice and Oppression: Concepts and

Strategies for Social Workers“ im Verlag Columbia Press, New York. Die von Tilman Lutz übersetzte deutschsprachige Ausgabe erschien 19 Jahre später im Kleine Verlag als Teil der kritischen Buchreihe „Impulse“ und wurde auf Anregung des Redaktionskollektivs der Fachzeitschrift „Widersprüche“ vom Sozialistischen Büro Offenbach vorfinanziert.

Ausgehend von seiner historisch-anthropologischen Grundbedürfnistheorie, die er zuvor in seinem Werk „Unravelling Social Policy“ entwickelt hatte, widmet er sich hier den Entstehungsbedingungen und Wirkungsdynamiken von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, um anschließend für das Aktionsfeld Kritischer Sozialer Arbeit Strategien zu ihrer Überwindung zu skizzieren. Der Kern des Buches gliedert sich in zwei Teile, in denen zunächst theoretische und historische Perspektiven komprimiert dargestellt werden, um diese später zur Entwicklung von Implikationen für Politik, Praxis und Organisation zu nutzen. Der Epilog vertieft schließlich die Frage nach den Bearbeitungsmöglichkeiten jener existentiellen Dilemmata, mit denen sich Menschenrechtsaktivist_innen (im weiteren Sinne) in ihrem Streben unweigerlich konfrontiert sehen werden.

Kritisches Bewusstsein als Achillesferse

Als zentrale Werte kritischer Sozialarbeit nennt der Autor Gleichheit, Freiheit, Kooperation, Gemeinschaft und das Streben nach individueller wie sozialer Weiterentwicklung. Die traditionellen sozialarbeiterischen Aufgaben der Leidenslinderung und Ungerechtigkeitsmilderung scheinen ihm daher nur als kurzfristige Ziele sinnvoll. Seine langfristige Vision ist das Gesellschaftssystem des demokratischen Sozialismus, zu erreichen durch die

„Transformation der Institutionen und Kultur des späten Kapitalismus durch die graduelle Entstehung alternativer ökonomischer Praxen sowie die gleichzeitige Ausbreitung emanzipatorischer philosophischer und ideologischer Systeme [...], die den Kapitalismus überwinden“ (S. 87).

Als Dreh- und Angelpunkt derlei grundlegender Transformationen erscheint ihm das kritische Bewusstsein möglichst Vieler, denn es sei „die Achillesferse jeder etablierten Sozialordnung und eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Vorbedingung jeglicher Gesellschaftsveränderung“ (S. 75).

Entsprechend muss eine emanzipatorische Soziale Arbeit mindestens dieses breitere kritische Bewusstsein beziehungsweise die Mündigkeit der Subjekte zum Zweck ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit machen. Ursprung seines beruflichen Selbstverständnisses ist einerseits die Annahme, dass Gesellschaftsordnungen, Politiken und Institutionen von Menschen geschaffen wurden und daher auch von Menschen verändert werden können; und andererseits, dass Menschen ihre potentielle Fähigkeit zu kritischem, solidarischem und kollektivem Verhalten in gemeinsamen dialogischen Prozessen (wieder)erlernen können, um eine solche Transformation in Richtung gerechter Gesellschaftsstrukturen auch konkret praktisch durchzusetzen.

Arbeits- und Unterstützungskreise als Schutz- und Aktionsraum

Nun stellt aber die gegenwärtige Tatsache eines neoliberal-spätkapitalistischen Gesellschaftssystems kritische Sozialarbeitende vor das Dilemma, sich einerseits dem entschlossenen, ausdauernden und kollektiven Ringen um eine Soziale Arbeit verpflichtet zu fühlen, die dieses Begriffes überhaupt noch würdig ist; und andererseits mit dem Risiko mangelhafter Rückendeckung (durch eine Partei oder Gewerkschaft) umgehen zu müssen. Als wichtiges Element, um diese zwickmühlenartige Situation konstruktiv zu bearbeiten, sieht Gil die Organisationsform von „Arbeits- und Unterstützungskreisen“ (S. 160f.).

Da „radikale“ Sozialarbeitende (Gil verwendet diesen kraftvollen Begriff bewusst, um deren Ziel der grundlegenden Gesellschaftstransformation zu unterstreichen) am Arbeitsplatz oft mit Konflikten und Ausschlussprozessen konfrontiert seien, müssten sie Netzwerke der Solidarität und Zusammenarbeit aufbauen, die für ihre Mitglieder eine duale Funktion übernehmen: Auf eher informeller Ebene kann ein Erfahrungsaustausch über das eigene Leben und Wirken stattfinden, nicht zuletzt um die mehrheitsgesellschaftlich stattfindende Trennung von Beruflichem und Privatem zu transzendieren und Wege zu finden, politische Aktivitäten ins tägliche Leben zu integrieren. In der Funktion eines *Schutzraums* sollen Arbeits- und Unterstützungskreise Orte „hierarchiefreier,

kooperativer [und] von gegenseitiger Sorge gekennzeichneten Beziehungen“ (S. 162) sein, die zudem die Freiheit bieten, nicht nur die unmittelbar konstruktiven Aspekte der eigenen Arbeit zu diskutieren, sondern auch persönliche Schwächen, Ängste und Zweifel zu thematisieren. Gerade solche Sozialarbeitenden, die das Gefühl haben, mit ihrer fachlichen Positionierung in ihrem Kollegium völlig alleine da zu stehen, erhalten hier hoffentlich eine Bestätigung für die Integrität ihrer Perspektiven, ihre „geistige Gesundheit“ im Allgemeinen und ihr radikales sozialarbeiterisches Selbst-Bewusstsein.

Auf der formellen Ebene ist ein solches Netzwerk vor allem ein gemeinsamer *Aktionsraum*. Im Einklang mit dem zu Grunde gelegten Ethik-Kodex (im deutschen Raum ist dies meist das „Statement of Ethical Principles“ der International Federation of Social Workers, Gil bezieht sich für den U.S.-amerikanischen Raum auf den „Code of Ethics“ der dort aktiven National Association of Social Workers) sollen alternative Analysen, Theorien und Praxen entwickelt werden, die ganz konkret in den Berufsalltag der Mitglieder einfließen und idealerweise auch mit den Strategien und Aktivitäten ähnlich gesinnter sozialer Bewegungen koordiniert werden. Diesem kollektiven Lernprozess dient auch die gemeinsame Evaluation der bisherigen Versuche einzelner Mitstreiter_innen, transformative Elemente in Berufspraxis und sonstigem sozialpolitischem Engagement unterzubringen. Letztendlich gilt es aber, vom gemeinsamen Reflektieren und Analysieren in ein gemeinsames Experimentieren überzugehen: Vermeintliche Grenzen müssten behutsam ausgetestet werden, um festzustellen, ob sie überhaupt real wirksam oder nur selbstauferlegt sind. Nur so können Sozialarbeitende langsam den nötigen Mut und die entsprechenden Fähigkeiten entwickeln, eine auf langfristige Verbesserungen angelegte Konfliktorientierung und Widerständigkeit zum festen Bestandteil des eigenen Berufsalltags zu machen. Um bei diesem Vorhaben nicht fahrlässig die „rote Linie“ zu überschreiten und als Kleingruppe hart sanktioniert zu werden, bietet es sich an, die Unterstützungsmöglichkeiten der Gewerkschaften (im deutschen Rechtsraum gibt es neben GEW und ver.di den sozialarbeitsspezifischen DBSH als tariffähige Fachgewerkschaft/Berufsverband) und der ähnlich gesinnten sozialen Bewegungen zumindest auszuloten.

Zeigt euch! Vernetzt euch! Und ändert den Alltag!

Obwohl Gil die Arbeits- und Unterstützungskreise als zentrale Bezugsgruppe kritischer Sozialarbeitender konstruiert, macht er darauf aufmerksam, dass das in diesem Rahmen durch gemeinsame Tätigkeiten prozesshaft entstehende kritische Bewusstsein aber keinesfalls in diesen Kleingruppen konzentriert und isoliert bleiben soll. Vielmehr müsse es möglichst vielen potenziellen akademischen und nicht-akademischen Querdenker_innen, einschließlich Klient_innen, zugänglich gemacht werden – in Form von Kundgebungen, Zeitungskolumnen, Internetseiten, Fachzeitschriften, Kongressen, Tagungen, niedrigschwelligen Bildungsveranstaltungen und ähnlichem. So kann nicht nur der eigene Schutz- und Aktionsraum erhalten werden, es können auch weitere untereinander vernetzte Arbeits- und Unterstützungskreise gegründet, der gemeinsame politische Aktionsgrad erhöht und eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen entwickelt werden. Sobald ein solches Netz langsam eine gewisse Spannweite und Feinmaschigkeit erlangt hat, besteht Gil zufolge die Hoffnung, auch den bisher neutral oder ablehnend Gestimmten die „Validität und Durchsetzbarkeit der Integration eines konsequenten Eintretens [...] gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ zu demonstrieren (S. 165). Eine für den deutschen Sprachraum wertvolle aktuelle Veröffentlichung ist die Karte sozialarbeiterischen Widerstands von Jenny Kaiser und Martina Westrich, auf der über 20 bereits existierende Gruppierungen kritischer Sozialarbeit in Deutschland, Schweiz und Österreich lokalisiert und kurz vorgestellt werden (die Karte siehe [hier](#)).

Sobald die einzelnen Bündnisse – etwa durch eine weiträumige Verbreitung dieser erst seit kurzem zur Verfügung stehenden Kartographie – einander in ihrem Existieren und Wirken stärker bewusst sind und eine engere Vernetzung als bisher stattfindet, kann diese Organisationsform Kritischer Sozialer Arbeit den einzelnen Sozialarbeiter_innen sicher auch ein stärkeres Rückgrat als bisher sein.

Für den langen Weg hin zu breiten solidarischen Strukturen gibt Gil schließlich auch einige Hinweise für den gewöhnlichen Berufsalltag vor dem „Tag X“, also für die Zeit ab dem „kommenden Montag“. Denn radikale Sozialarbeitende sollten nach Gil ihre Gestaltungsspielräume nutzen, um

berufliche Beziehungen auch jetzt schon soweit möglich in egalitäre, partizipatorisch-demokratische Muster zu überführen. Bei der Zusammenarbeit mit Klient_innen gehe es darum, möglichst jede Form verbaler oder institutioneller Repression zu vermeiden, um diesen zu ermöglichen, eine defensive oder antagonistische Haltung zu verlassen, die sich bloß auf die Person der_des Sozialarbeitenden richtet. Vielmehr müssten diese Menschen in Gesprächen dazu ermuntert werden, gemeinsam über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu reflektieren und nach ihrer eigenen Perspektive auf die Ursachen und Zusammenhänge ihrer Probleme gefragt werden, um den berechtigten Zorn auf produktivere Weise neu auszurichten auf die eigentlichen Hinderungsgründe für das persönliche Wohl. Teil der Unterstützung müsse aber auch sein, die bisherigen eigenen Problemlösungsversuche dieser Menschen wertzuschätzen und als Sozialarbeitende_r offen einzugestehen, unter ähnlichen Bedingungen wahrscheinlich zunächst ähnlich überfordert zu sein. Dann könne gemeinsam nach Möglichkeiten der Belastungsreduktion gesucht werden, um die frei werdenden Ressourcen so zu nutzen, dass das eigene Wohlergehen *nachhaltig* sichergestellt und durchgesetzt werden kann. Gil ist überzeugt, dass durch eine solche kontinuierliche Unterstützung ein Vertrauensverhältnis und auch Selbstvertrauen aufgebaut wird, welches die Klient_innen von der Notwendigkeit und Machbarkeit gemeinsamer Widerstandsbemühungen überzeugt.

Auf zur kollektiven Suchbewegung!

Eingedenk der Unmöglichkeit, mit nur einer Publikation einen Lückenschluss zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis zu bewirken, trägt Gil mit seinem Werk dennoch einen wertvollen Teil zu diesem gemeinsamen Vorhaben bei. Wenn die Handlungsimplicationen des Autors zuweilen unbefriedigend unkonkret erscheinen sollten, dann sei positiv erwähnt, dass Gil aus der Skizzenhaftigkeit seiner Überlegungen keinen Hehl macht, sondern seine provisorischen Zwischenergebnisse beziehungsweise sein Prozesswissen bewusst frühzeitig einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, um sie für eine weitere „kollektive Suchbewegung“ nutzbar zu machen. Das Buch bietet vielfältige Denkanstöße und Handlungsanregungen, wie sich eine kritische Haltung als Sozialarbeiter_in in Praxis und Lehre mit kritischem Engagement in politischen Arenen und auch

im Bekanntenkreis verbinden lassen können. Gils Werk grenzt sich nicht zuletzt deshalb positiv von manch anderen Publikationen ab, weil es zwar „etwas zumutet“, aber vor allem „etwas zutraut“; weil es Anknüpfungspunkte bietet, aber nach eigenständiger Konkretisierung und Aktualisierung verlangt; und weil es auf unbequeme Weise ein konsequentes Handeln einfordert, ohne auf schmerzhaft Weise zu Selbstüberforderung anzustacheln. Oder wie Gil selbst schreibt: Das „Bekämpfen der Ursachen anstelle von Symptomen [beruht] auf der persönlichen Verpflichtung vieler Individuen, ihr Leben und ihr Lebenswerk dem Ziel Sozialer Gerechtigkeit zu verschreiben. Eine Verpflichtung wie diese kann nicht von heute auf morgen entstehen“ (S. 168).

David Gil 2006:

Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter.

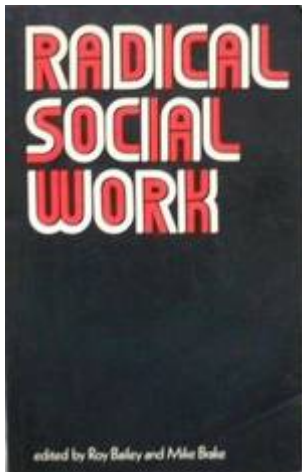
Kleine Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3893704101.

198 Seiten.

Zitathinweis: Vera Aulenbach: Systemtransformation als Mandat Kritischer Sozialer Arbeit? Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/gQZkj>.

Wider den gesellschaftlichen Normalitätsgedanken!?



Roy Bailey / Mike Brake (Hg.)
Radical Social Work

*Von der Notwendigkeit eines gesellschaftskritischen
Bewusstseins in der Sozialen Arbeit.*

Rezensiert von [Judith Münzberger](#)

Vor dem Hintergrund der „Widersprüche[...] spätkapitalistischer Vergesellschaftung und deren Folgen für Lebenslagen wie Lebensweisen der Menschen“ (Sünker 2000, S. 209) entwickelte sich in den 1970er Jahren innerhalb der Sozialen Arbeit ein (gesellschafts-) kritischer Diskurs, welcher im englischsprachigen Raum auch heute noch durch das Konzept „radical social work“ geprägt wird. Ziel dieses Diskurses war und ist es, die gesellschaftliche Verortung der Sozialen Arbeit in spätkapitalistischen Gesellschaften und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Theorie und Praxis radikal, das heißt von Grund auf (neu) zu hinterfragen.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt diese Diskussion nicht zuletzt durch den 1975 von Roy Bailey und Mike Brake herausgegebenen Sammelband „Radical social work“. Die in diesem Buch vereinten Beiträge kritisieren allesamt die mangelnde Selbstkritik und fehlende Politisierung der Sozialen Arbeit im Kontext einer sich vollziehenden Transformation des Wohlfahrtsstaates.

Im einleitenden Beitrag „Social Work in the Welfare State“ schreiben die Herausgeber hierzu, dass aus ihrer Perspektive innerhalb der Sozialen Arbeit

bis zum damaligen Zeitpunkt weder eine zufriedenstellende Erörterung der politischen, sozialen oder auch ideologischen Verortung der Sozialen Arbeit stattgefunden habe, noch sei ihre Instrumentalisierung als Instanz sozialer Kontrolle in der Vergangenheit ernsthaft hinterfragt worden. Mit Blick auf die historische Entwicklung sei der Auftrag der Sozialen Arbeit im Vereinigten Königreich (UK) lange Zeit mit der Aufsicht der Sozialfürsorge und demzufolge mit der Sicherung des Wohlfahrtsstaates verbunden gewesen. Diese ursprüngliche Kontrollfunktion der Sozialen Arbeit veranschaulichen Brake und Bailey am Beispiel des Fisher Komitees, welches ihren Ausführungen zufolge im UK gegründet worden war, um den Missbrauch von Sozialleistungen verhindern und kontrollieren zu können. Als ehemals ausführendes Organ dieses Komitees umschreiben sie die Soziale Arbeit damit gleichsam als „verlängerten Arm“ (Böhnisch 1982, S. 72) der Sozialpolitik, deren Funktionsbestimmung auch heute noch im Zusammenhang mit der Existenz und Aufrechterhaltung einer Klassengesellschaft betrachtet werden müsse.

Obgleich angesichts sozialer und wirtschaftlicher Reformen in der Vergangenheit eindeutig auch soziale und ökonomische Faktoren für die Notlage der BürgerInnen kapitalistischer Gesellschaften ausgemacht werden könnten, sei das Individuum für seine Hilfebedürftigkeit selbst verantwortlich gemacht worden. Prekäre Lebenslagen seien aus diesem Blickwinkel also stets auf den Einzelfall zurückzuführen gewesen. Diesem individuellen Versagen habe die Soziale Arbeit dementsprechend mit Casework – sprich Einzelfallhilfe – versucht entgegenzutreten. Ziel dieser Interventionsmaßnahme war es durch Hilfe zur Selbsthilfe das Individuum derart zu stärken, dass es letztlich in die Lage versetzt werde seine Probleme ohne fremde Hilfe zu lösen und den gesellschaftlich determinierten Normalzustand zu erreichen. Dieses spiegelt sich in den Augen der Autoren dieses Sammelbandes bei genauerer Betrachtung auch in der (Aus-)Bildung der SozialarbeiterInnen wider. Diese sei in den vergangenen Jahrzehnten ihrem Wesen nach kaum verändert und daher auch nicht in die gegenwärtige Wirklichkeit der 1970er Jahre überführt worden. Das Curriculum würde mit Konzepten wie der Einzelfallhilfe noch immer das Erfüllen von Normalitätsansprüchen fokussieren, so Brake und Bailey.

Der Beitrag „Homosexuality: Sexual Needs and Social Problems“ von Don Milligan veranschaulicht die Kritik an diesen Normalitätsansprüchen, indem er den gesellschaftlichen Umgang mit Homosexualität als ein Abweichen von der Norm bemängelt. Konfrontiert mit dem Wandel der sozialen Tatbestände und dem Verblassen der gesellschaftlichen Hegemonie heterosexuellen Verhaltens und Empfindens, sei es Aufgabe einer sich als radikal verstehenden Sozialen Arbeit ihre KlientInnen darin zu stärken ihre gesamte Kraft aufbringen zu können, um ihren eigenen Kampf gegen die Vorherrschaft bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse zu kämpfen. Allein durch die Herstellung eines (gesellschafts-)kritischen Bewusstseins und einer sich auf Solidarität gründenden Unterstützung könne dieser Anspruch verwirklicht werden. Hierzu sei es allerdings notwendig, dass die SozialarbeiterInnen bereits während ihrer Ausbildung die entsprechenden Kenntnisse darüber erwerben würden, wie sie die Überzeugungen und Interessen ihrer KlientInnen in Erfahrung bringen können, wie Stuart Rees in seinem Beitrag „How Misunderstanding Occurs“ erklärt. Eine sich als radikal verstehende Soziale Arbeit habe demnach zum Ziel, die bestehende soziale Ordnung zu hinterfragen und in den politischen Diskurs einzutauchen, so Geoffrey Pearson in seinem Beitrag „Making Social Workers: Bad Promises and Good Omens“.

Zusammenfassend fordern die Autoren dieses Sammelbandes damit also dazu auf, die Soziale Arbeit solle sich radikal an der Perspektive der kulturellen Vielfalt statt an einer Ideologie von Normalitätsansprüchen orientieren. Konzepte wie das des Casework müssten dementsprechend dahingehend überarbeitet werden, dass die Soziale Arbeit es künftig intendiere ihre KlientInnen darin zu unterstützen Widerstand leisten zu können.

Auch wenn in der Zwischenzeit eine Vielzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen mit eindeutig kritischer Perspektive erschienen sind, ist es doch erschreckend, wie aktuell die Ausführungen dieses Werkes auch nach knapp vierzig Jahren noch immer sind. Im Kontext der Neoliberalisierung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse ist in der Bundesrepublik Deutschland vermehrt auch der Wandel des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates hin zum aktivierenden Sozialstaat und das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe thematisiert worden. Auch die Individualisierungsthese Ulrich Becks ist in den vergangenen Jahren in der Theorie Sozialer Arbeit mehrfach rezipiert worden. Hier zeigt sich, dass prekäre Lebenslagen auch heute noch – so wie es sich

darstellt mehr denn je – auf individuelles Versagen des Einzelnen zurückgeführt werden. Damit scheint es fortwährender Anspruch der Sozialen Arbeit zu sein, ihre Verortung in kapitalistischen Gesellschaftsformationen und ihre Funktionsbestimmung radikal zu hinterfragen. Die Auswahl der hier zusammenfassend dargestellten Beiträge verdeutlicht die Notwendigkeit der Entwicklung eines (gesellschafts-)kritischen Bewusstseins.

Zusätzlich verwendete Literatur

Sünker, Heinz (2000): Gesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit heute. In: Müller, Siegfried / Sünker, Heinz / Olk, Thomas / Böllert, Karin (Hg.): Soziale Arbeit. Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven.

Luchterhand, Neuwied und Kriftel, S. 209-225. Online einsehbar [hier](#).

Böhnisch, Lothar (1982): Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Luchterhand: Neuwied und Darmstadt.

Roy Bailey / Mike Brake (Hg.) 1975:

Radical Social Work.

Hodder & Stoughton Educational, Abingdon.

ISBN: 978-0713158205.

176 Seiten. 44,42 Euro.

Zitathinweis: Judith Münzberger: Wider den gesellschaftlichen

Normalitätsgedanken!? Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/QY7RG>.

Mädchen_arbeit praktisch reflektieren



Mart Busche / Laura Maikowski / Ines Pohlkamp / Ellen Wesemüller (Hg.)
Feministische Mädchenarbeit weiterdenken
Zur Aktualität einer bildungspolitischen Praxis

Gegenwart und Vergangenheit systemkritischer und geschlechterreflektierender Pädagogik am Beispiel der Bildungsstätte „Alte Molkerei Frille“.

Rezensiert von [Jamila Martin](#)

Der Sammelband „Feministische Mädchenarbeit weiterdenken. Zur Aktualität einer bildungspolitischen Praxis“ ist 2010 erschienen. Die Herausgeber_innen Mart Busche, Laura Maikowski, Ines Pohlkamp und Ellen Wesemüller sind beziehungsweise waren – wie auch die anderen Autor_innen des Bandes – alle Bildungsarbeiter_innen der Heimvolkshochschule »Alte Molkerei Frille« in Nordrhein-Westfalen. Der Band stellt eine kritische Reflexion der dortigen Praxis parteilicher Mädchenarbeit und antisexistischer Jungenarbeit dar, was ihm insbesondere für Praktiker_innen geschlechterreflektierender Jugendarbeit Relevanz verleiht.

Unter feministischer Mädchen_arbeit verstehen die Herausgeber_innen eine radikale und kritische „subjekt- und bildungsorientierte Praxis“ (S. 7), die die vorherrschenden gesellschaftlichen Normen aktiv infrage stellt. Ihre Gesellschaftskritik ist auch eine Kapitalismuskritik. Das ermöglicht ihnen neben Geschlecht auch Rassismus und Klasse als zentrale Faktoren für Ungleichheit innerhalb unseres gesellschaftlichen Referenzrahmens zu reflektieren. Auf der Ebene der pädagogischen Praxis bedeutet das die

Etablierung des Intersektionalitätsansatzes, das heißt der Annahme, dass die Betroffenheit von verschiedenen Formen von Diskriminierung eine eigenständige Diskriminierungserfahrung bildet (siehe zu Intersektionalität: [#10](http://kritisch-lesen.de)). Der Fokus auf diese Verflechtungen von Betroffenheit und die damit verbundenen Konsequenzen zieht sich durch die gesamte Publikation. Sie erschöpft sich nicht in einer Analyse der Zielgruppe, sondern hinterfragt auch kritisch die gesellschaftliche Stellung der Multiplikator_innen gegenüber den Jugendlichen.

Neben Artikeln zu rassismuskritischer Pädagogik aus POC (People of Color) und aus *weißer* Perspektive, setzt sich der Band auch mit sozialer Benachteiligung beziehungsweise Klassismus auseinander. Außerdem enthält er einen Artikel zu gendersensibler Arbeit mit gehörlosen Jugendlichen sowie Beiträge zu Heteronormativitätskritik und zur Implementierung von trans- und andersgeschlechtlichen Perspektiven in die Mädchen_arbeit. Darüber hinaus sind erfrischenderweise nicht alle Beiträge wissenschaftlich gehalten. So findet sich auch ein Manifest für Mädchen_arbeit sowie eine generationenübergreifende Gruppendiskussion von Mädchen_- und Jungenarbeiter_innen aus Frille. Dass die Herausgeber_innen Mädchen_- und Jungen_arbeit zueinander in Beziehung setzen und die Arbeitsfelder nicht – wie leider oft üblich – isoliert voneinander betrachten, entspricht der gängigen Praxis in Frille, die in dem Band durch drei Artikeln zum Thema Jungen_arbeit reflektiert wird.

Mädchen_arbeit im Spannungsfeld von Dekonstruktion und strukturellen Gewaltverhältnissen

Warum Mädchen_arbeit? Reproduziert und verfestigt diese nicht zwangsläufig das heteronormative und binäre Geschlechtersystem, das wir eigentlich abzuschaffen trachten? Essentialisieren und naturalisieren wir „Mädchen“, indem wir Mädchen_arbeit machen? Diese Fragen werden von verschiedenen Autor_innen des Bandes immer wieder aufgeworfen (beispielsweise Busche/Wesemüller, S. 310-313). Sie sind Zeichen einer kritischen Auseinandersetzung mit älteren Konzepten feministischer Mädchenarbeit aus dem Blickwinkel der dekonstruktiven Pädagogik, der sich die

Herausgeber_innen verpflichtet fühlen (S. 13f.). Dekonstruktion ist in diesem Zusammenhang nicht lediglich „die Dekonstruktion der Bilder, die mit einer der Geschlechterkategorien einhergehen [...], sondern die Dekonstruktion der zugrunde liegenden Kategorien an sich sowie der Geschlechterverhältnisse selbst“ (S. 258).

Dennoch betrachten die Herausgeber_innen Mädchen_arbeit aufgrund der strukturellen Gewaltverhältnisse, denen Mädchen_in unterschiedlichen Graden nach wie vor ausgesetzt sind, weiterhin als grundlegend und notwendig (S. 13). Die Schreibweise „Mädchen_“ stellt dabei den Versuch dar, mit einer statischen Kategorie zu brechen, wobei der Unterstrich auf „das Nichtsagbare, Nichtdefinierte, Widersprüchliche und über die Zweigeschlechtlichkeit hinausweisende“ (S. 316) verweist.

Ines Pohlkamp vermittelt in dem Artikel „TransRäume“ sehr anschaulich eine Vorstellung dessen, was Dekonstruktion in der Praxis von Mädchen_arbeit heißen könnte. Der Begriff TransRäume meint „offene Geschlechterräume, in denen alles, was innerhalb und außerhalb von (zweigeschlechtlichen) Hierarchien Bewegung verursacht, nicht verschwiegen, nicht nur geduldet oder ausgegrenzt wird“ (S. 56). Um diese in der Mädchen_arbeit als einem „originär transphobe[n] Feld“ (S. 41) zu implementieren, schlägt sie unter Bezugnahme auf Judith Butler das Konzept der Performativität vor. Performativität bezeichnet „einen Sprechakt, der Handlungen in Kopien, Wiederholungen oder Reproduktionen vollzieht“ (S. 46). Praktisch hieße das beispielsweise niemals nur von Mädchen und Jungen beziehungsweise Männern und Frauen zu sprechen, sondern Transgender und andere Geschlechter immer mit zu benennen. So simpel diese Forderung auch klingen mag, so radikal ist sie doch in Hinblick auf die derzeitige pädagogische und gesellschaftliche Praxis.

Rassismuskritische Mädchen_arbeit

Seit dem Jahr 2009 – also erst relativ kurze Zeit vor dem Erscheinen des Sammelbandes – wurde in der Alten Molkerei Frille ein Prozess angestoßen, der die Implementierung von Empowerment und Critical Whiteness in die dortige Bildungsarbeit zum Ziel hatte. Der Beitrag „Sich selbst stärken! Mädchen of Color in der Empowermentbildung“ von Fidan Yiligin fundiert

theoretisch die Notwendigkeit eines solchen Prozesses. Ausgehend von der These, dass die Bedürfnisse und Perspektiven von Mädchen_ - und Pädagog_innen of Color von *weiß-deutschen* Bildungsarbeiter_innen ignoriert werden, wird die Forderung nach Empowermenträumen und transkulturellen Teams für Bildungseinrichtungen aufgestellt.

Dennoch wird der konstatierte rassistische und lediglich defizitorientierte Blick auf POC in der Mädchen_arbeit nicht anhand von individuell rassistischen Einstellungsmustern problematisiert, sondern unter Bezugnahme auf Erol Yildiz und das von ihm entwickelte Modell eines Ethnizitätsdispositivs (siehe zu Dispositiv: [#27](http://kritisch-lesen.de)) geschlussfolgert, dass „es nicht die rassistisch denkende Person ist, die die 'Anderen' erzeugt, sondern die institutionalisierten Strukturen selbst.“ (S. 118). Yiligin legt dar, dass auch die kritische Auseinandersetzung mit der Konstruktion des „Anderen“ grundsätzlich die Gefahr einer Essentialisierung birgt. Deshalb wird auch an dieser Stelle die klare Forderung nach Empowermenträumen mit dekonstruktiven Ansätzen verbunden. Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan zitierend plädiert Yiligin für eine Dekonstruktion der Grenzen zwischen hegemonialem Zentrum und Peripherie und warnt vor einer „Aneignung der Opferrolle und der Praxis der Politik der Minorisierung und Marginalisierung [...], die am Ende zur Gewinnung von Privilegien für diejenigen führt, die sich zu Repräsentantinnen minorisierter Räume erheben“ (S. 117).

Die Versuche einer Dekonstruktion beziehungsweise der Inklusion von POC werden, das ist der Tenor aller Beiträge des Bandes zu dieser Thematik, umso erfolgreicher sein, je mehr Menschen und Multiplikator_innen sich daran beteiligen. Aus diesem Grunde wurde in Frille eine an das Konzept der Peer-Education angelehnte Fortbildungsreihe entwickelt, die Mädchen_of Color und *weiß-deutsche* Mädchen_ zu Peer-Teamer_innen von geschlechter- und rassismuskritischen Angeboten ausbildet.

Die Artikel des Bandes zur rassismuskritischen Pädagogik – in Abgrenzung zur sogenannten Ausländerpädagogik – beinhalten aufgrund der Tatsache, dass es trotz der ähnlichen Wirkungsmechanismen von Rassismus und Heteronormativität so lange gedauert hat, rassismuskritische Ansätze in die geschlechterreflektierende Pädagogik zu implementieren, leider keine didaktische Reflektion. Diese bleibt abzuwarten. Offen geblieben ist für mich

in diesem Zusammenhang die Frage, warum angesichts der Unhaltbarkeit menschlicher Rassentheorien für den pädagogischen Ansatz nicht der Terminus antirassistisch anstelle von rassismuskritisch gewählt worden ist.

„Solidarität als politischer Luxus, den wir uns immer noch leisten wollen“ (S. 320)

Für mich, die ich neu bin in diesem Arbeitsfeld der Mädchen_arbeit, in dem ich mich versuche zu orientieren und einen Platz zu finden, hat die Lektüre dieses Buches in seiner schönen und klaren Sprache eine unglaubliche Bereicherung dargestellt. Es hat mir bei der Erarbeitung dessen, was ich als meine Rolle und meine Aufgabe als Mädchen_arbeiterin betrachte, geholfen. Es hat meine eigene Verwobenheit in die Verhältnisse, die ich kritisiere, neu bewusst gemacht. Es hat mir frischen Mut gemacht, mich in grundsätzliche Diskussionen zu stürzen, sowohl mit den Mädchen_, aber vor allem aber auch mit den Kolleg_innen, über rassistische Zuschreibungen, essentialistische Rollenbilder und die Errichtung von TransRäumen. Es hat mir meine eigene Prekarität vor Augen geführt. Es hat mich empowert, weil es meine eigenen Sackgassen, Widersprüche, Zweifel, Nöte, Wünsche und Utopien aufgegriffen und mir durch praktische Beispiele Wege aufgezeigt hat, diese in meine Arbeit zu integrieren und sichtbar zu machen.

Mart Busche / Laura Maikowski / Ines Pohlkamp / Ellen Wesemüller (Hg.)
2010:

Feministische Mädchenarbeit weiterdenken. Zur Aktualität einer
bildungspolitischen Praxis.

transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-1383-4.

330 Seiten. 29,80 Euro.

Zitathinweis: Jamila Martin: Mädchen_arbeit praktisch reflektieren.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/mPvrx>.

Eine andere Perspektive auf die Mächtigkeiten Sozialer Arbeit



**Roland Anhorn / Frank Bettinger /
Johannes Stehr (Hg.)**

Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit
Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme

Die Autor_innen des Sammelbandes befassen sich mit der Frage einer entsprechenden Relevanz für die Soziale Arbeit.

Rezensiert von [Jannik Dohmen-Heinrichs](#)

Die Autor_innen des Sammelbandes stellen fest, dass die weitreichende Ignorierung von Foucaults Schriften vor allem in der fundamentalen Kritik an institutionalisierter Sozialer Arbeit begründet ist. Hier setzt der Sammelband an. Anspruch der Autor_innen ist es eine Einführung in Foucaults Denken zu geben, dieses mit Sozialer Arbeit zu verknüpfen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Theorien Sozialer Arbeit im Kontext von Exklusion zu leisten. Die durch Foucault aufgeworfenen Fragen nach „Normalität und Abweichung, der Disziplinierung und Individualisierung, der Hilfe und Kontrolle, der Integration und Ausschließung und des Verhältnisses von Wissen/Wahrheit, Macht und Subjektivität“ (S. 9f.) werden als Begründung aufgeführt, um sich mit Foucault innerhalb der Sozialen Arbeit auseinanderzusetzen.

Soziale Arbeit zwischen Hilfe und Kontrolle

Susanne Krasmann skizziert in ihrem Aufsatz die Entstehung der modernen Kriminologie sowie des strafenden Rechtsstaats. Sie beschreibt anschaulich die Flexibilität der Kategorie „Kriminalität“ und die Konstruktion eigenverantwortlicher Straftäter_innen. Foucaults Machtanalytik hält sie für die Analyse des Komplexes der Delinquenz für besonders geeignet, weil diese Analytik „eine weitaus radikalere Kritik [ist], die nicht an den symbolischen Interaktionsprozessen ansetzt [...], sondern an den Formen gesellschaftlichen Wissens“ (S. 155). In Anlehnung an „Überwachen und Strafen“ beschreibt sie die Übergänge einer souveränen Bestrafung zu einer Bestrafung mit dem Ziel der Disziplinierung und der Normierung, wenn beispielsweise Verbrechensbekämpfung als Verteidigung der Gesellschaft beschrieben wird. „Ausschließung bedeutet in der Disziplinargesellschaft insofern stets Einschließung“ (S. 157) in ein bestimmtes Wissen, bestimmte Wissenschaften, Technologien der (Selbst-) Führung und Identität und in ein Machtnetz, welches spezifisches (für die Führung und Kontrolle der Subjekte relevantes) Wissen generiert. In einem zweiten Textabschnitt beschreibt sie den Übergang fürsorglich-resozialisierender Strafen zu strafend-einschließenden Strafen.

Marianne Pieper setzt sich in ihrem Beitrag mit Armut auseinander. Sie stellt anschaulich die Transformationsprozesse von neoliberalen Strategien dar, mit dem Ziel der Erzeugung von Subjekten als Unternehmer_innen ihrer Selbst. Hier schlägt sie eine Brücke zu Sozialer Arbeit, indem sie Soziale Arbeit als eine Form der Regierung von Armut benennt. „Probleme von Armut und Erwerbslosigkeit [werden] in Fragen der Selbstsorge transformiert“ (S. 95.) und „dieser neoliberalen Rationalität entspricht die ‚Neuerfindung‘ der Sozialadministration als ein marktförmig organisiertes Gebilde, das strikten Effizienzlogiken folgt und eine betriebswirtschaftliche Semantik adaptiert hat“ (S. 102). Sozialarbeiter_innen in Jobcentern, die Eingliederungsvereinbarungen mit ihren „Kunden“ treffen, wirken so beispielsweise aktiv mit an der „Selbstintegration“ und der Konstruktion eines eigenverantwortlichen Subjekts. Interessant ist Piepers These, dass „hinter der Rhetorik der ‚Deregulierung‘ oder der Rede vom ‚Rückzug des Staates‘“ viel eher „die Optimierung staatlicher Interventionen“ zu sehen sei (S. 103). Gerade in den aktuellen Diskussionen und Appellen an den sich zurückziehenden Sozialstaat seitens Sozialer Arbeit erscheint mir die These einer breiteren Diskussion würdig, da sie es u.a. ermöglicht neoliberale

Elemente und ökonomische Faktoren mit sozialen Faktoren zusammenzudenken und eine Teilung dieser Bereiche aufzuheben.

Angelika Magiros beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Anschlussfähigkeit von Foucault an rassismuskritische Sozialarbeit. Sie erläutert die Konstitution und die Flexibilität des „rassistischen Wissens“ und beschreibt den Rassismus als Handlungsoption von Subjekten sich „mit seinem Hass und seiner Gewalt gegen die in seinen Augen Kranken, nicht Mitgekommenen und Unpassenden [...] inmitten einer bio-mächtigen Gesellschaft zu verorten“ (S. 114). In einem weiteren Schritt kritisiert sie die hegemonial geteilte Analyse von „brüchigen Identitäten“ und „Modernisierungsverlierern“ als Ursachen für Rassismus, den „der Wille zur Identität wäre, mit einem Wort, die ganz allgemeine Struktur der modernen Rationalität, in die der Rassismus eingebunden ist, die ihn hält und verankert“ (S. 117). Im Kontext von identitätsfördernden oder -stabilisierenden Konzepten Sozialer Arbeit fragt sie: „Helfen wozu? Zur Identität oder zur Möglichkeit der Nicht-Identität?“ (S. 118).

Wissen im Kontext von Bildung und Disziplin Sozialer Arbeit

Jenny Lüders beschäftigt sich in ihrem Aufsatz mit dem Konzept der Bildung. Sie beschreibt Bildung in westlichen Industriestaaten als ein zu erwerbendes Produkt, über das das Subjekt scheinbar jederzeit verfügen könne. Die Autorin spricht sich gegen eine ideologisch aufgeladene und totalitäre Bildung aus. Sie stellt kritisch die disziplinararmächtigen Wirkungen von Schule und in diesem Kontext agierender institutionalisierte Soziale Arbeit heraus, da diese relevante Bildungsinstitutionen mit spezifischen Bildungsaufträgen seien, ihr Bildungsverständnis jedoch stark neoliberal geprägt sei. Lüders plädiert für einen umfassenderen und dynamischeren Bildungsbegriff, der sich abwendet von der Fokussierung auf institutionalisiertes Wissen. Sie schlägt ein Verständnis von Bildung als Widersprüche generierendes Experiment vor, in welchem die „künstliche Trennung von geistiger, körperlicher, sozialer (und technischer) Sphäre aufgehoben“ (S. 196) wird.

Andreas Hanses diskutiert das Spannungsfeld der Professionalisierung Sozialer Arbeit gegenüber deprofessionalisierter Sozialer Arbeit. Er beschreibt spezialisierte Expert_innen (also auch professionalisierte Soziale Arbeit) als

Personen, welche „qua Spezial-Wissen und gesellschaftlichen Auftrag in die Lage gesetzt sind, Probleme zu definieren“ (S. 309). Aktuelle Beobachtungen würden auf eine Umstrukturierung von professionellen zu organisations-ökonomischen (Wissens-) Formen und Praktiken hindeuten. Hanses plädiert dafür, „Professionalisierung [nicht] durch einen großen Kanon diskursiven Fachwissens zu generieren, sondern sich dem Erfahrungswissen der Subjekte zuzuwenden“ (S. 318). Er spricht von einer Diskrepanz der Wissensordnungen im Verhältnis von Sozialarbeiter_in und Klient_in. Das Wissen Sozialer Arbeit „gehört einer spezifischen Logik und ist nicht selbstredend [wie häufig dargestellt] als anwaltschaftlich für die NutzerInnen gesetzt“ (S. 314). Am Beispiel der Psychiatrie veranschaulicht er dies sehr deutlich:

„So ist mit der Entwicklung der Psychiatrie und therapeutischer Kontexte eine Optimierung von Kontrolle einher gegangen. Der Wahnsinn braucht nicht mehr ausgegrenzt zu werden. In dem therapeutischen Gespräch übernimmt der Patient selbst die Einsicht, das er krank ist, das es an ihm liegt ‚vernünftig‘ zu werden“ (S. 315).

Ein weitergehendes Problem der Professionalisierung sieht der Autor im Umbau Sozialer Arbeit zu einem Dienstleistungskonzept, mit dem zentralen Begriff der „Qualität (-ssicherung)“ (S. 316f.). Der ökonomisch zentrierte Blick auf die Wirksamkeit Sozialer Arbeit gehe einher mit neoliberalen Subjektivierungsstrategien. „Kunden“ Sozialer Arbeit wird die Verantwortung für das konkret-korrekte Handeln übertragen, Soziale Arbeit soll ihre „Kunden“ zur „Übernahme von [...] Selbstfürsorge bewegen“ (S. 317). Hanses spricht sich für eine Sensibilisierung von Sozialarbeiter_innen für die diversen Macht- und Herrschaftspraktiken und für die Entwicklung von Formen der „Ent-Subjektivierung“ als Gegenpol zu Subjektivierungsstrategien aus (S. 318f.), was konkret diese Formen der „Ent-Subjektivierung“ sein sollen und was diese beinhalten sollen lässt er (leider) aus.

Eine andere Soziale Arbeit ist möglich

Der Anspruch der Autor_innen eine Einführung in Foucaults Denken zu geben wird meiner Meinung nach nicht erfüllt. Zwar stellen die meisten Autor_innen in ihren jeweiligen Artikeln zentrale Grundbegriffe vor, reißen diese jedoch mehr an, als das es zu einem Verstehen der komplexen Zusammenhänge

kommt. Jedoch liefert der Sammelband diverse und interessante Anknüpfungspunkte und Perspektiven für kritische Sozialarbeiter_innen.

Soziale Arbeit, welche nach ihrer Eigendefinition „Sozialen Wandel“ fokussiert, muss diskutieren, in welche Richtung dieser Wandel verlaufen soll. Die systematische und kontinuierliche Reflexion der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Positionen von sozialen Orten und Subjekten, der Funktionen, der Folgen und der Inhalt der eigenen Arbeit sind hierfür notwendige Elemente. Für diesen Prozess können die an Foucault orientierten Beiträge, ebenso wie Foucaults Ideen selbst, helfen und einen ersten Schritt darstellen, eigene Handlungen zu reflektieren und eine Soziale Arbeit zu skizzieren, welche sich einer widerständigen Praxis zuwendet und soziale Kämpfe unterstützen kann. „Ratschläge für eine bessere Zukunft wird man bei Foucault nicht finden“ (S. 26).

Gerade aber in dieser Offenheit liegt ein großes Potenzial kritischer Sozialer Arbeit mit Bezug auf Foucault. Die Beiträge öffnen den Raum zu einer neuen Analyse der Rolle Sozialer Arbeit bei der Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen, skizzieren aber ebenso Perspektiven zu deren Dekonstruktion, beispielsweise die Einbeziehung des Wissens der jeweiligen Subjekte oder die Affirmation der verschiedenen Widerstandspunkte.

Mit den Beiträgen des Sammelbandes lassen sich alte und neue (Themen-) Felder Sozialer Arbeit neu beschreiben. Beispielsweise der Widerspruch zwischen Hilfe und Kontrolle, die Debatte um die „Resozialisierung“ oder „Integration“ von sogenannten „Delinquenten“, Asylbewerber_innen und anderen marginalisierten Gruppen erhalten durch die Foucaultsche Machtanalytik neue Farben. Im Zuge der Ökonomisierung und neoliberalen Prägung vieler Bereiche Sozialer Arbeit, sowie der davon geprägten Theorie- und Wissensbildung, erscheint es umso wichtiger, die eigenen Rollen und Positionierungen zu Überdenken und neu auszurichten. Neben diesem reflexiven Element gilt es vor allem das eigene Wissen als historisch-traditiert zu fassen und widerständigere Praxen zu entwickeln. Die theoretischen Positionen des Sammelbandes sind gut formuliert und anschaulich dargestellt. Was meiner Meinung nach notwendig sein wird, ist es in der nächsten Zeit nicht nur die Metaebene, sondern auch die konkreten Handlungen in den Blick zu nehmen und konkrete Beispiele der sozialarbeiterischen Praxis mit den durch Foucault entstehenden Potentialen zu entwickeln und zu erproben.

Wie können Konzepte der „Nicht-Identität“ aussehen und wie werden diese wirksam? Wie kann Soziale Arbeit Alternativen zum Gefängnisssystem entwickeln? Das spezifische Handeln im Raum des politischen, also auch der Wissenschaft und der konkreten Praxis Sozialer Arbeit, bedarf mutigen, auf Emanzipation zielenden und sich kritisch-klar positionierenden Sozialarbeiter_innen. Der Sammelband und Foucault selbst können uns dabei meiner Meinung nach sehr hilfreich sein.

Roland Anhorn / Frank Bettinger / Johannes Stehr (Hg.) 2007:
Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme.
VS Verlag, Wiesbaden.
ISBN: 978-3-531-90710-9.
367 Seiten. 39,99 Euro.

Zitathinweis: Jannik Dohmen-Heinrichs: Eine andere Perspektive auf die Mächtigkeiten Sozialer Arbeit. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/rcPwM>.

„What counts is what works“?



Elke Schimpf, Johannes Stehr (Hg.)
Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit
Gegenstandsbereiche - Kontextbedingungen -
Positionierungen - Perspektiven

Ein Sammelband, der die Notwendigkeit von Herrschaftskritik und „radikaler Reflexivität“ in Forschungsvorhaben ausweist und Soziale Arbeit als widersprüchliches Feld sichtbar macht.

Rezensiert von [Anna Köster-Eiserfunke](#)

Soziale Arbeit ist ein berufliches Praxisfeld, in welchem Hilfe mit Kontrolle, Unterstützung des Individuums mit Herrschaftssicherung und staatlicher Konfliktregulierung stets eng verwoben ist. Es scheint daher offensichtlich, dass eine derartige Profession essentiell auf kritische Auseinandersetzungen mit der eigenen Praxis angewiesen ist, will sie nicht schlicht als sozialpolitisches Kontrollinstrument wirken, sondern im Sinne einer kritischen Sozialen Arbeit Handlungsmöglichkeiten von Adressat_Innen erweitern und Normalisierungszwängen entgegenwirken. Es müsste mithin darum gehen, „Subjekte jenseits des institutionellen Blicks zu sehen, was vor allem impliziert, mit den Problemdefinitionen und Normalitätsunterstellungen zu brechen“ (S. 69). Roland Anhorn und Johannes Stehr schlagen in ihrem gemeinsamen Beitrag des Sammelbandes „Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit“ daher eine Perspektive vor, welche „auf die Aufdeckung und Artikulation von Interessenkonflikten zielt und die Subjekte in ihrem Status als Konfliktpartei in den Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Positionierungen wahrnimmt und sie zu 'Konfliktsubjekten' werden lässt“ (S. 69).

Von Wirkungsforschung...

Eine derartige Forschung sehen die Herausgeber_Innen des Sammelbandes gegenwärtig jedoch keineswegs als hegemoniale Strömung im Feld Sozialer Arbeit. Denn obwohl sich Soziale Arbeit zunehmend auch als „forschende Disziplin“ begreife, fehle doch bisher sowohl eine „eigene systematische Forschungstradition“ (S. 7), welche die Bezüge zu theoretischen Ansätzen der Sozialen Arbeit in den Vordergrund stellt, als auch eine fundierte Auseinandersetzung mit den Verstrickungen empirischer Forschung in Machtverhältnisse. In der Einleitung zum Sammelband skizzieren die beiden Herausgeber_Innen Elke Schimpf und Johannes Stehr vielmehr eine Forschungslandschaft welche mit „der normativen Ausrichtung sowohl der Praxis Sozialer Arbeit als auch des Wissenschaftsbetriebes auf Effizienz und Effektivität“ (S. 8) die Tendenz entwickelt, die vorgegebenen Zielsetzungen aus dem Bereich politischer Steuerung zu übernehmen. In der Sozialen Arbeit verbreite sich eine Forschungspraxis, welche Heinz-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt in ihrem Artikel als „Sozialtechnologie“ (S. 79) beschreiben. Mit dem Rückgang einer kritischen Gesellschaftstheorie und „in Folge des wachsenden Einflusses managerialistischer Steuerungstheorien [werde Sozialarbeitsforschung] auf funktionalistische Perspektiven einer systembezogenen Wirkungs- und Effizienzsteigerung reduziert und eingehegt“ (S. 88).

Eine derartige Forschungspraxis ist es, welche mit dem Sammelband zurückgewiesen werden soll. Um dies zu leisten legen die Herausgeber_Innen jedoch kein neues Methodenhandbuch vor, sondern haben einen Band zusammengestellt, welcher aus unterschiedlichen Perspektiven die Notwendigkeit einer kritischen Selbstreflexion von Forschungspraxen und -methoden in der Sozialen Arbeit herausstreicht und eine Kontextualisierung in kritischer Gesellschaftstheorie einfordert. Es gilt demnach „das Forschen explizit als gesellschaftskritische Praxis zu verstehen“ (S. 10), deren Wert sich letztlich darin erweist

„auf welche Weise Forschung für die Adressat/innen der Sozialen Arbeit einen Gebrauchswert entfalten und inwieweit bzw. auf welche Weise Forschung von diesen als Ressource zur Artikulation eigener Interessen und zur Thematisierungen von gesellschaftlichen Konflikten und Widersprüchen genutzt werden kann“ (S. 11).

... und kritischen Perspektiven

Hierfür bietet der Sammelband eine Reihe fruchtbarer Ansätze. Die insgesamt 16 Artikel setzen sich in drei unterschiedlichen Abschnitten mit verschiedenen Ebenen einer kritischen Reflexion des Forschens in Sozialer Arbeit auseinander. Im ersten Teil wird, auf einem teilweise etwas abstrakten Niveau, eine inhaltlich-theoretische „Schärfung des Gegenstandes“ versucht. Der zweite Abschnitt setzt sich anschließend mit hegemonialen Forschungsperspektiven der Sozialen Arbeit, insbesondere mit Aspekten der bereits angesprochenen Wirkungsforschung, auseinander. Der dritte und umfangreichste Teil stellt bestehende Versuche einer selbstkritischen und machtsensiblen Forschung in der Sozialen Arbeit vor.

Verbindendes Moment der Artikel ist die Frage wie ein Umschlagen in „Ordnungs-Wissen“ verhindert werden kann, welches Herrschaftsverhältnisse ausblendet und bestehende Verhältnisse als schützenswerte Ordnung setzt, und vielmehr eine Wissensproduktion gestärkt werden kann, die zur „Ermöglichung und Unterstützung von Befreiungsprozessen“ (S. 43) führt. In diesem Sinne kritisieren Johannes Stehr und Elke Schimpf im ersten Beitrag zunächst die „Soziale-Probleme-Perspektive“ in der Sozialen Arbeit. Diese verliert allzu häufig aus dem Blick, wie erstens „soziale Probleme“ als relevante gesellschaftliche Phänomene (diskursiv) konstruiert werden und wie zweitens durch strukturelle Verhältnisse Ungleichheiten erzeugt werden. Stattdessen kann diese Perspektive zu einer Problemgruppen-Forschung avancieren oder Ordnungsdiskurse stärken, welche in letzter Konsequenz auch entgegen der eigenen Intention soziale Ausschlussprozesse legitimieren. Soziale Probleme werden dann als Gefährdung der bestehenden Ordnung begriffen und es wird an die „Eigenverantwortlichkeit der konstruierten Problemgruppe“ (S. 39) appelliert. Ein Beispiel hierfür wären Forschungen zu Kinderarmut, welche letztlich auf Armutseffekte und insbesondere auf die mangelhaften (kulturellen) Leistungen der Eltern fokussieren.

Fabian Kessl und Susanne Maurer legen in ihrem Artikel hingegen das Augenmerk auf die Notwendigkeit „radikaler Reflexivität“ als Element einer kritischen Wissenschaft. Diese Reflexivität verbinden sie mit einer „intellektuellen Unruhe [...] einer Erschütterbarkeit [...] einem immer wieder Neu-Ansetzen“ (S. 49), welches sie als „Grenzbearbeitung – als Tätigkeit an den Grenzen bzw. den Begrenzungen durch die gegebenen Verhältnisse“ (S. 45;

Herv. i. O.) auffassen. Unter Verweis auf Michel Foucault kommen sie zu der Ansicht, dass empirische Wissenschaft eine Haltung entwickeln sollte, welcher

„es also darum geht, sehr präzise zu untersuchen, wie soziale Situationen durch soziale wie diskursive Praktiken geschaffen werden, welche Effekte diese Praktiken haben und mittels welcher Praktiken sich Handlungsmöglichkeiten verändern, soziale Situationen 'öffnen' oder 'schließen'“ (S. 52).

Und diese Perspektive ist stets mit aller Konsequenz auch auf die eigene Forschungspraxis zu richten.

Wie eine Forschungspraxis konkreter aussehen könnte zeigen schließlich die Artikel im dritten Abschnitt des Sammelbandes. Während die ersten beiden Abschnitte teils recht abstrakt bleiben, liegt die Stärke des Buches in der Darstellung von und Auseinandersetzung mit kritischen Forschungsperspektiven, die teils auch auf eigene Forschungsprojekte der Autor_Innen zurückgreifen. Die Zusammenstellung ermöglicht es auch, die Überlegungen der ersten Abschnitte griffiger zu machen und zeigt ein weites Spektrum möglicher Ansatzpunkte.

So bietet beispielsweise die differenzierte und selbstkritische Auseinandersetzung von Marion Ott mit den Zugangsbedingungen zu ihrem Forschungsfeld eine gute Ergänzung zu den Überlegungen, welche Elke Schimpf und Johannes Stehr in ihrem Artikel zu „Verstrickungen und Positionierungen in Konfliktfeldern der Sozialen Arbeit“ (S. 107) ausführen. Bereits der Zugang zum Feld kann nach Ott als Prozess untersucht werden, welcher Hinweise darauf gibt, wie Anerkennung und Teilnahmerechte ausgehandelt werden. Ihre ethnographische Forschung zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik erlebt sie als „eine permanente Distanzierungsbewegung zwischen sozialen Verortungen bei den verschiedenen Akteursgruppen des Feldes“ (S. 168, Herv. i. O.). So beschreibt Ott, wie sie gleich zu Beginn ihres Forschungsvorhabens von der Leitung des untersuchten Bildungsträgers als „wissenschaftliche Begleitung“ des Programms vereinnahmt wird, aber auch die von ihr gewählten Selbstdarstellungen und wie die erwerbslosen Adressat_Innen der untersuchten Maßnahme Positionierungen von ihr einforderten. Dies konfliktreichen Prozesse begreift Ott als fruchtbare

Ansatzpunkte der Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen im Feld und im Forschungsprozess.

Helga Cremer-Schäfer beschäftigt sich hingegen mit der Forschungstradition der kritischen Institutionenforschung, welche Soziale Arbeit „als Teil des sozialstaatlichen Herrschaftsregimes“ (S. 136) begreift. Demnach sei davon auszugehen, dass Soziale Arbeit im Kontext einer Klassenpolitik entstanden sei und es gelte nunmehr das „Wie“ und die Widersprüche von „Hilfe als Herrschaft“ (S. 136) empirisch zu untersuchen. Allerdings macht Cremer-Schäfer auch deutlich, dass „[i]ndem wir aufzeigen, was im Rahmen von ‚objektiven Bedingungen‘ einer Produktionsweise, einer Staatsform, einer Lebensweise und ihren Machtverhältnissen durch organisierte Sozialarbeit geschieht [...] noch nicht verstanden [ist], wie die Akteure das beschriebene ‚Ergebnis‘ und Funktionselement durch ihre Handlungen bewerkstelligen“ (S. 143). Auch in diesem Beitrag erhält der Fokus auf die Interaktionen, die Wahrnehmungsweisen der Akteure, die von ihnen zugrunde gelegte Sinnhaftigkeit von Handlungen und ihre „Strategien der Situationsbearbeitung“ (S. 146) daher zentrale Bedeutung.

Die Ebene des Ins-Verhältnis-Setzens zu gesellschaftlichen Anforderungen und Subjektivierungsweisen nimmt schließlich auch der Beitrag von Ellen Bareis in den Blick, welche die Perspektive einer (Nicht-)Nutzungsforschung skizziert. Sie möchte verstärkt „die 'kleinen' Kämpfe, die Akte des Widerstands und die alltäglichen Praktiken im Umgang mit und gegen Ausschließungsprozesse wie im Umgang mit und gegen Integrationsstrategien in den Blick“ (S. 298) nehmen.

Weitere Beiträge des Sammelbandes beschäftigen sich beispielsweise mit einer detaillierten Rekonstruktion von moralischen Urteilen und Verantwortlichkeiten durch Professionelle, der Etikettierungstheorie, biographischen Zugängen oder der Herstellung von Differenz durch (qualitative) Forschung .

Forschung als politisches Projekt

Die Beiträge vereint, dass sie Prozesse und Interaktionen, Konflikte oder Handlungsspielräume beachten und somit auf die Unabgeschlossenheit

sozialer Prozesse hinweisen. Erzeugt wird auf diese Weise kein Wissen, welches direkt in Handlungsanweisungen für die Praxis übersetzt werden kann oder soll. Nach Elke Schimpf ist Forschen selbst vielmehr „als politischer Auftrag zu verstehen, in welchem strukturelle Konflikte thematisiert, veröffentlicht und (re)politisiert werden“ (S. 258).

Es sollte demnach einerseits darum gehen Zumutungen (durch sozialarbeiterische Praxis) zu benennen und andererseits „in herrschaftskritischer Absicht einen entsprechenden Raum der Potentialität, einen Raum sozialer Imagination“ (S. 43) zu eröffnen, indem bestehende Wahrheitsregime hinterfragt werden. Zwar ähnelt sich in den ersten beiden Abschnitten des Sammelbandes die Stoßrichtung der Artikel gegen die bereits angesprochene Wirkungsforschung teils recht stark und die Aufteilungen in kritische Forschungen einerseits und Ideologieproduktion (S. 88), „Ordnungs-Wissen“ (S. 36) oder eine „herrschaftsstabilisierende[...] Wissenschaft“ (S. 43) andererseits erscheinen teilweise etwas holzschnittartig. Insgesamt jedoch stellt der Sammelband einen lohnenden Beitrag zur machtkritischen Reflexion Sozialer Arbeit dar, welcher die eigene Forschungspraxis im Rahmen Sozialer Arbeit, aber auch ein Nachdenken über die Bedingungen gesellschaftlicher Wissensproduktion allgemein, sehr wohl bereichern kann.

Elke Schimpf, Johannes Stehr (Hg.) 2012:
Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche -
Kontextbedingungen - Positionierungen - Perspektiven.
Springer VS, Wiesbaden.
ISBN: 978-3-531-94022-9.
316 Seiten. 42,99 Euro.

Zitathinweis: Anna Köster-Eiserfunke: „What counts is what works“?
Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/AHX7P>

„Was hab‘ ich denn davon?“



Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch (Hg.)

**Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht
Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit**

Dass die Nutzerperspektive ihren Weg von der Wissenschaft in die Praxis und wieder zurück gefunden hat, hat auch etwas mit der Veröffentlichung dieses Buches zu tun.

Rezensiert von [Henning van den Brink](#)

Was hat jemand davon, wenn er oder sie an einem bestimmten Angebot Sozialer Arbeit teilnimmt? Persönliche Wirkungsannahmen – wie die Frage nach dem Nutzen oder der Nutzlosigkeit einer Intervention für die Zielgruppe – leiten zwar jedes sozialarbeiterische Tun an, aber eine einigermaßen verlässliche Antwort können nur diejenigen geben, die als Nutzer oder Nutzerin unmittelbar von der Intervention betroffen sind. Das erkannten Gertrud Oelerich und Andreas Schaarschuch um die Jahrtausendwende herum und entwarfen als erste einen Forschungsansatz, der fortan die Nutzerperspektive ins Zentrum stellte: Die sozialpädagogische Nutzerforschung.

Die empirische Sozialarbeitswissenschaft hatte bis dahin nur zaghaft auf die von sozialpädagogischen Theorieentwürfen angestoßenen Paradigmenwechsel in der Praxis hin zur Lebenswelt-, Alltags- und Subjektorientierung einerseits und hin zur dienstleistungstheoretischen Konzeption Sozialer Arbeit andererseits reagiert: Es dominierten die *Wirkungsforschung* und die *Adressatenforschung*. Während Erstere die Perspektive der Institutionen einnimmt und an der Optimierung von Ziel-Mittel-Relationen ansetzt, zielt die Zweite auf die Professionalisierung der sozialpädagogischen Handlungspraxis durch die Analyse von Hilfeverläufen und Lebenssituationen der Klientinnen

und Klienten ab. Mit dem Sammelband „Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht“ führten Oelerich und Schaarschuch im Jahr 2005 erstmals die bislang vereinzelt Bemühungen zusammen, mit der *Nutzerforschung* eine dritte Säule in der Wissenschaft zu etablieren, die den Gebrauchswert der Sozialen Arbeit für die Nutzerinnen und Nutzer als zentrale Beurteilungskategorie heranzieht und nutzenfördernde wie nutzenlimitierende Aneignungsbedingungen untersucht.

Dem einführenden Vorspann der Herausgeberin und des Herausgebers zu den theoretischen Grundlagen und Perspektiven der sozialpädagogischen Nutzerforschung folgen die drei Blöcke „Retrospektive Zugänge zur Perspektive der Nutzer“, „Nutzen und Nutzung sozialer Dienstleistungen“ und „Sozialstaat und sozialer Raum als Infrastruktur und Ressource der Nutzung“. Diese Blöcke sind jeweils unterlegt mit insgesamt neun Beiträgen, in denen entweder methodologische Überlegungen grundsätzlicher Art oder Ergebnisse und Erfahrungen aus der konkreten Forschungspraxis präsentiert werden.

Nutzen und Nutzung im Licht der Empirie

Betrachtet man diese Untersuchungen näher, zeigen sich einige interessante Ergebnisse. Wilfried Hellmann zum Beispiel befragte 13 ehemalige Bewohnerinnen eines Eltern-Kind-Hauses, wie sie die verschiedenen Angebote dieser Einrichtung genutzt hatten. Dabei stellte sich heraus: Die oft kontrovers diskutierte Frage, „ob ein Hilfsangebot, welches faktisch erzwungen wird bzw. als alternativlos auferlegt wird, überhaupt positiv wirksam werden kann, [...] ist für den Gültigkeitsbereich der hier vorgestellten Studie eindeutig zu bejahen“ (S. 55). Weiterhin konstatiert Hellmann, „dass die deutlich überwiegende Anzahl der ehemaligen KlientInnen die dem Jugendamt obliegenden Grundfunktionen von Hilfe und Kontrolle als zwei zusammengehörige Seiten einer Medaille realisiert und im Grundsatz akzeptiert bzw. ausdrücklich begrüßt“ (S. 56).

Oelerich und Schaarschuch können in ihrer Interviewstudie mit Jugendlichen zeigen, dass deren Nutzung einer Intensiven Sozialpädagogischen Einzelbetreuung (ISE) vor dem Hintergrund individueller Präferenzen, bestehender Anknüpfungsmöglichkeiten, Vorerfahrungen und Ressourcen sehr unterschiedlich erfolgt (S. 92f.). Interessant an ihrer Studie ist auch, „dass

allein die *Möglichkeit*, im Bedarfsfall bestimmte Elemente des Jugendhilfeangebots *potenziell nutzen zu können*, bereits *aktuell einen Nutzen darstellt*“ (S. 90, Herv. i. O.). Romana Dolic und Schaarschuch untersuchten gezielt die Nutzungsstrategien und Aneignungsweisen dieser Jugendlichen und arbeiteten „die Machtposition der Nutzer gegenüber den Professionellen“ heraus, die „in der Verweigerung einer aktiven Rolle im Ko-Produktionsprozess, auf die Professionelle wie Nutzer angewiesen sind, (besteht)“ (S. 103).

Die Auswertung von neun Interviews, die Katja Maar mit Wohnungslosen führte, lieferte unter anderem den Hinweis auf einen schmalen Grat, auf dem sich die Wohnungslosenhilfe im Hinblick auf den Nutzen ihrer Angebote bewegt: Eine „asymmetrische Beziehungsstruktur“ im Erbringungsverhältnis zu Lasten der Nutzerinnen und Nutzer konnte als nutzenlimitierend identifiziert werden, gleichzeitig wurde die „Übernahme eines aktiven Parts im Kontext der Dienstleistungserbringung seitens der Professionellen“ als nutzenfördernd dargelegt (S. 128). An ihrer Untersuchung wird auch deutlich, dass die Nutzerforschung gerade in solchen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit notwendig ist, wo – wie in der Wohnungslosenhilfe – der „dienstleistungstheoretische Idealtypus“, nämlich der „aktiv nachfragende und gut informierte Nutzer“, nicht vorausgesetzt werden kann und außerdem „ein hoher Grad an Nichtinanspruchnahme“ anzutreffen ist (S. 119).

Problemzentrierte Interviews und qualitative Inhaltsanalyse als Königsweg?

Die Nutzerforschung ist nicht mit einem bestimmten Erhebungs- und Auswertungsverfahren empirischer Sozialforschung verknüpft. Schaarschuch und Oelerich verweisen auf die Gegenstandsangemessenheit bei der Auswahl der Methoden. Zwar erfordere die vorrangige Zielsetzung der Nutzerforschung, subjektive Sicht- und Nutzungsweisen zu rekonstruieren, in der Regel „offene Methoden“ der qualitativen Sozialforschung, eher geschlossene Methoden der quantitativen Sozialforschung schließen sie aber keineswegs aus (S. 20).

Nach der Lektüre der empirischen Beiträge des Sammelbandes lässt sich jedoch eine klare Tendenz erkennen: Meistens wurden problemzentrierte

Interviews mit Nutzerinnen und Nutzern geführt, die mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. Entsprechend seines biographischen Ansatzes setzt Hellmann zwar die Variante des narrativen Interviews ein, bei deren Auswertung greift er aber ebenfalls auf die qualitative Inhaltsanalyse zurück. Kerstin Rathgeb verfolgt als einzige einen multimethodischen Ansatz, indem sie – angelehnt an die Methode der Gemeindestudien – Ortsbegehungen, Einzel- und Gruppeninterviews miteinander kombiniert.

Um die Dominanz von Interviews in der Nutzerforschung nicht zu groß werden zu lassen, wäre die Nutzerforschung gut beraten, den Blick für das inzwischen reichhaltige Methodenrepertoire der empirischen Sozialforschung zu öffnen und nicht auf (Einzel-)Interviews zu verengen. Noch vielversprechender wäre es allerdings, nicht nur das *Erhebungsverfahren* in der Nutzerforschung um andere Methoden zu ergänzen, sondern vor allem auch das *Auswertungsverfahren*. Denn bislang hat die Nutzerforschung ihren eigenen Anspruch, rekonstruktive Forschung zu betreiben, noch nicht in Gänze eingelöst. Wenn beispielsweise in Interviews mit Nutzerinnen und Nutzern danach gefragt wird, worin für sie der Nutzen des Angebots besteht, wie es Oelerich und Schaarschuch tun (S. 82), gelangt auch nur der Nutzen in den Untersuchungsfokus, der – zum einen – den interviewten Personen tatsächlich bewusst ist und den sie – zum zweiten – auch verbalisieren können oder wollen. Mit dem bisherigen Einsatz von problemzentrierten Interviews und qualitativer Inhaltsanalyse lässt sich dieses kommunikative Wissen über Nutzen und Nutzung zwar relativ gut erschließen, aber nicht das vorreflexive Wissen. Rekonstruktive Zugänge wie die dokumentarische Methode oder die objektive Hermeneutik könnten hier gangbare Alternativen sein, weil sie zu eben jener zweiten Sinnenebene vordringen können, die implizit unter dem explizit Geäußerten liegt. Damit könnte man auch die Kritik zumindest teilweise auffangen, dass bei einer allein auf Selbstdeutungen der Nutzerinnen und Nutzer gestützten Analyse gesellschaftliche (Macht-)Strukturen, in die diese subjektiven Deutungsmuster eingelassen sind, ausgeblendet werden. Unabhängig von der methodischen Herangehensweise gilt es weiterhin, insbesondere bei der Untersuchung von sozialarbeiterischen Intervention in Zwangskontexten auch deren Nichtnutzen und nutzenlimitierende Aspekte verstärkt in den Blick zu nehmen.

Die Mischung macht's...

„Ein wissenschaftliches Wissen darüber, welche Aspekte und Dimensionen professionellen Handelns die Nutzerinnen und Nutzer im Hinblick auf die kompetente Bearbeitung der sich ihnen stellenden Lebensanforderungen als nützlich erachten und wie sie sich professionelles Handeln aneignen, ist derzeit so gut wie nicht verfügbar. (...) Soziale Arbeit als Profession steht und fällt mit der Erschließung dieses Wissens“

schreiben Schaarschuch und Oelerich (S. 21). Sicherlich ist im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren sowohl der Fundus von Forschungsergebnissen aus der Nutzerforschung gewachsen, als auch die Einsicht in der Praxis, dass dieses Wissen für eine nutzerorientierte Gestaltung von sozialen Dienstleistungen fortlaufend benötigt wird. Allerdings ist auch zu konstatieren, dass beide Entwicklungsprozesse in Wissenschaft und Praxis weniger dynamisch und expansiv verlaufen sind, als die beiden Protagonisten der Nutzerforschung sich das wahrscheinlich gewünscht hätten.

Ungeachtet dessen kann ihr Sammelband, was die Sozialarbeitsforschung betrifft, als ein wichtiger Meilenstein angesehen werden. Sein Verdienst liegt vor allem darin, auf die in der Sozialarbeitsforschung bis dahin ausgesparte Nutzerperspektive, die Notwendigkeit ihrer Erforschung und ihren Ertrag für Forschung und Praxis aufmerksam zu machen und gleichzeitig Wege für deren wissenschaftliche Analyse mitzuliefern. Diese Mischung aus Theorie und Methodologie einerseits und Anschauungsmaterial aus der Forschungspraxis andererseits bietet für Forschende, die sich mit diesem Ansatz dem Feld nähern möchten, auch heute noch eine gute Einführung und Begleitung.

Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch (Hg.) 2005:
Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit.
Ernst Reinhardt, München.
ISBN: 978-3497017508.
182 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Henning van den Brink: „Was hab‘ ich denn davon?“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/oAyDC>.

„Gastarbeiter“ entdecken den Wilden Streik



Jörg Huwer

Gastarbeiter im Streik

Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973

Die Analyse des Fordstreiks 1973 setzt der offiziellen Geschichtsschreibung eine Migrationsgeschichte aus der Perspektive der Kämpfe, Konflikte und sozialen Handlungen entgegen.

Rezensiert von [Ceren Türkmen](#)

Unscheinbar kommt das 100-seitige Buch von Jörg Huwer daher, doch es zeigt sich ein ganzes Stück Geschichte darin – und das ohne wissenschaftlichen Jargon. Trotz Huwers Interesse für das historische Detail gelingt es ihm dabei dennoch, auf den größeren Vergesellschaftungszusammenhang aufmerksam zu machen. So versteckt sich hinter der Analyse von Ford als zentraler Arbeitgeber für die Gastarbeiter in und um Köln auch die Geschichte der Stadt Köln und ihre Verschränkung mit der Geschichte und den Praxen der Migration. Der Autor bedient sich eines breiten Spektrums an Quellen: wichtige migrationssoziologische Literatur aus den 1970er Jahren, Graue Literatur und bundesministerielle Daten. In den Fußnoten finden sich nicht nur spannende Buchtitel, sondern ebenso anschauliche wie eindringliche Zeitungsberichte aus den 1960er oder 1970er Jahren, die Einblick in die Diskurse und Auseinandersetzungen der Zeit geben. Zudem hat Huwer Interviews mit ehemaligen Ford-Arbeitern und AktivistInnen geführt. Man ist erstaunt über die Heterogenität der Diskurse und ihre Zusammenführung, die der Autor einzufangen vermag.

Arbeit, Stadt und Migration

In einem ersten Kapitel analysiert Huwer die Situation der türkischen MigrantenInnen in Köln zwischen den 1960er Jahren und den frühen 1970er Jahren im Zusammenhang zur sozialen und betrieblichen Eingliederung. Ab Juli 1971 stellten die „türkischen“ MigrantInnen den größten Anteil der Migration in Köln dar. 41 Prozent aller MigrantInnen aus der Türkei in Köln arbeiteten in der Metallindustrie. Die Ford-Werke hatten einen derart großen Arbeitskräftebedarf, dass zwischen 1961 und 1973 11.000 „türkische“ Arbeitskräfte dort beschäftigt waren, die somit die größte geschlossene „türkische“ Industriearbeiterschaft außerhalb der Türkei darstellten. Der „Arbeitsethos“ der Türken erfülle die Ansprüche der Wirtschaft: jung, kräftig, ungelernt, diszipliniert und duldsam – oder wie es in der Korrespondenz des Westfälisch-Lippischen Landschaftsverbands mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung zum Türken lautet, der „wenn er richtig angefasst wird, durchaus einzufügen und brauchbar zu sein“, scheine (S. 23). Das Bild verdeckte, so Huwer, eine differenzierte historische Perspektive auf die Migration, denn Einwanderer selber berichten über die ersten Jahre ihres Aufenthalts nicht selten, dass es „entbehrungs- aber auch ereignisreiche Zeiten waren, in der sie nicht „Opfer, sondern aktiv handelnde Subjekte“ waren (S. 24). Die Ford-Werke waren schon 1961 mit 1.480 ArbeitsmigrantInnen (davon 1.000 ItalienerInnen) einer der größten Arbeitgeber für ausländische ArbeitnehmerInnen. Die Personalabteilung fasste Ende der 1960er die Situation folgendermaßen zusammen:

„90% der ungelernten und angelernten Arbeitskräfte sind im Grunde mit ihrer Tätigkeit, die sie ausüben, zufrieden und zeigen keine Mobilitätsabsichten. [...] Nach einer gewissen Geläufigkeit stereotyper Arbeitstätigkeiten kann sich der Mitarbeiter sogar mit seinen Kollegen über seine Freizeitbeschäftigung (z.B. Fußball) während der Arbeitszeit unterhalten, ohne dass die Qualität der Arbeit darunter leidet“ (S. 37).

Dieses Bild, so Huwer, sollte sich in den folgenden Jahren verändern. Unter dem Eindruck sozialkritischer Analysen, Berichte und Dokumentationen über die harten Arbeitsbedingungen in der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft ballte sich eine Verärgerung im Betrieb zusammen. Die Segmentierung und Spaltung am Arbeitsplatz zeigte sich auch in den sozialen Beziehungen während der Produktion. Der Entstehung von Teilmärkten entsprach eine

polarisierte Belegschaft. Je deutlicher wurde, dass es sich nicht mehr um eine vorübergehende Migration und Arbeit handelte, desto zentraler wurde auch das Gefühl von Ungleichbehandlung.

„Der Beschluss zu einem ‚Kampf um Anerkennung‘, mit dem der Sozialphilosoph Axel Honneth eine mit großer Wahrscheinlichkeit eintretende Konsequenz aus dem Vorhandensein größerer benachteiligter und depravierter Gesellschaftsgruppen sieht, konnte aus dieser Situation heraus gefällt werden“ (S. 50).

In der Fußnote 116 definiert der Autor sehr kurz nur das Konzept des Kampfs um Anerkennung bei Honneth, der das Konzept in Anlehnung an E.P. Thompsons Begriff der „moralischen Ökonomie“ entwickeln soll, so Huwer. Zu viele und ungeklärte Widersprüche zwischen dem sozialliberalen „Anerkennungskonzept“ und der sozialhistorischen Analyse proletarischer Kultur werden dadurch allerdings übersehen. Thompson entwickelt mit der sozialen Metapher der „moralischen Ökonomie“ einen sozialhistorischen Analyserahmen, in dem das moralische Bewusstsein beziehungsweise kollektive Wissen und sozio-kulturelle Erklärungsmuster als historische Dynamik und weniger als Reaktion auf Ungerechtigkeit erfasst werden. Die kurze Erwähnung verheißt einen tiefgreifenden Bezug zur „moralischen Ökonomie“, der sich als unausgeführtes Highlight entlarvt. Offen bleibt, warum das Konzept die soziale Situation und den im folgenden Kapitel beschriebenen Wilden Arbeitskampf theoretisch zu erklären vermag.

„Gastarbeiter entdecken den wilden Streik“

Das Streikjahr 1973 hält Huwer in Anlehnung an die Migrationshistorikerin Karen Schönwalder als bedeutenden Wendepunkt für die Migrationspolitik und -geschichte fest. Nach dem Anschlag auf die Olympischen Spiele 1972 in München wurde die „Ausländerfrage“ zum Thema der Inneren Sicherheit (vgl. S. 55). Neben dem Wilden Streik bei Ford ereigneten sich 1973 weitere Streiks, da die ArbeiterInnen mit den ausgehandelten Tarifabschlüssen seitens der IG Metall im Frühjahr nicht zufrieden waren. Die Streikbereitschaft war in den unteren betrieblichen Arbeitsorten konzentriert, wo in der Regel MigrantInnen beschäftigt waren. Der sogenannte „Ausländerstreik“ trat in

dieser Dynamik in Erscheinung und weckte in der Öffentlichkeit, bei der „alten“ als auch „Neuen Linken“ politisches Interesse. Hierzu Huwer: „In den Augen der Presse stießen sie in die Lücke, welche die Gewerkschaften hinterließen, indem es diesen bis dahin nicht gelungen war, die ausländischen Arbeiter in das sozialpartnerschaftlich organisierte System der industriellen Beziehungen Westdeutschlands einzubinden“ (S. 58f.). Das Konzept der Neuen Linken, die Betriebe zu politisieren und den Hörsaal zu verlassen, trat im Zuge der „proletarischen Wende“ der APO ein.

Als nach den Sommerferien im August türkeistämmige Arbeiter entlassen wurden, die verspätet die Arbeit aufgenommen hatten, obwohl sie sorgsam aus der Türkei mitgebrachte Atteste vorzeigen konnten, eskalierte die Situation im Betrieb. Unter den Entlassenen waren auch Arbeiter, die an zentralen Stellen der Produktion eingesetzt wurden. Deren Fehlen löste eine weitere Stresssituation und Arbeitsbelastung aus. Derweil weiteten sich die Wilden Streiks auch in anderen Betrieben des Landes aus (siehe dazu etwa die Rezension zu „Wilder Streik bei Pierburg“ in [kritisch-lesen.de #30](https://kritisch-lesen.de/#30)). Auch für Ford waren im Voraus Aktionen für die Zeit nach den Werksferien geplant gewesen, die die Erhöhung des Stundenlohns um 60 Pfennig mehr forderten. Huwer geht wieder gekonnt der genauen und lebendigen historischen Darstellung nach. Die Zeitungen sorgten für umherschweifende Informationen über die zunehmende Beteiligung der Gastarbeiter an den Wilden Streiks und für eine diskursive Verbindung. Nicht nur die Forderungen aus anderen Betriebskämpfen kursierten, sondern auch die lebhaften Formen, mit denen die Streiks durchgeführt wurden. Die Nachrichten von den Kämpfen veränderten das Alltagswissen der GastarbeiterInnen.

Am ersten Tag des Streiks bei Ford standen die Rücknahmen der Kündigungen, Lohnerhöhungen und die Verringerung des Arbeitstempos im Vordergrund. 2.500 deutsche und türkische Arbeiter demonstrierten hierfür vor dem Werkstor. Am Wochenende wurde der weitere Verlauf organisiert und Flugblätter verfasst. Aus den Dokumenten der Vertrauenskörperleitung listet Huwer die Regeln auf, die während des Streiks berücksichtigt werden sollten: 1. Kein Alkohol während des Streiks, 2. Gewalt nur gegen Provokateure, nicht gegen Arbeitswillige, 3. Keine Beschädigung von Maschinen. Das erste Abendessen nach der Betriebsbesetzung, von Spesen der „Roten Hilfe“ organisiert, war zwar international, aber die türkischen Arbeiter dominierten.

In den türkischen Reihen konnte man religiöse Hodschas wie auch Kommunisten, Türken und Kurden sehen. Bekannte politische und ideologische Grabenkämpfe wurden bewusst vermieden. Stattdessen zählte der soziale Kontaktaufbau und Geselligkeit.

„Türkische Geschichtenerzähler unterhielten die Streikenden mit Witzen über den Streik, Lehrstücken und Volksmärchen. So gestaltete sich der Streik-„Alltag“ deutlich unterschiedlich von dem eines von der IG Metall geführten Arbeitskampfes, bei dem zwar eine emotionalisierte Sprache zur Motivation der Arbeitnehmer eingesetzt wurde, meistens jedoch nur zum Zwecke der Demonstration von Kampfbereitschaft“ (S. 81).

Es entstand ein „Gemeinschaftsgefühl“, das nach Huwer auch mit den feudalen Formen von sozialer Gemeinschaftsbildung zusammenhing, kamen doch viele der Arbeiter aus sozialen Verhältnissen, die – ob nun aus der Stadt oder dem Land – mit dörflichen Strukturen zusammenhingen. Auf der anderen Seite vollzog sich mehr und mehr ein Distanzierungsprozess der „deutschen“ Arbeiter vom Streik. Einerseits verschärfte die über die Teuerungszulage hinausgehende Forderung, die Entlassungen zurückzunehmen, dann die türkischnationale Symbolik und zuletzt die Abwertung des Streiks durch die Betriebsgruppen die Distanzierung. Neben der Dissonanz zum „migrantischen Streik“ vermischte sich, so Huwer, auch eine Abwendung zum Streik, da er mehr und mehr als Streik der „studierten Chaoten“ wahrgenommen wurde. Gemeint sind linke ehemalige Studierende, die als Betriebsaktivistinnen in den 1960er Jahren die Hörsäle mit den Fließbändern ausgetauscht haben. Die Arbeiter artikulierten schnell, dass man sie nicht als Interessensvertretung anerkennen wollte (S. 83).

Als der türkische Konsul das Werk am Dienstag besuchte, radikalisierte sich der Streik nochmal. Auf die Zugeständnisse der Gewerkschaftsleitung, einer Pauschalzahlung von 280 DM und die Bezahlung der Streiktage, reagierten die Streikenden mit der Fortsetzung ihres Arbeitskamps. Am Donnerstagmorgen traf der morgendliche Demozug auf eine Gegendemonstration von mehrheitlich deutschen Arbeitern und Angestellten. An der Stelle eskaliert der Streik, Schlägereien beginnen, die Polizei schreitet ein und beendet den Streik. Für Huwer steht die politische Analyse in der gewaltvollen Beendigung des Streiks fest: „In der Zerschlagung des Streiks entlud sich die Wut der deutschen Arbeiter über die Tatsache, dass die türkischen Migranten für kurze

Zeit die Kontrolle über ihren Arbeitsplatz übernehmen konnten“ (S. 87). Die türkische Tagespresse war empört über das Vorgehen der Polizei und der Sekretär der türkischen Botschaft verteidigte sogar den wilden Streik der migrantischen Arbeiter gegen die Etikettierung als linksradikale Politik.

„Türkenterror“ zwischen Antirassismus und Klassenkampf

In einem letzten Teil fragt Huwer nach der kollektiven Erinnerung an den Streik. Die „Türkisierung“, „Muslimisierung“ und zeitgleich „Terrorisierung“ der Arbeiter bei Ford dominierte schnell in der Boulevardpresse, wie man unschwer am Aufmacher „Türkenterror in Köln“ in der *Abendpost* erkennen kann. Las man die Auseinandersetzungen symptomatisch offenbarte sich darin ein Begehren zu verstehen, weshalb es zu diesem radikalen Aufstand kam. Möglicherweise stand der Streik exemplarisch für die Spannungsverhältnisse in Deutschland und die Realität der „Gastarbeit“. Die Türken seien radikaler in ihrer Kampfbereitschaft und anfälliger für „Agitatoren“ von außen, hieß es im *Abendblatt* (S. 91). Es läge an der fehlgeleiteten *Integration* und der Ghettoisierung beziehungsweise Isolation der Gastarbeiter, die wiederum unter sich (besonders unter den Türken) ein spiegelbildlich gesprochen umso stärkeres Gemeinschaftsgefühl etablierten, das von Linken gezielt angesprochen, schnell ein Strohfeuer legen könne, hieß es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Für Huwer veränderte sich in dieser Zeit das kollektive Bild des „Türken“ in der Öffentlichkeit. Aus dem passiven, gehorsamen und stummen Gastarbeiter wurde der „Türkenterrorist“, der, wenn er denn zu laut wurde, der Impulsivität und Unzugänglichkeit beschuldigt wurde. Die Widerborstigkeit wiederum ist in letzter Instanz jedoch auch nicht die eigene, sondern diejenige der radikalen linken Gruppen, denen die Türken aus Naivität zum Opfer fielen. Die *BILD* registrierte eine weitere Veränderung: Die sind keine Gäste mehr, hieß es nach Ford. Als Gast benimmt man sich freundlich, ansonsten gehört man vor die Tür gesetzt (S. 92). Huwer setzt der Ethnisierung und Stereotypisierung in der Boulevardpresse die Stereotypisierung der radikalen Linken gegenüber:

„Auch von der Protestbewegung wurden die türkischen Migranten stereotypisiert, indem sie das Schema eines neuen Typus des industriellen Arbeiters, des „Massenarbeiters“ oder – in etwas klassischerer Terminologie – in das eines sich seiner Klasse bewusst werdenden Mitglied des Subproletariats, eingepasst wurden. Dabei wurde den ausländischen Arbeitern nicht die Rolle einer Avantgarde zugesprochen, vielmehr seien sie Bestandteil der gesamten Streikbewegung von 1973, die von einigen als Zeichen für das Aufkommen einer ‚anderen Arbeiterbewegung‘ jenseits gewerkschaftlicher Disziplinierung gesehen wurde“ (S. 94).

Die Integration in die industriellen Arbeitskämpfe der aus dem ländlichen Gebiet der Türkei stammenden halb-feudalen Arbeiter wurde innerhalb der Linken dementsprechend als ein Lernprozess innerhalb der kapitalistischen Auseinandersetzungen gewertet.

Für die Geschichte der Migration und ihre Rekonstruktion aus der Perspektive der Migration ([#30](http://kritisch-lesen.de)) spielt der Streik neben weiteren sozialen Kämpfen von Migrantinnen und Migranten eine nach wie vor zentrale Rolle. Mit den Auseinandersetzungen um die Frage, wessen Geschichte wie geschrieben wird, ringt eine ganze Generation um politisches Selbstbewusstsein und Versöhnung mit der kollektiven, widersprüchlichen und inter-generationellen Erfahrung der (Post)Gastarbeiterzeit. Die Frage, bis wann Teile der Arbeiterschaft sich international wussten und in welchem historischen Ereignis Rassismus die Internationalität warum begrenzen kann, erfährt hier eine exemplarische Analyse, die auch heute noch zentraler Bestandteil von Analysen zu Solidarität ist.

Die gegenwärtigen sozialen Kämpfe in der Stadt, die sich auch immer gegen Rassismus als sozialem Verhältnis richten, etwa bei Kotti&Co, beim Bündnis gegen Zwangsräumung wie auch im Kampf der Flüchtlinge zeigen nicht nur die aktuelle Dynamik von Ausbeutung und Rassismus. Sie zeigen auch, dass es sich lohnt auf das politische Erbe der ersten Generation zurückzublicken. Mal mehr und mal weniger bewusst bauen wir auf den Konflikten und mit dem politischen Erbe heute auf vielen Pfaden weiter.

Jörg Huwer 2013:

Gastarbeiter im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973.

edition DOMiD, Köln.

ISBN: 978-3-9816133-0-8.

114 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Ceren Türkmen: „Gastarbeiter“ entdecken den Wilden Streik.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/DE4Cd>.

Kämpfe um Recht



Sonja Buckel

"Welcome to Europe" Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts
Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“

Sonja Buckel entwickelt in ihrer umfangreichen wie lesenswerten Studie eine Untersuchungsperspektive, mit der sich Kämpfe um Hegemonie im europäischen Migrationsrecht sichtbar machen lassen.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Gegenwärtige europäische Migrationspolitiken verknüpfen zutiefst widersprüchlich erscheinende Institutionen und Praktiken, so etwa zu „Willkommenszentren“ umfunktionierte Ausländerbehörden, in denen sogenannte Hochqualifizierte umworben werden, sowie mit Stacheldraht aufgerüstete Grenzverläufe, die unerwünschte Migrant_innen auf ihrer Reise nach Europa aufhalten sollen. Hinter diesen Praktiken verbirgt sich, so Sonja Buckels Hypothese, das politische Projekt des Migrationsmanagements, in dem sich der „Wettbewerb um die besten Köpfe“ flexibel mit dem „Kampf gegen illegale Migration“ verbindet. Quer dazu verlaufen Politiken und Aktionen von Aktivist_innen aus der No Border-Bewegung, die die utilitaristische Unterteilung in nützliche und weniger nützliche Migrant_innen zurückweisen und für eine tatsächliche Willkommenskultur jenseits nationaler oder europäischer Zugehörigkeiten eintreten. Hinzu tritt schließlich die Bewegung der Migration selbst, die keinesfalls ein bloßes „Steuerungsobjekt“ (S. 201) ist, sondern vielmehr mit ihren „immer wieder angepassten Reiserouten“ (ebd.) Fakten schafft, welche die europäischen Grenzkontrollapparaturen unter Zugzwang setzen.

Diese gegensätzlichen Praktiken dienen Buckel als Ausgangspunkt und Hintergrundfolie für ihre Beschäftigung mit den rechtlichen

Auseinandersetzungen um die Europäisierung der Migrationspolitik, die sie mithilfe einer hegemonietheoretischen Diskursanalyse des Rechts in Verbindung mit dem Konzept der Hegemonieprojekte in den Blick nimmt. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen zwei Fallstudien, die sich mit zwei hochaktuellen Fragen aus dem europäischen Migrationsrecht befassen: zum einen mit der Gewährung sozialer Leistungen für nicht erwerbstätige Unionsbürger_innen und zum anderen mit dem Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen im Mittelmeer. Während der erste Teil der Untersuchung sich auf die Konstitution eines europäischen Innenraumes unbeschränkter Mobilität konzentriert, fragt der zweite Teil nach der Konstruktion des Außen: Beleuchtet werden die „Immobilisierungsstrategien“ (S. 167), mittels derer versucht wird, Menschen aus Ländern außerhalb der EU aus dem „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ auszuschließen.

Beginn einer europäischen Sozialpolitik?

In der ersten Fallstudie geht es zentral um die Frage, wie sich zwischen 1998 und 2009 überraschend eine europäisch-soziale Rechtsprechungslinie des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) herausbilden konnte, in der die mit dem Vertrag von Maastricht eingeführte Institution der Unionsbürgerschaft mit einer Bedeutung ausgefüllt wurde, die weit über den Status des „Marktbürgers“ hinausgeht. Anhand von insgesamt zwölf Urteilen des EuGH und der entsprechenden Kommentarliteratur arbeitet Buckel heraus, wie sich in den Auseinandersetzungen um die sozialen Rechte Nichterwerbstätiger schrittweise proeuropäische Strategien durchsetzen und das zuvor hegemoniale Binnenmarktprojekt ablösen konnten. In dem abseits von der politischen Öffentlichkeit geführten rechtlichen Diskurs entstand in den „Ruinen“ (S. 166) der neoliberalen Hegemonie das gegenhegemoniale Projekt einer europäischen Sozialunion. Die Tatsache, dass alleinerziehende Mütter, Arbeitssuchende und Arbeitslose, Studierende und sogar ein von der Heilsarmee unterstützter Obdachloser nicht länger als „migrantische Bittsteller*innen“ (S. 83) auftreten müssen, sondern sich als Unionsbürger_innen auf ihre sozialen Rechte berufen können, bewertet Buckel optimistisch als Indiz dafür, dass „im europäischen Staatsprojekt gravierende Transformationen im Gange [sind], die eine Art beginnende europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit markieren“ (ebd.). Zugleich zeigt ihre Analyse aber

auf, dass eine rein rechtliche Auseinandersetzung, die nicht von einer politischen Mobilisierung und von sozialen Kämpfen begleitet wird, nicht dazu imstande ist, grundlegende Strukturprinzipien wie das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU aufzuweichen oder die Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik einzuleiten. Nichtsdestotrotz werden die sozialen Rechte der Unionsbürger_innen zu „strategisch-selektiven Möglichkeitsstrukturen“ (S. 166), die gerade im Zuge der Krise eine neue Dynamik entfalten könnten:

*„Wenn nämlich Unionsbürger*innen aufgrund der Verwerfungen, die vom Wohlstandsgefälle und der europäischen Krisenpolitik ausgelöst werden, ihren Aufenthalt tatsächlich in die nördlichen und westlichen Mitgliedsstaaten verlegen, könnte dies eine gewisse vertikale Umverteilung [...] nach sich ziehen“ (S. 167f.).*

Fragmentierte Terrains des transnationalen Rechts

Die Auseinandersetzungen um die Verrechtlichung der europäischen Seegrenze, die Gegenstand der zweiten Fallstudie sind, unterscheiden sich in mehrerlei Hinsicht von den Kämpfen um transnationale Rechte innerhalb der EU. Hinsichtlich der extraterritorialen Geltung menschenrechtlicher Normen gibt es momentan keine gefestigte Rechtsprechungslinie, vielmehr existieren „konkurrierende Rechtsprechungen auf unterschiedlichen fragmentierten Terrains des transnationalen Rechts“ (S. 78). An den Grenzen der EU, wo verschiedene nationale, europäische und internationale Rechtsordnungen aufeinander treffen, fehlt es an einer übergeordneten Instanz, die das Verhältnis dieser Rechtsordnungen zueinander regelt. Dieses Verhältnis wird daher erst in hegemonialen Auseinandersetzungen bestimmt. Buckel dokumentiert im zweiten Teil ihrer Untersuchung ausgehend von zwei konkreten Fällen staatlicher Rückschiebungsmaßnahmen die ersten Schritte eines „juridischen Aktivismus“ (S. 79), dessen Protagonist_innen das Ziel verfolgen, die Grenzschutzoperationen der EU vor der nord- und westafrikanischen Küste rechtlich einzuhegen.

Die untersuchten Fälle „Marine I“ und „Hirsi vs. Italien“ haben gemein, dass jeweils in Seenot geratene Bootsmigrant_innen auf hoher See von

europäischen Schiffen aufgegriffen, zurückgeschoben und schließlich in Lagern außerhalb der EU interniert wurden, ohne dass ihre internationale Schutzbedürftigkeit geprüft wurde. „Marine I“ ist der Name eines Frachters, der im Januar 2007 vor der westafrikanischen Küste von einem spanischen Rettungsschiff in eine mauretanische Hafenstadt geschleppt wurde; im Fall „Hirsi vs. Italien“ wurden im Mai 2009 Migrant_innen von einem italienischen Kriegsschiff aus dem zentralen Mittelmeer zurück nach Libyen geschoben. Was sich in den beschriebenen Fällen ereignet hat, lässt sich nur vor dem Hintergrund des politischen und ökonomischen Kontexts der Funktionsweise des europäischen Grenzregimes verstehen. Das Verhältnis zwischen Europa und Afrika, welches durch koloniale Kontinuitäten, massive ökonomische Ungleichheiten sowie Strategien des „Outsourcing“ und „Offshoring“ (S. 188) von Grenzkontrollen geprägt ist, drückt sich geradezu idealtypisch in einer zum Gefängnis für festgenommene Migrant_innen umfunktionierten mauretanischen Fischverarbeitungsfabrik aus. In dieser wurde ein Teil der Passagiere der „Marine I“ über Monate interniert:

„Die Anlage zur Fischverarbeitung, ein afrikanisches Unternehmen, das aus dem Fischfang ökonomischen Nutzen für die mauretanische Ökonomie hätte ziehen können, war aufgrund des massiven Konkurrenznachteils gegenüber den subventionierten EU-Betrieben geschlossen worden. [...] Nun diente die Ruine als extraterritoriales Lager zur Immobilisierung der postnationalen Subjekte“ (S. 251).

Beide Rückschiebungsmaßnahmen zogen juristische Verfahren nach sich, in denen Flüchtlingsrechtsaktivist_innen versuchten, die spanische beziehungsweise die italienische Regierung für ihr Handeln auf hoher See zur Verantwortung zu ziehen. Während der vom spanischen Flüchtlingsrat beschrittene nationale Verwaltungsrechtsweg bislang ohne Erfolg blieb und eine beim UN-Ausschuss gegen Folter eingereichte Beschwerde gegen Spanien aus formalen Gründen scheiterte, war die Individualbeschwerde, die 24 der nach Libyen zurückgeschobenen Migrant_innen mit Unterstützung des italienischen Flüchtlingsrats beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichten, erfolgreich. Das Gericht erklärte die Push-Back-Operation für unrechtmäßig und verpflichtete Italien, den Betroffenen eine finanzielle Entschädigung zu zahlen. Einen Erfolgsfaktor im Fall „Hirsi vs. Italien“ sieht Buckel in der Existenz eines starken Netzwerks von

nichtstaatlichen flüchtlingsrechtlichen Akteur_innen in Italien; eine Schwäche im Vorgehen gegen die spanische Regierung erkennt sie unter anderem darin, dass es den beteiligten Akteur_innen nicht gelang, ihre jeweiligen Strategien zu bündeln. Hier zeigt sich, dass die Ergebnisse juridischer Auseinandersetzungen maßgeblich durch außerrechtliche Ressourcen und Kräfteverhältnisse beeinflusst werden.

Wer sich für die Frage interessiert, wie sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ins Recht übersetzen und wo sich möglicherweise Anknüpfungspunkte für ihre Verschiebung ergeben, dem_der sei „Welcome to Europe“ empfohlen. Neben den eigentlichen Ergebnissen zu Kämpfen um Hegemonie im Recht vermittelt die Untersuchung sozusagen beiläufig und auf höchst anschauliche Weise zahlreiche Informationen über das europäische Grenzregime und die ihm zugrunde liegenden Machtverhältnisse. Auch das macht sie äußerst lesenswert.

Sonja Buckel 2013:

"Welcome to Europe" Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts.

Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“.

transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2486-1.

372 Seiten. 33,80 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Kämpfe um Recht. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/kmz7J>.

Materialistische Analyse europäischer Migrationspolitik



Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa
(Hg.)

Kämpfe um Migrationspolitik

Theorie, Methode und Analysen kritischer
Europaforschung

In diesem Band stellt die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ die Ergebnisse ihrer vierjährigen Arbeit vor und zeigt dabei eindrücklich den Nutzen materialistischer Staatstheorie und kritischer Europaforschung für das Verständnis der europäischen Migrationspolitik auf.

Rezensiert von [Christoph Müller](#)

Während die Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch weiter darum streiten, in welchen Bereichen sie nationalstaatliche Kompetenzen an die EU abtreten wollen, ist die Zusammenarbeit in einem Bereich längst sehr wirkmächtig: der Migrationspolitik. Die toten Flüchtlinge im Mittelmeer, die Menschen in den Abschiebeknästen und die in Europa illegalisiert lebenden Menschen sind auch ein Resultat dieser Zusammenarbeit. Die Erforschung der systematischen Funktionsweise dieser EU-Migrationspolitik sollte angesichts dieser alltäglichen Brutalität eines der brennendsten Erkenntnisprobleme für linke, kritische Wissenschaftler_innen sein. Umso erfreulicher ist die Arbeit der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ um die Politikwissenschaftler_innen Sonja Buckel, John Kannankulam und Jens Wiesel, deren Ergebnisse nun im transcript-Verlag erschienen sind.

Im Gegensatz zu den in der Mainstream-Politikwissenschaft gerade üblichen Governance-Ansätzen, welche Migration nur als ein zu steuerndes Objekt politischer Führung begreifen und dabei in der Regel Herrschaftsverhältnisse ausblenden, arbeitet die Forschungsgruppe mit einer materialistischen Staatstheorie. Mithilfe der Ansätze von Althusser, Poulantzas und Gramsci begreifen sie den Staat als „ein materialisiertes soziales Verhältnis: ein Klassen- und Geschlechterverhältnis und auch ein Verhältnis zwischen den Staatsbürger_innen und ihren Anderen“ (S. 29) und gehen davon aus, dass der Staat jene vergeschlechtlichten, ethnisierten und Klassen-Subjekte erst hervorbringt, die im Governance-Ansatz als fixe und vorstaatliche Akteur_innen vorkommen und dadurch naturalisiert werden .

In beeindruckender Weise finden die Autor_innen einen Übergang von den komplexen theoretischen Überlegungen hin zu einer empirischen Methode. Aufbauend auf ihren hegemonietheoretischen Überlegungen entwickeln sie die Methode der „historisch-materialistischen-Politikanalyse“ (S. 43f.), durch die sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sinnvoll analysieren lassen. Konkret bedeutet dies vor allem eine systematisierte Darstellung der Konfliktkonstellationen in konkreten Politikfeldern, Räumen und Zeiten. So werden Kontext, Akteure und Prozesse einzelner Bereiche einer Analyse unterzogen: Die Methode wird, erstens, in einzelnen Länderstudien angewendet (Deutschland, Großbritannien, Spanien), zweitens, zum Verständnis der Genese der europäischen Grenze nutzbar gemacht und, drittens, zur Analyse der Arbeitskraftregime verwendet. Durch diese Vorgehensweise wird deutlich, dass die eingangs genannte Zusammenarbeit keineswegs konfliktfrei funktioniert, sondern im Gegenteil geprägt ist von einer ganzen Reihe komplexer Kämpfe, die wiederum im Spannungsfeld verschiedener Kräfte- und Herrschaftsverhältnisse ausgefochten werden. Das im Zentrum der Analyse stehende politische Projekt des Migrationsmanagements – also die gesteuerte Einwanderung von für das Kapital nützlichen Arbeiter_innen bei gleichzeitiger Abschottung gegenüber allen Anderen – ist Resultat dieser Kämpfe, wird aber nicht widerspruchsfrei, und nicht in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen, umgesetzt. Gegen die Managed Migration steht beispielsweise das konservative Hegemonieprojekt, welches aufgrund rassistischer Ideologien Migration auch dann kritisch gegenübersteht, wenn es sich aus neoliberalen Nützlichkeitsüberlegungen heraus „lohnen“ würde. Zudem steht das konservative Hegemonieprojekt

gegen ein gemeinsames europäisches Migrationsmanagement, weil es nach wie vor nur im geringen Maße bereit ist, nationalstaatliche Kompetenzen zu europäisieren. Die systematische Analyse der Kräfteverhältnisse in der Migrationspolitik macht aber auch deutlich, wie marginalisiert progressive Ansätze sind: Ein mögliches linksradikales oder kommunistisches Hegemonieprojekt verfügt über so geringe organisatorische Ressourcen und so wenig realpolitische Wirkung, dass es zwar eingangs von den Autor_innen umrissen wird, in den folgenden Analysen aber kaum mehr eine Rolle spielt. Das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt, welches Menschen- und Bürger_innenrechte in den Mittelpunkt stellt, aber kaum Umverteilung und soziale Rechte im Blick hat und Grenzen nicht grundsätzlich in Frage stellt, geht dagegen häufig Hand in Hand mit dem neoliberalen Hegemonieprojekt: So zeigt etwa die Länderstudie der Bundesrepublik, wie erst die rot-grüne Regierung gegen massive konservative Widerstände zusammen mit dem neoliberalen Hegemonieprojekt die Migrationspolitik der BRD hin zu einer Managed Migration umbaute.

Ein – wenn auch geringes – Potential für gegenhegemoniale Politik macht die Forschungsgruppe auf dem juristischen Terrain aus: Reale, kleine Verbesserungen - etwa bei den Normen der im Juni 2013 verabschiedeten Dublin-III Verordnung zum Rückschiebeverbot in Mitgliedsstaaten, deren Asylsystem zusammengebrochen ist – seien in der Vergangenheit möglich gewesen, weil zivilgesellschaftliche Akteur_innen „die ganze Bandbreite europäischer Gerichte zu nutzen wussten“ (S. 251).

Die komplexe und differenzierte Analyse stellt auch die Tatsache heraus, dass die repressive Migrationspolitik keine Neuerfindung der EU ist und dass die nationalen Grenzpolizeien keineswegs rechtsstaatlicher oder humaner agieren als die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Eine Politik gegen diese Zustände muss daher nach wie vor sowohl in den nationalen Gesellschaften agieren als auch den Widerstand weiter europäisieren. Die Arbeit der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ zeigt dabei eindrücklich, wie hilfreich eine materialistische Analyse zum Verständnis des europäischen Grenzregimes ist. Ohne ein solches Verständnis der komplexen und widersprüchlichen Kämpfe um Migrationspolitik ist ein wirkungsvolles Engagement für globale Bewegungsfreiheit kaum vorstellbar.

Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.) 2014:
Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer
Europaforschung.
transcript, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-2402-1.
304 Seiten. 24,99 Euro.

Zitathinweis: Christoph Müller: Materialistische Analyse europäischer
Migrationspolitik. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/NTmo2>.

Killing Antifaschismus softly

Susann Witt-Stahl &
Michael Sommer (Hrsg.)
»Antifa heißt
Luftangriff!«
Zeitschrift einer
neofaschistischen Bewegung

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.)
„Antifa heißt Luftangriff!“

Im Sammelband werden aktuelle Entwicklungen eines Antifaschismus analysiert, der sich Susann Witt-Stahl und Michael Sommer zufolge zwar revolutionär gebe, doch zunehmend systemfromm und affirmativ sei.

LARACH

Rezensiert von [Christin Bernhold](#)

Am 1. Mai 2014 wurde in Hamburg am Rande einer Demonstration ein Transparent mit der Aufschrift „Gegen jeden Antisemitismus“ ausgebreitet. Die Parole drückt ein genuin linkes Ansinnen aus – vorausgesetzt, sie richtet sich gegen Antisemiten. Wird sie gegen linke Politik gerichtet, verkommt sie zum Herrschaftsinstrument. So geschehen am Kampftag der internationalen ArbeiterInnenbewegung in der Hansestadt: Adressatin der besagten Transparent-Aktion war nicht etwa eine Nazikundgebung, sondern die alljährlich von antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften organisierte Demonstration zum „revolutionären 1. Mai“.

Was hat dieses Szenario mit einem Buch über Antifaschismus zu tun? Eine Menge. Vor allem ist es ein Exempel für den bedenklichen Zustand der antifaschistischen Bewegung, der in dem Sammelband „Antifa heißt Luftangriff!“ behandelt wird. In jener haben sich nach der Diagnose der HerausgeberInnen Susann Witt-Stahl und Michael Sommer Kräfte in den Vordergrund gedrängt, „die ein weitaus dringlicheres Bedürfnis verspüren, die Proletarier zu bekämpfen, als die ‚Arier‘“ (S. 10).

Eine wesentliche Aufgabe von revolutionären AntifaschistInnen, die diese zugleich von bürgerlichen Nazigegnern unterscheidet, wolle heute kaum noch jemand übernehmen: das Aufdecken der „soziale[n] Substanz des Faschismus“

und dessen Funktion, „die Klasse der abhängig Arbeitenden stumm zu machen“ (Reinhard Kühnl) (S. 9). AntifaschistInnen seien im Zuge der neoliberalen Restauration der Klassenherrschaft zuhauf geläutert und neutralisiert worden – oder haben sich selbst geläutert und propagierten derweil „nichts anderes als Fortsetzung der Totalitarismustheorie mit anderen Mitteln“ (ebd.). Witt-Stahl und Sommer stellen fest, dass „diejenigen, deren historische Aufgabe es ist“, die Wahrheit über die soziale Funktion des Faschismus aufzudecken, mehrheitlich „genau das Gegenteil tun und die Auslöschung dieser Wahrheit aktiv vorantreiben“ (ebd.). Der politische und theoretische Zustand der deutschen „Antifa“ sei erdrückend – so erdrückend, dass Überlegungen zu einer sinnvollen antifaschistischen Politik eine eindringliche Kritik am Status quo erforderten. Mit dem Sammelband wird deshalb richtigerweise eine Debatte darüber angestoßen, „was Antifaschismus nicht sein darf“ (S. 13). Es geht den VerfasserInnen mit ihrer Bestandsaufnahme also nicht darum, zum Verlassen des sinkenden Schiffes aufzurufen, sondern im Gegenteil aufzuzeigen, womit der Weg zu dessen Instandsetzung verstellt ist.

Neoliberalismus, Antikollektivismus und die Antifa

Witt-Stahl zeigt in ihrem Beitrag „Auf dem Weg zur Knechtschaft“ zweierlei auf. Zum einen weist sie nach, dass und wie die Vordenker des Neoliberalismus, etwa Friedrich August von Hayek oder Walter Lippmann, sich schon immer für die eigentlichen Väter des Antifaschismus ausgegeben haben. Beide erklärten totalitarismustheoretisch, dass nur der freie Markt eine Garantie gegen den Faschismus bieten könne, dessen eigentliche Wurzel im Sozialismus liege. „Kommunismus und Faschismus gleichen sich nicht nur in der Regierungsform, sie stimmen in ihren Bestrebungen und Zielen überein“ (S. 20), zitiert die Autorin Lippmann. Zum anderen zeigt Witt-Stahl mit zahlreichen Beispielen auf, dass die Antifa 2.0 – wie sich die post-1990-Antifa häufig selbst nennt – Teile der ideologischen Matrix des Neoliberalismus mit Kusshand in ihre eigene übernommen hat.

Als paradigmatisch dafür arbeitet die Autorin eine von jedem konkreten Inhalt abstrahierende Haltung gegenüber „Kollektivismus“ heraus. Sie zeigt auf, wie

„Kollektive“ heute unter Generalverdacht stehen, aus offenen oder verkappten Nazis zu bestehen – unabhängig davon, ob sich Menschen zusammentun, um die Herrschaft des Menschen über den Menschen im Sinne einer Solidargemeinschaft aufzuheben oder ob es sich um völkische Truppen handelt. Teil der neuen Antifa-Ideologie sei auch die (offene oder latente) Unterstellung grundsätzlicher Gemeinsamkeiten zwischen Sozialismus und Faschismus. Ein großer Teil der Szene verbringe in der Konsequenz weitaus mehr Zeit damit, sich gegen Linke zu positionieren und deren Theorie und Praxis zugrunde zu richten, als Klassenkampf gegen die Herrschenden in Politik und Wirtschaft zu führen.

Personifizierte, strukturell antisemitische Kapitalismuskritik

Hayek und die Antifa 2.0 haben damit gemein, den Antifaschismus nicht nur neutralisiert, sondern auch gegen revolutionäre Antifaschisten gerichtet zu haben. Marxistische Faschismustheorie sei ersetzt worden durch den (mit Marxschen Begrifflichkeiten ausgestaffierten) Vorwurf der verkürzten, personifizierten oder strukturell antisemitischen Kapitalismuskritik, gerichtet gegen diverse soziale Protestbewegungen.

In einem der wichtigsten Beiträge des Buches, „Falsch aber wirkungsvoll“, tranchiert Michael Sommer den Text „Antisemitismus und Nationalsozialismus“ von Moishe Postone, der die entsprechende Marxinterpretation zu diesem Vorwurf liefert und derweil den Status eines Manifests erlangt hat. Sommer erläutert, wie mittels einer Fehlinterpretation Marxscher Theorie „Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals (Marx) mit dem in der Vernichtung der europäischen Juden gipfelnden Antisemitismus in eins gesetzt“ (S. 88) und so im Endeffekt das personifizierte Kapital vor jedem Protest geschützt wird. Postone destruiere die Erkenntnis von Marx, dass der Kapitalismus nicht nur Struktur, sondern auch Praxis, Herrschaft des Menschen über den Menschen sei und dass, wie Adorno schrieb, „die herrschende Klasse [...] nicht nur vom System beherrscht [wird], sie herrscht durchs System und beherrscht es schließlich selber“ (S. 43). Was Moshe Zuckermann in einem Gespräch mit Witt-Stahl am Ende des Buches an der Ausplünderung Adornos und seiner Nutzbarmachung für die Bourgeoisie

kritisiert, gilt auch für die von Sommer kritisierten Marx-RezipientInnen, die mit Marx gegen den Klassenkampf von unten vorgehen: „Die schlechtesten Leser sind die, welche wie plündernde Soldaten verfahren: sie nehmen sich einiges, was sie brauchen können, heraus, beschmutzen und verwirren das übrige und lästern auf das Ganze“ (S. 189).

Schöner leben – ohne schlechtes Gewissen

Gescheiterte Linke, so erklärt sich Sommer die Attraktivität dieses Vorgehens, haben damit die Möglichkeit, „gesichtswahrend“ antifaschistische Kritiker zu sein, „ohne in Konflikt mit den gesellschaftlich Mächtigen zu geraten, ja mehr noch: indem man an ihrer Seite steht“ (S. 90). Ganz ähnlich bringt es Zuckermann auf den Punkt: „Es handelt sich um authentische Träger des gegenwärtigen Zeitgeistes, die aber feige genug sind, nicht zuzugeben, dass sie in erster Linie das sind“ (S. 185). Was Zuckermann auf den Umgang mit Adornos Thesen bezieht, ist auch für den Antifaschismus zutreffend: Man trennt sich nicht in einem Ruck, das linke gute Gewissen soll bleiben. „They are killing him softly, weil sie seine ungebrochene Relevanz nicht ertragen können“ (S. 188).

Auch Matthias Rude befasst sich in seinem Text „Nie wieder Faschismus‘ – immer wieder Krieg“ mit AntifaschistInnen, die unverrückbar an der Seite der Mächtigen stehen. Er zeichnet historisch nach, wie imperialistische Kriege zunehmend von linken Kräften zu antifaschistischen Kriegen des zivilisierten Westens verklärt wurden. Einerseits müsse für dieses Kunststück der Holocaust zur ideologischen Instrumentalisierung erhalten. Andererseits sei antimuslimischer Rassismus in den argumentativen Kanon vieler Antifaschisten integriert worden.

„*„Umma-Sozialisten‘ (Islamisten) und Antiimperialisten sind für sie die Nazis von heute. Daher verlaufe die Grenze nicht mehr zwischen rechts und links, oben und unten, sondern zwischen ‚zivilisiertem Westen‘ und ‚barbarischem Islam‘“ (S. 116).*

Faschismus ist keine Meinung...

..jedoch auch nicht irgendein Verbrechen, sondern eine Form bürgerlicher Herrschaft. Dass die politisch-ökonomischen Bedingungen des Faschismus heutzutage kaum mehr jemanden interessierten, kritisiert Jürgen Lloyd in „Faschismus fängt schon in der Küche an“. In der Konsequenz erschöpfe sich Antifaschismus für ein Gros der Bewegung darin, ein NPD-Verbot zu fordern und auf Demos gegen Nazis zu gehen – die Losung für Bündnisarbeit laute: Hauptsache breit! Zwar treffe es mit Bündnisaktivitäten gegen Naziaufmärsche keineswegs die Falschen, so Lloyd – aber wenn sie sich darin erschöpfen seien sie eben auch nicht mehr als ein Kampf gegen Windmühlen, weil sie nicht an die politisch-ökonomischen Wurzeln des Faschismus gingen.

Lloyds Analyse zufolge sei die Gefahr des Faschismus dann akut, wenn das Monopolkapital im Kampf um Interessen und Bewusstsein nicht mehr dazu in der Lage sei, andere nicht-proletarische Schichten davon zu überzeugen, auf seiner Seite Klassenkampf zu führen. Die „freiwillige“ Integration sei aber stets die bevorzugte Option des Kapitals, denn „der ‚freiwillig‘ sich den inhaltlichen Herrschaftsprinzipien des Monopolkapitals unterwerfende Mensch lässt sich nicht nur sicherer beherrschen, er ist auch besser geeignet, diese Prinzipien umzusetzen, als ein gezwungener Sklave“ (S. 126). Wache Augen, die ihren Gegnern und dessen Interessen erkennen sowie auf Bedingungen schauen, unter denen Faschisierung heute wieder zu einer Gefahr werden könnte, vermisst Lloyd zu Recht. Denn der antifaschistische Kampf kann sich „nicht von dem Kampf gegen diese Herrschaftsinteressen selber lösen [...] ohne zum Schattenboxen zu werden“ (S. 127).

Was tun?

Eine antifaschistische Linke müsste folglich, will sie nicht gegen Schattenboxen oder gar zum Teil des Problems werden, das Kernanliegen haben, die Ursachen für- sowie die Herrschaftsinteressen an Krise und Krieg, Armut und Hunger schonungslos offenzulegen.

Sie müsste sich, so Eberhardt Schultz, allenfalls endlich für Ursache und Wirkung des „Aufbau[s] des autoritären Sicherheitsstaates im 21. Jahrhundert“ interessieren, den der Autor des gleichnamigen Textes als

Warnsignal eines „freundlichen Faschismus“ (S. 139) versteht und für weitaus gefährlicher hält als (Neo-)Nazis. Friendly fascism könne auch wieder unfriendly werden. In einem Staat, der womöglich zum „Prototyp des modernen Faschismus“ werde, „wäre eine Antifa, die sich auf ein NPD-Verbot und den Kampf gegen den überkommenen Rassismus von Neonazis beschränkt, bestenfalls eine ‚nützliche Idiotin‘“ (S. 153).

Die Linke müsste sich ferner dazu in die Lage versetzen, das fordert Wolf Wetzel in „Die Angst des Antifaschismus vor seiner eigenen Idee“, aus der eigenen Sprach- und Hilflosigkeit hervorzutreten, „wenn es um die politische Einordnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) und die Rolle der staatlichen Behörden bei seinem Entstehen, Ausrüsten und Gewährenlassen geht“ (S. 167). Anstatt einesteils Islamismus und Faschismus kurzzuschließen, um sich daraufhin blindlings mit den westlich imperialistischen Mächten zu alliieren, und andernteils angesichts der Verstrickung von Staat und NSU in eine Schockstarre zu verfallen beziehungsweise die „Staatsantifa“ (S. 171) um Hilfe anzubetteln, müssten Linke ihre „oppositionslose Darbietung“ (S. 175) aufgeben und dafür sorgen, dass „andere abtauchen“ müssen „und nicht wir“ (S. 180).

Das gehe freilich nur, wenn man sich nicht mit denjenigen in einem Boot wähne, die ein Interesse an eben jener Schockstarre haben, wie Maciej Zurowski herausstellt. Schlechte Aussichten attestiert Zurowski einer antifaschistischen „Volksfront“ gegen Nazis, in der „Kritik an der Bourgeoisie [...] zugunsten einer kritiklosen Allianz unter den Tisch fallen gelassen“ werde, „selbst wenn die Bourgeoisie sich nur symbolisch an ihr beteiligt“ (S. 157). „Dadurch, dass sie ein Symptom zum permanenten Hauptfeind erhebt, verharmlost sie implizit die Ursache“ (S. 162). Was stattdessen zu tun sei, liegt damit eigentlich auf der Hand: „die diversen Fäulniserscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft im Rahmen einer umfassenden Strategie [...] behandeln, die letztlich auf eine komplette gesellschaftliche Umwälzung hinausläuft“ (S. 162).

Eine überfällige Debatte

„Antifa heißt Luftangriff!“ stößt eine überfällige Debatte darüber an, warum man in Antifa-Flugblättern zunehmend antilinke „Kritik“ und neoliberale

Ideologie made by Hayek bekommt statt Luxemburg, Lenin, Brecht oder Harvey, oder warum antifaschistische Strategie etwas anderes sein muss, als gemeinsam mit der SPD gegen Nazis zu sein. Lesenswert ist der Sammelband allein deshalb, weil die AutorInnen es vermögen, ihre Diagnosen in einem Wechselspiel aus bitterem Ernst und herrlicher (Real)Satire vorzutragen. Vor allem aber zeigen sie nicht nur den bedrückenden Zustand der antifaschistischen Bewegung in der BRD auf und argumentieren aus unterschiedlichen – teilweise divergierenden theoretischen und politischen – Richtungen, dass ein „weiter so“ fatal wäre. Sie zeigen auch anhand konkreter Beispiele (unter anderem, dass die BRD in der Ukraine Faschisten zur Macht verhelfen kann, ohne mit nennenswerten Protesten rechnen zu müssen), welche verheerenden Konsequenzen eine solche Degeneration des Antifaschismus zeitigen: das Ausbleiben jeglicher Opposition.

Viele Fragen, die bei der Lektüre in den Sinn kommen, bleiben im Rahmen dieses Bandes zwangsläufig unbeantwortet. Lloyd stellt zum Beispiel richtig heraus, dass Faschismus nicht in der Abstraktion von seinen ökonomischen Ursachen begriffen werden kann. Es bedürfte jedoch einer Diskussion innerhalb der revolutionären marxistischen Linken, ob zum Beispiel die Leninsche These des Monopolkapitalismus der richtige Ausgangspunkt für eine Theorie des Faschismus ist. Denn zu Fragen wäre, ob nicht die von Marx getroffene Feststellung nach wie vor gilt, nach der das Kapitalverhältnis widersprüchliche Tendenzen zu Monopolbildung und Monopolverlust gleichzeitig produziert. Daran wiederum schließt sich die Frage an, ob es immer eine wirkungsvolle Strategie ist, nicht-monopolistische Kapitalfraktionen für ein antifaschistisches Interesse gewinnen zu wollen.

Fruchtbar können derlei Debatten allein unter dem Vorzeichen der Wiederherstellung einer revolutionären antifaschistischen Bewegung geführt werden. Die Bedingungen dafür sind jedoch nicht gerade rosig. Einige wesentliche Hindernisse haben Witt-Stahl und Sommer zusammengetragen. Diese Hindernisse als solche anzuerkennen und daraus theoretische und politische Konsequenzen zu ziehen – das wäre schon mal ein Anfang um sich aus einer Situation herauszuarbeiten, in der Faschisten, „solange diese ‚westeingebunden‘ sind“ (S. 201), von einem großen Teil der AntifaschistInnen hierzulande nichts mehr zu befürchten haben.

Susann Witt-Stahl, Michael Sommer (Hg.) 2014:

„Antifa heißt Luftangriff!“.

Laika, Hamburg.

ISBN: 978-3-944233-13-0.

216 Seiten. 21,00 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold: Killing Antifaschismus softly. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/4DTkR>.

„In Deutschland läuft etwas schief“



Björn Menzel, Jens Kiffmeier

OhneMacht

Zerfall der Gesellschaft – Kampf gegen Rechts

Jens Kiffmeier und Björn Menzel haben ein eindringliches Buch über Rechtsextremismus in Ostdeutschland und die blinden Flecken der demokratischen Öffentlichkeit geschrieben.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

Mit knapp 50 Einwohner_innen ist Jamel ein kleiner, nachgerade winziger Ort in Nordwestmecklenburg. Dennoch sorgt das unscheinbare Dorf in der Gemeinde Gägelow seit 1992 regelmäßig für Aufsehen in den Medien. Damals hissten über einhundert Neonazis hier die Reichskriegsflagge, um gemeinsam den Geburtstag Adolf Hitlers zu feiern. Geändert hat sich seitdem wenig. Bei der Landtagswahl 2011 wählten in Gägelow 11,7 Prozent die NPD, und im braunen Jargon firmiert Jamel mittlerweile als ‚national befreite Zone‘. Damit ist ein Ort gemeint, der strukturell fast vollständig in der Hand Rechtsextremer ist, denen knapp zwei Drittel der örtlichen Immobilien gehören.

Über die Hälfte der Jamelner sind „entweder offen bekennende Rechtsextreme oder sympathisieren mit den Rechten“ (S. 7), schätzen Jens Kiffmeier und Björn Menzel. Die beiden Journalisten beschäftigen sich seit mehreren Jahren intensiv mit Rechtsextremismus in Deutschland. Einige ihrer Beobachtungen haben sie jetzt für eine Publikation im Schkeuditzer Verlag zusammengetragen: „OhneMacht. Zerfall der Gesellschaft. Kampf gegen Rechts“ lautet der Titel ihres Buches, und Jamel ist nur einer von vielen Orten, die die beiden studierten Politikwissenschaftler dafür besucht und anschaulich beschrieben haben: als eine verstörende Parallelwelt, die mitten in

Deutschland Realität geworden ist, wo Zielscheiben für Schießübungen neben dem Spielplatz hängen und nachts Sieg-Heil-Rufe durch die Straßen schallen, während das Dorf tagsüber „einem Geisterort, voller Unrat, Müll und nationaler Symbole“ (S. 8) gleicht.

Ihr Buch wollen Kiffmeier und Menzel explizit nicht als „Sachbuch, das die Strategien der Neonazis untersucht und beleuchtet“ verstanden wissen, sondern als „ein Reportagenbuch, das den Blick für ein drängendes Problem schärfen und zum Nachdenken anregen will“ (S. 12). Dass das bitter nötig ist und „Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene kein Randproblem, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist“ (Decker u.a. 2012, S. 8), zeigen immer wieder einschlägige Untersuchungen, etwa die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die belegen, dass „ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild bei jedem und jeder zehnten Deutschen“ (ebd., S. 15) vorliegt und der „manifeste und organisierte Rechtsextremismus eingebunden [...] in ein breites Feld von latentem Rechtsextremismus“ (ebd.) ist.

Ortsbesichtigungen

Wie die Welt hinter diesen Zahlen aussieht, legen Kiffmeier und Menzel auf eindringliche Weise in drei Kapiteln dar, die sich gezielt den Schwerpunkten Gesellschaft, Politik und Medien widmen; ein Interview mit dem engagierten Jenaer Jugendpfarrer Lothar König bildet den Schlussteil des Buches. Neben Jamel tauchen in „OhneMacht“ weitere Ortschaften auf, die ebenfalls alle klein bis dörflich sind und ebenfalls allesamt im Osten Deutschlands liegen. Da ist zum Beispiel Koblenz, östlich von Neubrandenburg, wo die NPD bei der Landtagswahl 2011 Spitzenwerte erreichte; da ist Zahren in Mecklenburg-Vorpommern, wo Familienväter und Hausfrauen zusammen mit Rechtsextremen auf die Straße gehen, um gegen Sexualstraftäter zu demonstrieren. Oder da ist das sachsen-anhaltinische Stresow, wo jeder vierte der 139 Dorfbewohner rechts wählt und die NPD mittlerweile nicht einmal mehr Wahlplakate aufhängen muss.

„In Deutschland läuft etwas schief“ (S. 8), lautet der Befund der Autoren, die ebenso mit Anwohner_innen und Lokalpolitiker_innen vor Ort gesprochen als auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete besucht haben. Sie zeigen die Hilflosigkeit von Ehrenamtlichen und Bürgermeister_innen, die resigniert

haben und sich aus den Dörfern zurückziehen, aber auch engagierte Menschen wie das Ehepaar Lohmeyer, das trotz toter Ratten im Briefkasten alljährlich ein Musikfestival für mehr Toleranz in der „national befreiten Zone“ veranstaltet. Auch mit „Martin“, der jahrelang Dönerbuden abgefackelt und Menschen brutal zusammengeschlagen hat, haben sie gesprochen: „Wenn Sie einmal gehört haben, wie ein Genick bricht, dann werden Sie das nicht mehr los“ (S. 41).

Strategiewechsel in der rechten Szene

Heute leidet „Martin“ nach eigenen Angaben unter Depressionen und lebt selbst gefährlich, denn die Szene, aus der er kommt, gilt als besonders „heftig“ und „sehr elitär“ (S. 41). Nach 16 Jahren Neonazismus und rechter Gewalt ist er ausgestiegen. Nur deshalb kommt auch in „OhneMacht“ zu Wort, denn Kiffmeier und Menzel lassen in ihrem Buch ganz bewusst keine Rechtsextremen selbst Position beziehen – eine Entscheidung, die an die Grundfesten der demokratischen Meinungsfreiheit und des journalistischen Arbeitsethos rührt und in deutschen Redaktionen immer wieder kontrovers diskutiert wird. Man kann das gut finden oder nicht, nachvollziehbar ist es auf jeden Fall, denn die Gefahr, als Forum für geschulte rechtsextreme Rhetorik und Propaganda missbraucht zu werden, ist groß.

Rechtsextremismus heute – auch das macht „OhneMacht“ immer wieder deutlich – bewegt sich in durchorganisierten Strukturen, manipuliert strategisch die öffentliche Meinung und unterwandert so systematisch die Gesellschaft. Das Bild vom dauerbesoffenen und pöbelnden neonazistischen Hohlkopf muss man als Klischee zu den Akten legen. Stattdessen treten laut Kiffmeier und Menzel gerade auf dem „platte[n] Land“ (S. 38), wo sich die großen Parteien fast völlig zurückgezogen haben, die „netten Neonazis von nebenan“ (ebd.) in Erscheinung. Dass Rechtsextreme ihren Einfluss in den vergangenen Jahren steigern konnten, sei dabei einem „Strategiewechsel der rechten Szene“ (S. 44) geschuldet, der sich „leise, quasi durch die Hintertür“ (ebd.) vollzogen habe: durch die Organisation von Fahrdiensten für Senioren, von Hausaufgabenbetreuungen für Kinder und Jugendliche, von Ortsfesten und Disko-Abenden sowie durch die gezielte Unterwanderung von Fußballvereinen und Feuerwehr.

Die Rolle der Medien

Das alles ist erschreckend, doch fast genauso erschreckend ist, dass es sich hierbei keineswegs um Ausnahmen, sondern gesellschaftliche Realitäten handelt, die trotz der großen Skandal-Debatten um NSU und Zwickauer Terrorzelle öffentlich kaum wahrgenommen oder diskutiert werden. Das ist der erste Grund, warum ein Buch wie „OhneMacht“ heute so wichtig ist. Der zweite ist, dass Kiffmeier und Menzel nicht dabei stehenbleiben, gesellschaftliche Missstände zu dokumentieren, sondern auch deren mediale und politische Bedingtheiten ausloten, so dass der Blick aufs Kleine stets mit der Perspektive aufs große Ganze verbunden wird. Das gelingt zugegebenermaßen nicht immer ganz stolperfrei: Bei der Auswahl und Zusammenstellung der einzelnen Reportagen konnten Redundanzen nicht durchgängig vermieden werden. Auch ist man leicht irritiert, wenn man sich mitten in der Lektüre eines Buchs über Rechtsradikalismus plötzlich über den Wolken mit Ex-Bundespräsident Christian Wulff wiederfindet, der nach einem Staatsbesuch in Prag während des Landeanflugs auf Berlin noch schnell bei den mitreisenden Journalisten vorbeischaut. Im Gesamtkonzept des Bandes ergeben solche Exkurse aber durchaus Sinn. Denn, und das ist der dritte und letzte Grund, der „OhneMacht“ so lesenswert macht, Kiffmeier und Menzel haben nicht nur ein gesellschaftskritisches, sondern auch ein medienkritisches Anliegen – zwei Aspekte, die für die Autoren unmittelbar zusammenhängen und argumentativ immer wieder enggeführt werden. Den Balanceakt von Nähe und Distanz zwischen Politikern und Journalisten stellen sie dabei ebenso kritisch zur Disposition wie die oftmals prekären Arbeitsbedingungen in heutigen Redaktionen, in denen die Ressourcen für tiefergehende Recherche und unabhängige Berichterstattung allzu oft fehlen, so dass sich die vorgebliche ‚vierte Macht‘ de facto zunehmend auf „die Rolle eines Hofberichterstatters“ (S. 130) beschränkt.

Mit knapp 150 Seiten mag „OhneMacht“ ein vergleichsweise schmales Buch sein. Dem hohen Informationswert, aus dem ein beachtlicher Rechercheaufwand spricht, steht das jedoch keineswegs entgegen. Kiffmeier und Menzel bemühen weder ein übertriebenes Pathos noch heben sie oberlehrerhaft den Zeigefinger. Stattdessen nehmen sie die Textsorte ‚Reportage‘ – mithin die „Königdisziplin des Journalismus“ (Neuberger; Kapern, 2013 S. 50) – ernst und bereiten Daten und Fakten spannend, unpräntiös und prägnant auf. Man kann, und das ist alles andere als negativ

gemeint, „OhneMacht“ an einem Nachmittag „einfach so herunter lesen“. Die große Stärke des kleinen Buches liegt aber darin, dass man es nach der Lektüre keineswegs „einfach so“ zur Seite legt. Denn was in „OhneMacht“ letztlich auf dem Prüfstand steht, ist die Demokratie selbst bzw. ihrer Tragfähigkeit als System – „ein System, das wir für das beste der Welt halten“ (S. 12), wie die Autoren klarstellen, auch wenn es ihnen mittlerweile so erscheint, „dass man das noch einmal extra betonen muss“ (ebd.).

Zusätzlich verwendete Literatur

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Dietz Verlag, Bonn. Online abrufbar als pdf [hier](#). Neuberger, Christoph, Kapern, Peter (2013): Die Grundlagen des Journalismus. Springer VS, Wiesbaden.

Björn Menzel, Jens Kiffmeier 2013:
OhneMacht. Zerfall der Gesellschaft – Kampf gegen Rechts.
Schkeuditzer Buchverlag, Leipzig.
ISBN: 978-3-943931-02-0.
148 Seiten. 12,90 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: „In Deutschland läuft etwas schief“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/2TmKs>.

Die Grenzen bürgerlicher Tierethik



Friederike Schmitz (Hg.)
Tierethik
Grundlagentexte

Der Band gibt einen guten Einblick in den Status quo des moraltheoretischen Tierrechtsdiskurses. Wissenschaftliche Schützenhilfe für die Befreiung der Tiere liefern die versammelten AutorInnen nicht.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Der umfangreiche Sammelband „Tierethik. Grundlagentexte“ hält, was sein Titel verspricht. Das ist zugleich seine größte Stärke und seine größte Schwäche.

Wer auf der Suche nach einer Einführung in den Mainstream der Tierethik ist oder ein paar einschlägige moralisch-theoretische Argumentationen älteren und jüngeren Datums insbesondere aus dem englischsprachigen Raum kennenlernen will, sollte dieses Buch kaufen. Vielleicht hätte man einen Essay von Richard Ryder, Donna Haraway oder Ursula Wolf mehr aufnehmen können, um den tierethischen Diskurs noch genauer abzubilden. Aber für den Einstieg reicht die umfangreiche Auswahl allemal.

Um sich mit den Kernaussagen der AutorInnen vertraut zu machen, muss man aber nicht unbedingt die 580 Seiten des mitunter ermüdenden moralphilosophischen Kleinklein durchackern. Es reicht eigentlich aus, die von der Herausgeberin Friederike Schmitz hervorragend lesbare und ausführliche Einleitung zum Band zu lesen. Der Eindruck, der sich bereits aus ihren Ausführungen auf den ersten 70 Seiten ergibt, erhärtet sich bei der weiteren

Lektüre leider: Man lernt schnell, warum die abgebildete Tierethik weder politischen AktivistInnen noch wissenschaftlichen TheoretikerInnen anzuempfehlen ist, die sich zu Recht für die Befreiung der Tiere von der Barbarei in den Schlachthöfen, Mastanlagen, Tierversuchslaboren, Pelzfarmen und so weiter einsetzen.

Bürgerliche Tierethik,...

Beispielsweise Peter Singers präferenzutilitaristische Moralphilosophie basiert auf der Vorstellung, dass die Interessen aller leidensfähigen Wesen auch in der Ethik berücksichtigt werden müssten, daher auch zumindest die des Gros der Tiere. Anhand von Vergleichen etwa zwischen neugeborenen Menschen und Menschenaffen zeigt er in seinem Aufsatz, dass die gängigen Abgrenzungen zwischen Menschen und Tieren entlang bestimmter ausgewählter Eigenschaften wie zum Beispiel der Vernunft nicht haltbar sind, weil auch nicht alle Menschen diese besitzen. Anders als ihm fälschlicherweise unterstellt wird, schlussfolgert er daraus aber nicht die Abwertung der Menschen, die nicht dem Idealbild entsprechen (so genannte „nicht-paradigmatische Menschen“ (Pluhar, S.112)), sondern den Einschluss bestimmter Tiere in die moralische Gemeinschaft.

Neben zahlreichen anderen Kritiken der Singerschen Philosophie (für moraltheoretische siehe dazu auch die Beiträge von Nussbaum und Luke, eine gute Übersicht bietet Benton im Band), die entgegen politisch diffamierenden Falschbehauptungen Zeit ihrer Existenz auch in der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung formuliert worden sind, sind vor allem zwei entscheidend, um seine Theorie zu verwerfen. Singer akzeptiert erstens die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse als Grenze für seine praktische Ethik. In der Konsequenz beschneidet er zweitens seine Philosophie, derzufolge so gehandelt werden soll, dass am Ende das größtmögliche Glück generiert wird, weil Glück in der gegenwärtigen Gesellschaft nur beschränkt hergestellt werden kann. Der Utilitarist kann sich schlicht keine Bewegung vorstellen, in der gleichzeitig das Glück aller verwirklicht wird. Abgesehen von der kruden Annahme, Glück sei quantitativ messbar, haben diese Prämissen zur Folge, dass das Glück und das Leiden verschiedener Individuen, deren Interessen aufgrund ihrer Leidensfähigkeit moralisch relevant sind, gegeneinander abgewogen werden müssen: das Glück eines Schweins gegen

das Leiden eines menschlichen Säuglings, das Leid eines kranken Menschen gegen das Leid des Versuchstiers und so weiter. Diese perverse Rationalisierung der bürgerlichen Gesellschaft kann niemandem als Leitfaden dafür dienen, die nichtmenschlichen wie die menschlichen Tiere von ihrem gesellschaftlich erzeugten Leid zu befreien. Zumal Singer auch – seiner Philosophie immanent – die Tötung oder Nutzung von Tieren nicht grundsätzlich ablehnt. Wesentlich ist für ihn, ob „die allgemeine Glücksbilanz stimmt“ (Schmitz, S. 53), wie Schmitz in ihrer Einleitung zu Recht kritisch bemerkt.

Gary L. Francione, einer der historischen Vorreiter der rechtswissenschaftlichen Debatte über den Ein- und Ausschluss von Tieren ins Rechtssystem, verwehrt sich gegen die – unter anderem von Peter Singer vorgenommene – Verknüpfung von Leidens- und kognitivem Vermögen zur Begründung von Tierrechten. Für ihn bedürfe es „außer der Empfindungsfähigkeit keiner anderen geistigen Fähigkeit“ [...], um in die moralische Gemeinschaft aufgenommen zu werden“ (Francione, S. 154). Im Widerspruch zu Singer gesteht Francione ein, dass „Tiere keinen inhärenten oder intrinsischen Wert“ in unserer Gesellschaft hätten, weil sie de facto „Eigentum sind“ (Francione, S. 160). In letzter Instanz heiligt der ökonomische Zweck, der Profit etwa eines Tierversuchslabors wie „Laboratory of Pharmacology and Toxicology (LPT)“, die Mittel, wie etwa Tierversuche an Mäusen, Ratten, Hamstern, Meerschweinchen, Kaninchen, Hunden, Affen, Katzen, Schweinen, Fischen und Vögeln.

Francione erklärt die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht historisch-materialistisch, er untersucht sie auch nicht in ihrer bürgerlichen Besonderheit oder analysiert im Anschluss daran ebenso wenig, welcher Platz Tieren in der kapitalistischen Produktionsweise durch die gesellschaftliche politisch-ökonomische Praxis zugewiesen wird. Stattdessen behauptet er, dass „der Eigentumsstatus [der Tiere; C.S.] unmittelbar auf der Idee“ der Menschen beruhe, „dass Tiere – anders als Menschen – kein Interesse an ihrem Leben haben, weil sie sich kognitiv von uns unterscheiden“ (Francione, S. 161), weil sie „als Eigentum der Menschen *betrachtet* werden“ (Francione, S. 172, Herv. C.S.). Tiere würden also nicht unterdrückt, weil Menschen ein spezieistisches Vorurteil haben, sondern weil sie Tiere aufgrund ihres spezieistischen Vorurteils – der absoluten „kognitiven Differenz“ (Francione, S. 161) – zu

Eigentum machten. Mit dieser metaphysischen Begründung für Ausbeutung der Tiere durch die KapitalistInnen trennt Francione weniger von Singers Position, derzufolge die Ausbeutung von Tieren auf „ein Vorurteil oder eine Voreingenommenheit gegenüber Wesen aufgrund ihrer Spezies“ (Singer, S. 81) zurückzuführen sei, als seine radikal erscheinende Kritik auf den ersten Blick suggeriert. Francione konterkariert durch seinen Rückfall in den Idealismus seine richtige und wegweisende Erkenntnis, dass die moralische Einstufung der Tiere belanglos ist, solange sie Eigentum – genauer müsste man sagen: Privateigentum der Kapitalisten – sind.

...Tierrechte...

Tom Regans Ansatz, Tieren universelle Rechte zuzusprechen, weil sie „Subjekt-eines-Lebens“ (Regan, S. 101) seien, war für die historische US-Tierrechtsbewegung bedeutend, auch wenn er theoretisch kaum haltbar ist. „Subjekt-eines-Lebens“ sind alle Lebewesen unabhängig ihrer Spezies, die Überzeugungen, Wünsche, Absichten und einen gewissen Zukunftsbezug haben. Unter dieser Voraussetzung hätten zumindest die meisten Säugetiere im fortgeschrittenen Alter unhintergehbare Rechte, wie das der körperlichen Unversehrtheit.

Sue Donaldson und Will Kymlicka, zwei der derzeit aufgehenden Sterne am Himmel der Tierrechtsdebatte und der Human-Animal-Studies, geht Regans Herleitung von Tierrechten aus den intrinsischen Eigenschaften der Tiere nicht weit genug. Sie formulieren in ihrem Essay, dass man zusätzlich zu den gemeinsamen Fähigkeiten „eine ganze Reihe von moralisch bedeutsamen politischen Beziehungen zwischen Menschen und Tieren in den Blick nehmen“ müsse, „von denen jede mit je eigenen, spezifischen Rechten und Pflichten verbunden ist“ (Donaldson/Kymlicka, S. 582). Quelle der Tierrechte seien also etwa „Beziehungen, die sich durch Zusammenarbeit und kollektive Selbstverwaltung, sowie Beziehungen, die sich aus früheren Interaktionen oder historischer Ungerechtigkeit ergeben“ (Donaldson/Kymlicka, S. 550).

Aus diesen ergibt sich für die beiden AutorInnen unter anderem, dass domestizierte Tiere als „Mitbürger“ mit Staatsbürgerschaft inklusive aller „staatsbürgerlichen Rechte“ (Donaldson/Kymlicka, S. 552) und Pflichten in einem gemischten politischen Kollektiv aus Menschen und Tieren zu

behandeln seien. Tiergemeinschaften zum Beispiel „wildlebender Tiere“ (Donaldson/Kymlicka, S. 565) wiederum sollten als souverän betrachtet werden.

Die Schwächen beider Ansätze liegen auf der Hand. Individuen in bürgerlichen Gesellschaften erhalten ihre Menschenrechte weder aufgrund biologisch-physischer, geistiger, emotionaler Gemeinsamkeiten noch infolge ihrer politischen Beziehungen untereinander. Diese sind das Resultat (historischer) Klassenkämpfe. In den idealistischen Theorien Regans sowie Donaldsons und Kymlickas wird diese reale geschichtliche Genese des bürgerlichen Rechts allerdings ausgeblendet. Ohnehin beeindrucken die genannten TierrechtstheoretikerInnen im Band durch eine erstaunliche Ignoranz gegenüber kritischer Rechts- und Staatstheorie. Um das zu erkennen, muss man kein/e VerfechterIn von Paschukanis' Rechtstheorie, Marx' Einschätzungen des bürgerlichen Nationalstaats oder Hirschs Staatsableitungsthese sein.

Der ökosozialistische Soziologie-Professor Ted Benton etwa kritisiert Tom Regans moraltheoretische Begründung für Tierrechte in seinem Aufsatz mit einigen guten Argumenten. Er verweist darauf, dass die formale Existenz von Rechten in „kapitalistisch-liberalen Gesellschaften“ (Benton, S. 499) auch bei Menschen nicht dazu führt, dass diese auch wirklich ihre Rechte wahrnehmen können, weil sie durch die politisch-ökonomischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse unterminiert werden. Zudem erklärt er, dass das bürgerliche Recht das Produkt eben jener historisch besonderen Gesellschaften sei, deren Matrix sich dadurch auszeichnet, dass die Natur und Tiere keine Rechtssubjekte sind und auch nicht sein können. Schließlich sind sie weder Subjekte in der kapitalistischen Zirkulation noch sind sie in der Lage, Klassenkampf für sich zu führen.

...und ihre Grenzen

Den Horizont der bürgerlichen Ethik und des Versprechens bürgerlicher Emanzipation, das heißt die Hoffnung auf die – ob nun durch Rechte oder andere Mechanismen gestaltete – Integration der Tiere in die realexistierende Demokratie, überschreitet kaum einer der AutorInnen des Bandes. Das Problem daran ist: Positive Moralphilosophie scheitert, wo die reale politisch-

ökonomische Praxis der Gesellschaft beginnt. Ihre Einrichtung erlaubt es dem Einzelnen nicht, politisch nach ethischen Erwägungen zu handeln. So gut sie auch gemeint ist, soviel Emphase, Empathie, Wut und berechtigte Empörung in ihr steckt, bleibt sie hohle Phrase, individualistisches Wunschdenken – eine stumpfe Waffe im Konflikt mit einer ökonomisch, politisch und ideologisch hochgerüsteten herrschenden Klasse, deren Hegemonie sogar bis weit in die Linke hineinreicht, wenn es darum geht, ob das Schlachten beendet werden soll oder nicht. Selbst die Integration in die bürgerliche Demokratie, wie sie die Eliten unter den Frauen, Schwarzen und Homosexuellen erreicht haben, ist für Tiere nahezu ausgeschlossen. Sie können sie weder in der Auseinandersetzung mit den Kapitalisten erkämpfen noch wäre sie für die Kapitalverwertung und die Herrschaft ähnlich funktional. Bürgerliche Emanzipation ist ein Widerspruch in sich.

Eine den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene Moral überführte sich aufgrund der Einsicht in die eigene Ohnmacht der eigenen politischen und theoretischen Unzulänglichkeit. Politisch-ökonomische Gesellschaftstheorie und – darin inbegriffen – Ideologiekritik bildeten die Fluchtpunkte revolutionärer Moral, die sich ihrer eigenen Grenzen in einer Gesellschaft bewusst geworden ist. Der kategorische Imperativ – eigentlich eine theoretische Unmöglichkeit für historische MaterialistInnen – besteht darin, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen Mensch und Tier erniedrigte, geknechtete, verlassene, verächtliche Wesen sind, und eine Gesellschaft einzurichten, in der Ethik nicht nur denk-, sondern auch umsetzbar wäre. Solange Moraltheorie, sei sie politisch oder juristisch, nicht derart über sich hinaustreibt, sorgt sie dafür, dass die bestehende gesellschaftliche Totalität fortbestehen kann – mit den hinlänglich bekannten Folgen für die arbeitende Klasse und die Tiere.

Friederike Schmitz (Hg.) 2014:

Tierethik. Grundlagentexte.

Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-29682-0.

589 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Die Grenzen bürgerlicher Tierethik.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/tN95V>

Leistung, Leistung über alles



Walter Wüllenweber

Die Asozialen

Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert

Walter Wüllenweber nimmt Bevölkerungsgruppen in die Mangel, die er als Ober- und Unterschicht bezeichnet und umgarnt damit die sogenannte Mittelschicht.

Rezensiert von [Christian Baron](#)

Wir haben es doch immer gewusst. Schuld am schleichenden Zugrundegehen unserer famosen und gerechten Leistungsgesellschaft sind diabolische Milliardäre. Diese listigen Langnasen schleusen ihr ererbtes Vermögen ungeniert am Fiskus vorbei und vergiften damit in bösartiger Absicht die Brunnen des deutschen Wohlstands. Noch schlimmer ist da nur diese verwahrloste Unterschichtenbande. Rotzfrech lässt sie sich mit Steuergeldern mästen und gönnt sich in der gemütlichen sozialen Hängematte ein faules Leben in Saus und Braus. Beide Gruppen baden also in dreister Dekadenz auf Kosten der hart arbeitenden Mittelschicht.

Was klingt wie am extrem rechts angehauchten Stammtisch von nebenan aufgeschnappter Irrsinn, findet sich tatsächlich als Kernaussage in dem Buch eines Journalisten, dessen Reportagen im Jahr 2005 mit dem von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege verliehenen Deutschen Sozialpreis ausgezeichnet wurden. Sein Name: Walter Wüllenweber. Als Redakteur des längst zur lachhaften Illustrierten abgehalfterten *Stern* veröffentlichte der studierte Politologe seit dem Beginn der 2000er Jahre zahlreiche Artikel, in denen er der sogenannten Unterschicht moralische Verkommenheit vorwarf. Als Quintessenz seiner diesbezüglichen Ergüsse erschien 2012 im Sarrazin-Verlag DVA das Werk „Die Asozialen“.

Um sich jedoch davor zu bewahren, als Bruder im Geiste des rassistischen Sozialdemokraten wahrgenommen zu werden, stellt der Mittfünfziger seinen Tiraden gegen die gesellschaftlich Marginalisierten ein Kapitel voran, in dem er auf sechzig Seiten „die Flucht in die Parallelgesellschaft“ (S. 41) durch die „kleine, reiche Minderheit“ (S. 9) aus dem „Geldadel“ (S. 25) anprangert, dessen Anteil er auf etwa ein Prozent der Gesamtgesellschaft beziffert.

Hierzu zählt für ihn nur, wer über ein großes Vermögen verfügt. Exorbitant hohe Einkommen wie „Boni und Vorstandsbezüge“ gehören explizit nicht dazu, und zwar aus einem ebenso einfachen wie wirren Grund: „Für das Einkommen muss man zuerst etwas leisten, bevor man es bekommt“ (S. 29). Ihm scheint nicht nur völlig egal zu sein, dass sich Einkommen aus Erwerbsarbeit in Deutschland noch nie nach einem objektiven gerechten Kriterium bemaßen; es ist ihm sogar bewusst, denn – so seine Auffassung – „Einkommensungleichheit ist für das Funktionieren der Leistungsgesellschaft unverzichtbar und Treibstoff der Marktwirtschaft“ (S. 27).

Marktwirtschaft als Naturgesetz

Spätestens hier wird klar, woher der Wüllenweber-Wind weht: Er ist ein Nostalgiker, der sich in bester ordoliberalen Tradition nach echtem marktwirtschaftlichem Wettbewerb, nach einer reinen Leistungsgerechtigkeit sehnt, und er verkündet dies im jammernden Ton eines Kleinkindes, dessen Lolli am harten Steinboden zerborsten ist. Dass dieser Lolli namens Leistungsgerechtigkeit aber auf nimmer Wiedersehen entchwunden ist, weil sein süßes Versprechen einer Konfrontation mit der bitteren Realität nunmal nicht standhalten kann, kommt ihm nicht in seinen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zum Naturgesetz erhebenden Sinn.

Wüllenweber will eine Rückkehr in die Zeit, „als die Banken noch Diener waren und keine Herren“ (S. 201). Der Traum immerwährender Prosperität war kurz, aber offenbar so berauschend, dass der Publizist noch immer ernsthaft an den guten Kapitalismus glaubt: „Leistung garantiert Wohlstand und damit die Existenz des Sozialstaates. Doch sie ist noch mehr: einer der Stützpfeiler im Wertegebäude der Deutschen“ (S. 10).

Und von diesem haben sich für Wüllenweber vor allem „Unterschichtsfamilien“ (S. 118) verabschiedet. Ihnen kreidet er ihre vermeintliche „Unterschichtskultur“ (S. 78) an, die der Autor anhand weniger Extremfälle beschreibt, die er in seiner Reportertätigkeit aufgesucht hat oder die ihm in den gescipteten Trash-Formaten der privaten Fernsehsender präsentiert werden. So besitzen diese „Lebensformen, die sich in der Unterschicht entwickelt haben“ (S. 223), angeblich allesamt skandalöserweise „Mikrowellenherde, Spielkonsolen, Smartphones, Computer und natürlich Flachbildfernseher“ (S. 78). Seine durch und durch diskriminierende Darstellung gipfelt in einem umfassenden Rassenprofil der „deutschen Unterschicht“ (S. 75).

In Schlagworten charakterisiert er seinen typischen Sozialschmarotzer. Das erste lautet: „Du bist, was du arbeitest“. So „entstand eine ganze Lebensform, [...] in der das Geld so selbstverständlich vom Amt kommt wie der Strom aus der Steckdose. In der trickreiches Taktieren in den Versorgungsämtern weitaus lohnender ist als ein Job“ (S. 88). Galant weggelassen hat der Schreiberling hier, dass im Kapitalismus systematisch wirtschaftliche Verlierer „produziert“ werden. Das wirkt sich konkret etwa in zahllosen Sanktionen gegen Leistungsberechtigte aus, welche Sozialgerichte für rechtswidrig erklärt haben, in den täglich sich ereignenden skandalösen Stromabschaltungen in verschuldeten Haushalten, weil für Elektrizität kein Posten im ALG-II-Regelsatz enthalten ist oder auch in den vielen menschenunwürdigen Niedriglohnjobs.

Wüllenwebers Rassenprofil der „Unterschicht“

Mit den Lügen und Halbwahrheiten geht es aber in diesem Sinne munter weiter. In „Du bist, was du isst“ stellt Wüllenweber ökonomisch Benachteiligte als träge Freßsäcke dar, deren sündiges Verhalten sich in „Rauchen, übermäßigem Alkoholkonsum, ungesundem Essen, Bewegungsmangel“ (S. 93) äußere. Verschwiegen wird, dass viele in Burnout-Kliniken versackende Leistungsgesellschaftsfanatiker aus den von Wüllenweber als „Elite Deutschlands“ (S. 50) gefeierten Management-Etagen meist noch ungesünderen Fraß in sich hineinstopfen und dass sie in ihrem von

Achtzigstunden-Wochen überfrachteten Alltag oftmals reichlich rauchen, saufen und koksen.

Die weiteren Teile aus Wüllis Unterschichts-Rassenprofil sind schnell abgehandelt: Unter dem Stichwort „Du bist, was du übst“ moniert er, ihnen fehle „Disziplin, Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewusstsein“ (S. 95) und „Anstand“ (S. 99). In „Du bist, wie du wohnst“ wärmt Wüllenweber den Mythos vom freiwilligen Leben der „Unterschicht“ im versifften Plattenbau auf, derweil er mit dem Slogan „Du bist, wie du liebst“ Groll gegen jene hegt, für die nicht Arbeit, sondern „Sex das absolute Highlight ihres Lebens“ (S. 101) ist.

Unter der Headline „Du bist, wie du deine Kinder erziehst“ prangert der Autor die vorgeblich unzureichende oder falsche elterliche Zuwendung in einkommensschwachen Familien an, die ihren Kindern nicht die Werte der Leistungsgesellschaft vorleben. Für ihn scheint es redlicher zu sein, wenn vollerwerbstätige Eltern ihre Gören die ganze Woche im Hort verschanzen, sie abends in die Musikschule verfrachten und am Wochenende zur Oma abschieben, weil sie noch einen wichtigen Geschäftstermin reinbekommen haben. Die daraus resultierende emotionale Vernachlässigung der hiesigen Mittelklassekinder interessiert Wüllenweber nicht, weil sie ja die Leistungsträgerlein von morgen sind.

Lieber stürzt er sich auf den für ihn freiwilligen Weg in „Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Schulversagen und Geldmangel“ (S. 114) der Subalternen („Du bist nicht, woher deine Eltern kommen“) oder auf das vermeintliche Dummdödeldasein dieser „Asozialen“ („Du bist, was du glotzt“): „Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, die Welt des gedruckten Wortes ist für die Unterschicht ein fremder, unbekannter Planet. Auf ihrem Planeten existieren nur flimmernde Medien“ (S. 111). Der Redakteur hat sich offenbar noch nie unter Oberstufenschüler_innen eines Gymnasiums gemischt, denn dann würde er schnell merken, dass die Kids größtenteils über Computerspiele reden und kaum über Theater und Oper.

Die reichen Armen und die armen Reichen

Aber darum geht es ihm ja gar nicht. Er möchte mit all dem verdeutlichen, wer allein Schuld ist an Massenarbeitslosigkeit, leeren Staatskassen und verlotterten Sitten: die böse „Unterschicht“. Zwar greift er auch die 800.000 reichsten Deutschen an, verbindet diese Anklage aber stets mit Verständnis. Reiche seien etwa „häufig vereinsamt und haben Angst“ (S. 34). An anderer Stelle berichtet Wüllenweber mitleidig von „reichen Söhnen, die von ihrer Umgebung missachtet, oft verlacht werden“ (S. 36), obwohl sie sich doch so anstrengen, dazuzugehören: „Viele fahren im Alltag Golf, um nicht aufzufallen“ (S. 32).

Gegen den „Müßiggang der Empfänger von Sozialtransfers“ (S. 132) dagegen zieht er in aller Härte zu Felde. Schließlich, so Wüllenweber keck, habe der deutsche Sozialstaat die Armut längst besiegt: „In Deutschland haben die Armen Geld genug“ (S. 9). Geldarmut sei nicht etwa „die Ursache der beschriebenen Verhaltensweisen, sondern ihre Folge [...]“. Das wahre Elend ist also die Armut im Geiste, nicht die im Portemonnaie“ (S. 78).

Einem solchen Menschen wünscht man beinahe die Wiedergeburt in eine Familie, die von der Gesellschaft missachtet, als überflüssig betrachtet und als Disziplinierung für die Mittelklasse in Perspektivlosigkeit und Armut gehalten wird. Kein Wort verliert er über die psychische Dimension des Aufwachsens am unteren Ende der Einkommens- und Teilhabeskala, die jede ökonomische Perspektivlosigkeit verschärft, weil die hegemoniale Ordnung lieber das Treten nach unten predigt als diesen Menschen helfend die Hand zu reichen.

Weil Wüllenweber nun aber die für ihn allein Schuldigen an allem Übel dieser Tage schon so deutlich benannt hat, sind die letzten fünfzig Seiten dieses Machwerks auch völlig überflüssig. Hier versucht er kläglich, als Profiteur_innen der konstatierten Sündhaftigkeit von Ober- und Unterschicht eine aus der angeblichen Armutshysterie entstandene „Hilfsindustrie“ (S. 162) und eine vermeintlich von den Superreichen kultivierte „Geldindustrie“ (S. 197) zu entlarven.

Was am Ende bleibt, ist ein Lügenpamphlet, das den Kapitalismus als seiner Leistungsdimension beraubt interpretiert sowie mit dem Armen zugleich ausgerechnet diejenigen zu Sündenböcken erklärt, welche an dieser

Gesellschaft ohnehin schon am meisten zu leiden haben. Wüllenweber leugnet stattdessen die sich rasant ausbreitende Armut und verweist die ob ihrer Abstiegsangst wütende „Mittelschicht“ (S. 11) nicht etwa auf den zerstörerischen Kapitalismus als systemischer Ursache ihrer Misere, sondern hetzt die Umgarnten wohlfeil auf den ritualisierten Watschenbaum vom bösen Milliardär und insbesondere auf die hemmungslos stereotypisierte Sozialfigur der Unterschicht.

Walter Wüllenweber 2012:

Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert.

Deutsche Verlags-Anstalt, München.

ISBN: 978-3-421-04571-3.

256 Seiten. 19,99 Euro.

Zitathinweis: Christian Baron: Leistung, Leistung über alles. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Vxub4>.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.